Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung

Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS

Band: 1 (1972)

Heft: 6

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A. Z. Zürich 1 50./1. Jahrgang Nr. 6 Dezember 1972
Achtmal jährlich

konzept

Auflage 36 000 Preis Fr. 1.–

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber (Red. »zürcher student«) – in Zusammenarbeit mit dem Verband Schweizerischer Studentenschaften (VSS)

Abonnemente: Jahresabonnement Fr. 8.–, auf Postscheckkonto 80–35 598, »zürcher student«, 8001 Zürich

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. (01) 47 34 00, Telex 55 235

Jetzt am Kiosk
Neu: Mit Kontakt-inseraten

»Heer und Haus« gegen Subversion: Wie soll der Kompaniekommandant mit oppositionellen Soldaten umgehen? Seite 3

»Noch sind einige kniffflige Fragen zu lösen.« – Gespräch mit einem Mitarbeiter der Hochschulplanung Luzern. Seite 5

Die Politik der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Seite 7

Peru: Beispiel für den »Dritten Weg«? Seite 11/12

Das Lernen verlernt? – Essay von W. M. Diggelmann. Seite 15

Zweifacher Reinfall

Die Sozialforschung – im speziellen die Soziologie – ist in der Schweiz nicht auf Rosen gebettet. Abgesehen von den relativ geringen finanziellen Aufwendungen für die soziologische Forschung, der personellen Unterdotierung der meisten Universitätsinstitute mangelt es – wohl zu einem grossen Teil als Folge der mangelnden Verankerung dieser Wissenschaft in der Schweiz zu verstehen – überhaupt an gesichertem soziologischem Wissen über die Schweiz:

»Man kann die Schweiz als eine soziologische ‚black box' bezeichnen. Wir wissen hier nur äusserst wenig über die zentralen Variabeln, mit denen man Gesellschaften zu vergleichen pflegt. Wir wissen deshalb auch nicht, welcher Entscheidungsspielraum der schweizerischen Gesellschaft und ihren einzelnen Gruppen heute und in der Zukunft offensteht.« (Heintz)

Gerade zu der hier implizit geforderten Erhellung der »black box Schweiz« dürfte die Ernennung von W. H. Rüegg zum Ordinarius für Soziologie an der Universität Bern und zum Direktor des dortigen Soziologischen Instituts nicht gerade viel beitragen – eher im Gegenteil. Rüegg – studierter Altphilologe (!) und jahrelang Manager verschiedener Industrieverbände – trat nach der Inkraftsetzung des relativ fortschrittlichen hessischen Hochschulgesetzes von seinem Amt als »haltungsbewusster« (Berner Tagblatt) Rektor der Universität Frankfurt, wo er zugleich dem »Seminar für Gesellschaftslehre« vorstand, »aus Protest gegen das die selbstverantwortliche Forschung und Lehre in starkem Masse gefährdende (. . . .) Universitätsgesetz« (Rüegg) zurück.

Erste Station auf der Suche nach einem neuen Posten bildete die Bewerbung für das Amt des SRG-Generaldirektors. Trotz starkem Lobbying blieb Rüegg in diesem Rennen auf der Strecke. In der Folge erinnerte man sich plötzlich, dass Rüegg ja nicht nur Altphilologe und Manager, sondern auch noch »Soziologe« war: Der Stiftungsrat des Schweizerischen Nationalfonds wählte ihn als »Fachvertreter« für Soziologie in den Forschungsrat – in dasjenige Gremium, das über die Gewährung beantragter Forschungskredite zu beschliessen hat –, obwohl man in seiner Publikationenliste ausser einem Nekrolog in einer soziologischen Fachzeitschrift und einem populärwissenschaftlichen Einführungsband (Funkkolleg) keine einzige soziologische Fachpublikation finden kann. Diese Ernennung bewirkte denn auch in den schweizerischen Fachkreisen Erbitterung. In seiner Antwort auf zwei parlamentarische Anfragen zu dieser Ernennung bemerkte der Bundesrat lapidar, dass das Wahlverfahren so angelegt sei, dass die »für eine aktive Mitwirkung im Forschungsrat geeigneten qualifizierten Persönlichkeiten« gefunden werden – es stellt sich nun nur ebenso lapidar die Frage, wo denn in diesem Fall die »fachliche Qualifikation« zu suchen ist.

In Bern, wo sich nach dem Abgang der Professoren Mayer, Lüscher und Atteslander die Berufungsverhandlungen im halbdunkeln abspielten – wie es ja an unseren Universitäten so üblich ist – und wo die Soziologie zum Unmut der Studenten »dahinserbelt«, hat nun wieder einmal die Stunde für den Hobbysoziologen« W. H. Rüegg geschlagen.

Diese unselige Berufung wird hochschul- und wissenschaftspolitisch nicht ohne Konsequenzen bleiben:

- *Rüegg ist für den Posten eines Ordinarius an einem sozialwissenschaftlichen Institut, an dem nicht schlechte sozialphilosophische Studien, sondern gehaltvolle empirisch-theoretische Studien zur Erhellung der »black box Schweiz« betrieben werden sollen, wissenschaftlich überhaupt nicht qualifiziert. Gegenwärtig wird nun in Bern ein zweiter Ordinarius gesucht, der »im Gegensatz zum Theoretiker Rüegg eher die empirische Sozialforschung vertreten soll« (TA). Abgesehen davon, dass man sich fragen kann, was denn Rüegg an soziologischer Theorie überhaupt Neues anzubieten habe, stimmt einen die Aufteilung der Lehre in »schlechte« Theorie und »empirische« Sozialforschung nachdenklich. Notwendig ist heute weder theorielose Empirie noch Theorie ohne Empirie – vor allem wenn die Theorie zu allem Elend noch schlecht ist –, sondern eine Verschmelzung von empirischer und theoretischer Arbeit auch während des Studiums.*

Es ist nun anzunehmen, dass die am wissenschaftlichen Studium der modernen Soziologie interessierten Studenten Bern verlassen respektive sich nicht mehr in Bern immatrikulieren werden. Damit wird der »Auszehrungsprozess« der Berner Soziologie ihren Fortgang nehmen und es wird wohl nur ein »Lehrinstitut« übrigbleiben, das den wissenschaftlichen Standards der Gegenwart nicht mehr gerecht wird und zudem durch W. H. Rüegg auf resolutem Status-quo-Kurs gehalten wird.

- *Daneben ist Rüegg bekannt als Vertreter einer repressiven »Ruhe-und-Ordnungs-Politik« an den Hochschulen. Die Polizeieinsätze in der Frankfurter Universität während der Periode seines Rektorats sind dem Betrachter der deutschen Hochschulszenerie noch gut in Erinnerung. Zudem ist Rüegg Vorstandsmitglied des »Bundes Freiheit der Wissenschaft«, in welchem »Persönlichkeiten innerhalb und ausserhalb der Hochschulen zur politischen Durchsetzung eines modernen leistungsorientierten Hochschulwesens in einer freiheitlich demokratischen Gesellschaftsordnung vereinigt« (Rüegg) sind – der jedoch in Tat und Wahrheit unter dem Deckmantel der »Freiheit der Wissenschaft« professorale Privilegien und den Einfluss gewisser mächtiger ausseruniversitären Gruppen um jeden Preis bewahren will.*

Sein hochschulpolitisches Comeback in der Schweiz bereitete Rüegg, auch hierzulande als rechter Streiter für »Recht und Ordnung« vielfach gern gesehen, unter anderem mit einer dreiteiligen Artikelserie in der Berner Zeitung »Bund« vor: Bejammert wurde der angeblich drohende Untergang der Universitäten und die angeblich drohende »rote Gefahr«. Zur »roten Gefahr« müssen wohl alle gezählt werden, die sich für eine fortschrittliche Reform unserer Hochschulen einsetzen. Die Berufung Rüeggs bedeutet also eine Stärkung des konservativen Flügels der Professorenschaft, der Gegner einer fortschrittlichen Hochschulreform überhaupt.

Also ein zweifacher Reinfall: Ein inkompetenter Sozialwissenschafter mehr, ein konservativer Hochschulpolitiker mehr.

Herbert Kraus

Die Herren der Welt

Die Machenschaften der »International Telephon & Telegraph Corporation« (ITT) in Chile

Zweimal innerhalb weniger Wochen machte die »International Telephon & Telegraph Corporation« dieses Frühjahr von sich reden. Sie soll, um ein Antitrustverfahren zu verhindern, den Wahlkampf der Republikaner mit einem Betrag zwischen 200 000 und 400 000 Dollar gefördert haben und alles unternommen haben, um im September und Oktober 1970 den Machtantritt des gewählten Präsidenten Allende in Chile zu verhindern. Dies geht aus umfangreichen Dokumenten hervor, die der Kolumnist Jack Anderson vor dreiviertel Jahren in der »Washington Post« veröffentlichte, und deren Authentizität nicht bestritten werden konnte. Die wichtigsten Stellen daraus sollen hier – rückübersetzt aus chilenischen Zeitungen und im Wortlaut veröffentlicht in der DDR-Wochenschrift »Horizont« – vorgestellt werden.

Die ITT steht heute an 10. Stelle in der Rangliste der weltgrössten Unternehmen. Nach ihrer Gründung im Jahr 1920 entwickelte sie sich lange im hergebrachten Rahmen grösserer Mittelfirmen. Erst nach 1959, als Harold Sidney Geneen an ihre Spitze trat, entfachte sie eine atemberaubende Dynamik. Allein von 1960 bis 1968 kaufte die ITT 54 amerikanische und 56 ausländische Betriebe auf. Dazu bediente sie sich des einfachen Mittels der Aktienausgabe: Sie druckte eigene Aktien und zahlte damit die Aktionäre der übernommenen Gesellschaften aus. Im grössten Uebernahmeverfahren der US-Fusionsgeschichte erwarb sie derart die Hartford-Versicherungsgesellschaft, welche einen Wert von 2 Milliarden $ aufwies.

ITT in der Schweiz

Der in der Schweiz abgewickelte Jahresumsatz des Konzerns dürfte zwischen 250 und 300 Millionen Franken liegen, womit sich die ITT an die 37. bis 40. Stelle der grössten Schweizer Firmen aufgeschwungen hat. Sie übertrifft damit die Produktion von bekannten Firmen wie SIG Neuhausen, Maschinenfabrik Rieter, Autophon, Zellweger, Stuag. Wichtigste Beteiligung (2600 Arbeiter) ist die Standard Telephon und Radio AG mit Betriebsstätten in Zürich-Wollishofen und Au-Wädenswil. Dazu kommen die Steiner AG, Bern, die Bronet et Pamblanc in Genf, beides Radio- und TV-Geschäfte, und die Müller-Barbieri AG, Wettswil, ein Hersteller von Kontroll- und Steuergeräten für die Papierindustrie. Weiter sind zu erwähnen die Novelectric AG in Zürich, zu welcher auch die Firma Armbruster in Basel gehört. Vorläufig gehört auch die Schweizer Avis-Tochter, die Avis-Autovermietung, dazu (nach Peter Bischoff, »Weltwoche« vom 22. März 1972).

Die Politiker tanzen

Die Firma ITT hat weit über ihren ursprünglichen Tätigkeitsbereich hinausgegriffen, denn die *Telephonie macht nur noch ein Fünftel ihres Umsatzes aus.* Ihre 200 Tochtergesellschaften betreiben Hotelgeschäfte (Sheraton-Kette), den Autoverleih (Avis rent-a-car) und die Nahrungsmittelherstellung. Auf der Liste der wichtigsten Vertragspartner des Pentagons hält die ITT den 29. Rang. Haushalt-, Radio- und Fernsehapparate, aber auch Beleuchtungs- Heizungs- und Klimaanlagen zählen zum Produktionsinteresse der Gesellschaft. Auf ihrem Stammgebiet, der Uebermittlung, ist die ITT aber noch immer am Ball, wie der Auftrag für die Ausführung von Satellitensystemen oder für die Verlegung und Artung des Atlantikkabels unterstreicht. Gerade im letzterwähnten Geschäft gelang der ITT ihre mittlerweile bekannte *»Verkaufsmethode«*, denn sie spannte den Premierminister Macmillan, den kanadischen Premier Lester Pearson und den damaligen Aussenminister John Foster Dulles vor ihren geölten Karren. In führenden Positionen sassen bei ITT der ehemalige Uno-Generalsekretär Trygve Lie, der frühere belgische Ministerpräsident Spaak und der ehemalige CIA-Direktor John McCone (vgl. Peter Bischoff, »Weltwoche« vom 22. März 1972).

Der Konzern verfügt über eine eigene Spionageabwehr, über spezielle Informationskanäle und über eine Garnitur von Diplomaten und Staatsmännern, welche die Allgegenwart des Konzerns in der Produktion auch in der Sphäre der Gesetzgebung, der Aussenpolitik und der Verwaltungen absichern können. Da die Nixon-Regierung vor den Wahlen ihr negatives Bild als echt republikanischer Interessenwahrer des Big Business in der Oeffentlichkeit abstreifen wollte, strengte sie gegen ITT (und auch gegen IBM) Antitrustklagen an. Damit hängt der erste der zwei erwähnten Skandale zusammen, lassen doch die veröffentlichten Anderssonn-Dokumente darauf schliessen, dass ITT um den Preis der Wahlkampfspende und des Verkaufs einiger kleinerer Gesellschaften, darunter der Avis rent-a-car, der wahltaktisch motivierten Antitrustpolitik der Nixon-Administration Genüge tun konnte.

Chile – Präsident Allende: Demokratischer Weg zum Sozialismus.

Die *Problematik der Multinationalität solcher Riesenkonzerne* wie der ITT kam hingegen in der zweiten, gewichtigeren Affäre klar zum Vorschein. In Chile verfügte die ITT über Investitionen von etwa 200 Mio. $, worunter sich auch die chilenische Telephongesellschaft befand. *Nach der knappen Volkswahl Allendes versuchte das ITT-Management fieberhaft, entweder in den Wochen bis zur endgültigen Wahl des Präsidenten durch das chilenische Parlament die Aussichten des erfolgreichsten Kandidaten, nämlich Allendes von der Unitad Popular, zu sabotieren oder Zustände herbeizuführen, die nach seiner voraussichtlichen Wahl das Rad des Volkswillens zurückdrehen könnten. Zur Illustration dienen die folgenden Auszüge aus den Dokumenten der »Washington Post«.*

Finanzielle Hilfe als Basis

Zwei Public-Relations-Beauftragte (H. Hendrix und R. Berellez, ein ehemals sehr bekannter Journalist) schrieben an den ITT-Vizepräsidenten:

(17. Sept. 1970) »Das Vorgehen gegen Allende wird höchstwahrscheinlich der finanziellen Hilfe aus dem Ausland bedürfen. Das genaue Ausmass dieser Unterstützung wird man in der Zeit um den 1. Oktober herum kennen. Wir haben unsere Hilfe versprochen, wenn es notwendig ist. (. . .) Uns wurde der Umfang der Hilfe mitgeteilt, mit der wir zur Entwicklung der gegenwärtigen Aktivitäten ab jetzt bis Anfang Oktober beitragen können.«

Manipulation der Presse und des Radios

Die gleichen zwei ITT-Beauftragten schrieben im obenerwähnten Dokument:

»Die Zeitungen von »El Mercurio« sind ein anderer Schlüsselfaktor. Es ist ausserordentlich wichtig, wenn sie von jetzt bis zum 24. Oktober (Präsidentenwahl, die Red.) wirksam sind und erscheinen. Sie sind die einzige offen antikommunistische Stimme, die in Chile verbleibt.« (. . .) »Wir haben ausser der direkten Hilfe folgendes empfohlen: 1. dass wir und andere nordamerikanische Firmen in Chile einige Inserate im »Mercurio« veröffentlichen (damit wurde bereits begonnen); 2. dass wir mithelfen, noch einmal einige Propagandisten in den Rundfunk und in das Fernsehen zu schleusen. Es sind ungefähr 20 Personen, die die Gruppen Matte (Grossindustrieller und Schwager des zweitplazierten Präsidentschaftskandidaten, die Red.) und Edwards (Chef des Zeitungskonzerns »El Mercurio«, die Red.) unterhalten, und wir müssen uns dessen versichern, dass sie wieder aktiviert werden. (. . .) 4. dass wir soviel Druck wie möglich auf die USIS in Washington ausüben werden, damit sie der USIS in Santiago dahingehend Instruktionen erteilt, mit der Verlagerung der Verlage von »El Mercurio« in andere Länder Lateinamerikas und nach Europa zu beginnen. (. . .) 5. dass wir auf die entscheidende europäische Presse durch unsere dortigen Verbindungen einwirken, damit sie die Version von einer Katastrophe verbreitet, die über Chile hereinbricht, wenn Allende und Co. dieses Land gewinnen sollten.«

Bearbeitung der Christdemokraten

Immer noch im erwähnten Dokument, das einen umfassenden Bericht an die ITT-Zentrale darstellt, liest man: *»Matte sagte, dass Frei ein Plan unterbreitet wurde, der die Bildung eines Militärkabinetts einschliesst. Das wäre eine Form extremer Provokation, da das ja die Organisierung eines Putsches bedeuten würde. Es hätte eine eindeutige psychologische Wirkung auf die abstimmenden Parlamentarier, die dadurch unschlüssig sein könnten, wem sie ihre Stimme geben sollen. Trotzdem, fügte Matte hinzu, weigert sich Frei, es ohne irgendeinen Grund zu tun, der das in den Augen der Oeffentlichkeit rechtfertigen könnte.«*

Und der Vizepräsident W. R. Merriam, Leiter des ITT-Büros in Washington, hielt mit seiner Meinung über Frei nicht zurück: Am 7. Oktober 1970 schrieb er an den Vizepräsidenten Gerrity: *»Das State Departement ist der Meinung, dass ein Faktor, der Allende den Weg geebnet hat, Präsident Frei ist, weil er gegenüber Dr. Allende keine feste Position bezogen hat. Sie denken, dass man ihn aufhalten kann, wenn Frei fest für sein Land eintritt und aufhört zu versuchen, den Hamlet zu spielen und in die Geschichte als grosser Demokrat eingehen zu wollen.«*

Aber auch im formaldemokratischen Schleichweg erwiesen sich die beiden ersterwähnten ITT-Vertreter als Kenner: *»In Chile wurde mit dem Druck begonnen, damit Jorge Alessandri (zweitplazierter Präsidentschaftskandidat in der Volksabstimmung, äusserste Rechte, die Red.) am 24. Oktober den Sieg im Kongress als Teil dessen erringt, was als »Alessandri-Formel« bezeichnet worden ist. Entsprechend diesem Plan würde Alessandri nach seiner Wahl durch den Kongress zurücktreten, wie er angekündigt hatte. Der Präsident des Senats würde die Präsidentschaftsgewalt übernehmen, und innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen würde zu Neuwahlen aufgerufen werden. In dieser Wahl würde mit aller Wahrscheinlichkeit der erneut wählbare Präsident Eduardo Frei gegen Allende kandidieren. Und in diesem Wahlkampf würde Frei leicht Sieger sein.«*

Doch die wirklichen Waffen suchte und fand die ITT auf ihrem ureigenen Gebiet, in der Wirtschaft.

Planung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs

Hendrix, der PR-Mann der ITT für Lateinamerika, erhielt vom ITT-Beobachter Berellez aus Buenos Aires am 29. September die ersten Vorschläge

zur Schaffung eines wirtschaftlichen Chaos in Chile. Am 9. Oktober leitete Vizepräsident Merriam diese Gedanken an McCone, einen hochgestellten ITT-Chef und frühern CIA-Direktor weiter, und zwar *»persönlich und vertraulich: »Es werden insgeheim Versuche unternommen, um den Bankrott von einer oder zwei der grössten Spar- und Kreditgesellschaften herbeizuführen. Das würde zu einem Sturz an den Banken und zum Schliessen einiger Fabriken und in der Konsequenz zu grösserer Arbeitslosigkeit führen. Der sich aus einem wirtschaftlichen Zusammenbruch ergebende Druck könnte die Mehrheit der Christdemokratischen Partei dazu veranlassen, ihre Haltung zu Allende bei der Abstimmung im Parlament zu überprüfen. Es würde sich klar ergeben, dass die Finanzwelt kein Vertrauen in die zukünftige Politik Allendes setzt und dass das Wohl der ganzen Nation in Gefahr ist.«* Berellez hatte in seinem Memorandum seine Hoffnungen noch weiter gesponnen: *»Eine reale Hoffnung derjenigen, die Allende aufzuhalten wünschen, stützt sich darauf, dass eine sich akut verschlechternde Wirtschaftslage eine Welle von Gewaltaktionen hervorrufen würde, die in einem Militärputsch enden könnte. Der Präsident Eduardo Frei will Allendes Machtantritt verhindern; das hat er zu seinen engsten Freunden gesagt. Aber er möchte es im Rahmen der Verfassung tun. Entweder bereits durch einen Stimmungsumschwung im Kongress oder durch eine innere Krise, die die militärische Intervention erfordert.«*

Um einen entsprechenden Plan zu verwirklichen, bedurfte es aber der Abstimmung und der Mobilisierung der

Solidarität aller ausländischen Grossfirmen

Der Vizepräsident Gerrity schrieb am 29. September an den obersten Chef, an H. S. Geneen: *»Wir können uns mit Schlüsselunternehmen in Verbindung setzen, ihre Reaktionen feststellen und Vorschläge in der Hoffnung unterbreiten, dass sie mit uns zusammenarbeiten.«*

Eine Woche später, am 7. Okt. 1970, gab Gerrity den Erfolg seiner Bemühungen an den Vizepräsidenten Merriam weiter: *»Wiederholte Telephongespräche mit Firmen wie General Motors, Ford und Banken in Kalifornien und New York haben keine Hilfsangebote zur Folge gehabt. Alle bringen irgendwelche Arten von Entschuldigungen vor.«* Merriam wiederum setzte sich mit dem ehemaligen CIA-Direktor McCone am 9. Oktober 1970 in Verbindung und klagte: *»Praktisch wurden in dem Bestreben, irgendeine Mitarbeit der nordamerikanischen Unternehmer zur Schaffung eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs zu erreichen, keine Fortschritte erzielt. General Motors und Ford z. B. sagen, sie hätten in Chile zuviel zu verlieren, um irgendein Risiko einzugehen, und hielten die Hoffnung aufrecht, dass alles gut gehen würde. Auch die Bank of Amerika ist damit einverstanden, ihre Pforten in Santiago zu schliessen, aber jeden Tag zögert sie, das Unvermeidliche zu tun.«*

Provozierung eines Staatsstreichs?

Das von der ITT so dringend herbeigewünschte wirtschaftliche Chaos verknüpfte sich also mit ihren Bestrebungen, auf die Christdemokraten einzuwirken. Aber das Chaos sollte auch die Ausgangslage für einen weitern Akt des Dramas liefern, wie Merriam an McCone, ebenfalls am 9. Oktober 1970, schrieb: *»Wichtiger noch, eine massive Arbeitslosigkeit und Unruhe könnten zu genügend Gewaltaktionen führen, um die Militärs zur Intervention zu veranlassen. Der Erfolg dieses Manövers hängt in hohem Masse von der Reaktion der extremen und gewalttätigen Linken im Lager Allendes ab. Bis jetzt ist Allende in der Lage gewesen, diese Elemente unter Kontrolle zu halten.«*

Der PR-Chef Hendrix meldete am 16. Oktober 1970 in erfreulicher Vollständigkeit an den Vizepräsidenten Gerrity: *»Eine Schlüsselfigur bei dieser Möglichkeit (eines Staatsstreichs, die Red.) ist der ehemalige Brigadegeneral Roberto Viaux, der im Oktober vergangenen Jahres eine Erhebung von Angehörigen des Artillerieregimentes Nr. 1 anführte, in der höherer Sold und Verbesserung der Dienstbedingungen gefordert wurden. Viaux wurde sofort aus dem Armeedienst entlassen, aber durch seine Tat wurde er für eine grosse Anzahl der Offiziere sowie des dienenden Personals über Nacht zum Helden. Zweifellos hatte sich Viaux darauf vorbereitet, in der vergangenen Woche eine Aktion zu starten. (...) Tatsächlich aber hatte Washington Viaux in der vergangenen Woche Instruktionen erteilt, sich zurückzuhalten. Man hatte den Eindruck, dass er nicht genügend vorbereitet war, dass sein Zeitplan nicht stimmte und sein Vorhaben für ein späteres, nicht bestimmtes Datum eingefroren werden sollte. (...) Um ihn zu überzeugen, dass er warten sollte, wurden Viaux verbale Versprechungen gemacht, er würde auch zu einem späteren Zeitpunkt materielle Hilfe und Unterstützung von den USA erhalten. (...) Inzwischen hat Viaux mit Offizieren höheren und niedrigeren Ranges über einige notwendige Massnahmen beraten, um zu verhindern, dass Allende Präsident wird.«*

Die beiden PR-Männer Hendrix und Berrellez hatten aber schon am 17. September 1970 an den gleichen Vizepräsidenten Gerrity melden können, dass die demokratische Heeresspitze auf der Hut war: *»Der Chef der bewaffneten Streitkräfte, René Schneider, ist sich vollkommen der Gefahr des Machtantritts Allendes bewusst. Aber er wird auch nicht eine Daumenbewegung ohne die Zustimmung Freis machen. Ein pensionierter General, Viaux, ist dazu ausersehen, sofort zu handeln – und zwar mit oder ohne Grund –, aber Matte (der erwähnte Grossindustrielle, die Red.) sagte, dass Schneider gedroht hatte, Viaux erschiessen zu lassen, falls er von sich aus etwas unternehme.«*

Es bleibt nur noch nachzutragen, dass sich der Ex-General Viaux heute im Gefängnis befindet und sich vor Gericht der Anklage stellen muss, an der Ermordung General Schneiders auf offener Strasse zwei Tage vor der Kongresswahl Allendes beteiligt gewesen zu sein.

Die Regierung der USA wird eingeschaltet

Ueber sehr bezeichnende Aeusserungen in den Dokumenten lässt sich auch der vermutliche Gang der Einflussnahme der ITT auf die Regierung der Vereinigten Staaten verfolgen. Kurz nach dem 11. September 1970 meldete ein Angestellter der ITT an den Vizepräsidenten, was er am Wochenende alles an Aktivitäten entwickelt habe. *»Am späten Freitagnachmittag telephonierte ich mit dem Büro von Mr. Kissinger und sprach mit Peter Vaky, der für Kissinger Berater in lateinamerikanischen Angelegenheiten des State Department ist. (...) Ich sagte zu Mr. Vaky, er solle Mr. Kissinger mitteilen, dass Mr. Geneen nach Washington zu kommen wünscht, um über die Interessen der ITT zu diskutieren, und dass wir darauf vorbereitet sind, wirtschaftlich mit Summen bis zu sieben Ziffern zu helfen. (...) Mr. Vaky erwiderte, er danke Mr. Geneen für sein Interesse und werde das alles Mr. Kissinger übermitteln. Er bot uns an, uns auf dem laufenden zu halten.«*

»Am frühen Samstagmorgen telephonierte ich mit dem Unterstaatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten, Charles A. Meyer, in dessen Büro. Er sagte, er verstehe Mr. Geneens Besorgnis und wisse dessen Hilfsangebot zu schätzen.« Der Verfasser des Berichts suchte am gleichen Abend noch eine Hochzeitsparty auf, wo er den Aussenminister Rogers zu treffen hoffte. Er fand aber nur dessen Gattin vor und trug sein Anliegen dem anwesenden Justizminister Mitchell vor, damit er das Thema in *»irgendeiner Kabinettssitzung oder anderweitig berühre«.*

Die Folgen blieben nicht aus. Denn nach dem Bericht der beiden PR-Männer der ITT vom 17. September, Hendrix und Berrellez, erfolgten die nötigen Instruktionen an den US-Botschafter in Santiago: *»Am späten Abend des Dienstags (15. Sept. 1970) erhielt der Botschafter Eduard Korry abschliessend eine Botschaft des State Department, in der im Namen von Präsident Nixon grünes Licht zum Handeln gegeben wurde. Die Botschaft gab ihm die Vollmacht, alles nur Mögliche zu unternehmen – ausgenommen eine Aktion vom Typ der Dominikanischen Republik –, um zu verhindern, dass Allende die Macht übernimmt.«* Korry war allerdings schon vorher nicht untätig gewesen, wie die folgende Stelle aus dem gleichen Bericht belegt: *»... muss auch gesagt werden, dass er mit den Christdemokraten, der Radikalen Partei und der Nationalen Partei sowie andern Chilenen – ohne Genehmigung des State Department – sofort zu manövrieren begann, als die Ergebnisse der Wahlen bekanntgegeben worden waren. Er liess Frei keine Ruhe und ging sogar so weit, ihm zu sagen, er solle sich endlich seiner Würde bewusst sein.«* Dieses Vorprellen, das im Gegensatz zur doch etwas vorsichtigern Haltung des State Departement und auch jener Stellen stand, die Viaux gebremst hatten, kostete Korry später den Posten. Dies hatte aber Berrellez vorausgesehen, und nach der Wahl, am 13. November, empfahl er Korry, der sich nach einem Posten in der Finanzwelt umzusehen begann, nicht unbedingt für ein solches Arbeitsgebiet, da sein Ansehen ruiniert sei.

Der weitere Rahmen

Die fieberhafte undemokratische und umstürzlerische Tätigkeit der zehntgrössten Gesellschaft der Welt in Chile, wie sie in den vorliegenden Dokumenten zutage tritt, ist nur ein Ausdruck des wirtschaftlichen und politischen Imperialismus der weltbeherrschenden Grosskonzerne. Diesmal wurden wesentliche Teile der Machenschaften bekannt, meist verlaufen sie geheimer und oft auch weniger brutal, wenn auch ebenso wirkungsvoll. Dies unterstreicht die Reaktion der grossen Kupferkonzerne, die in Chile – zum Teil schon unter Frei – enteignet wurden. Die Kennecott Copper Corp., welche jahrzehntelang enorme Gewinne aus Chile abgezogen hatte (allein die Anaconda hatte laut NZZ vom 10. Okt. 1972 im letzten Jahrzehnt in Chile Gewinne von etwa 500 Mio. $ bei Investitionsausgaben von rund 300 Mio. $ verbucht, erreichte es, von französischen und niederländischen Gerichten den Verkauf des chilenischen Kupfers über die staatliche Handelsgesellschaft unterbinden zu lassen. Schon am 5. März hatte die chilenische Regierung ein Komplott internationaler Schieber aufgedeckt, dessen Fäden auch über eine Zürcher Gesellschaft liefen und welches durch fingierte Angebote zum Verkauf von chilenischem Kupfer die Weltmarktpreise – und damit die Erträge Chiles – zu senken hoffte.

Die General Motors und die Ford hatten im Laufe des Jahres 1971 ihre Automobilproduktion in Chile eingestellt, weil die Zahl der Autohersteller auf drei begrenzt werden sollte und diese drei einen Anteil von 51% an den chilenischen Staat hätten abtreten sollen. Dagegen meldeten sich neun europäische und ein japanisches Automobilunternehmen, um unter diesen Auflagen in Chile die Produktion aufzunehmen.

Schliesslich sanken die kurz- und mittelfristigen Vorschüsse amerikanischer Handelsbanken an Chile vom 31. August 1970 bis zum Juni 1971 von 219,6 Mio. $ auf nur noch 32,25 Mio. $. Neue Kredite wurden Chile hingegen von sechs europäischen Ländern, darunter der Schweiz, sowie von Japan und Kanada gewährt.

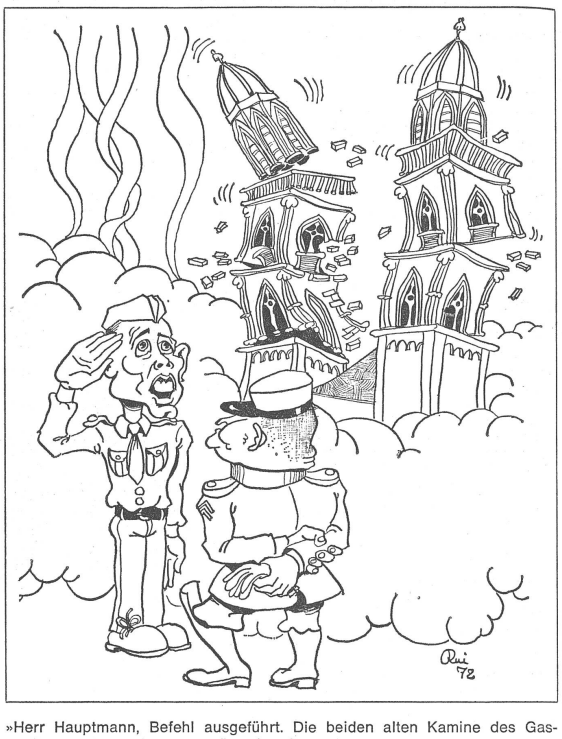
Es darf daher angenommen werden, dass sich mehr oder weniger alle bedeutenden amerikanischen Konzerne verschworen haben – sei es aus eigener Initiative, von der ITT geschürt oder auf Anregung der Regierung (um das gesellschaftliche Experiment in Chile abzuwürgen).

Die amerikanische Regierung setzt übrigens auch die von ihr dominierten »internationalen« Entwicklungsbanken in dieser Richtung ein. Die Nixon-Administration protestierte letzten August gegen einen Finanzierungsplan der Weltbank an den Irak, weil dieses Land durch seine Verstaatlichungspolitik US-Oelinteressen tangiert hatte. Ebenso erhält Peru von der Weltbank ausser humanitären Geldern keine Kredite mehr, weil dort die International Petroleum Co. 1968 verstaatlicht worden war. Die Interamerikanische Entwicklungsbank (BID) hingegen hatte noch im Dezember 1971 12 Mio. Dollar für Peru bereitgestellt. Der Präsident dieser Bank, Herrera, geriet daher natürlicherweise ins Schussfeld der ITT, denn ein Glückwunschtelegramm an Allende hatte auf seine zukünftige Geschäftstätigkeit mit Chile einen verdächtigen Schatten vorausgeworfen. Der ITT-Angestellte Neal schrieb deshalb an den Vizepräsidenten Merriam am 15. Oktober 1970: *»Korry stimmte mit mir darin überein, dass es gut wäre, Herrera ausserhalb der Bank (BID) zu haben, und dass er durch jemanden ersetzt werden müsse, der die Leitung der Bank straffer führt.«*

Die sich verstärkenden handels- und währungspolitischen Schwierigkeiten Chiles kontrastieren mit dem von Auslandgeldern angeheizten Boom in Brasilien. Die auch in der Schweiz oft hochgepriesene *»private Entwicklungshilfe«* durch die Investitionen der Grossfirmen ist damit einmal mehr nachgewiesenermassen nicht gesellschaftlich neutral, sondern auf jeden Fall mit einer Einmischung in die gesellschaftliche Situation des Empfängerlandes verbunden. Wird die Einmischung sonst einfach mit Gewähren oder Nichtgewähren von Krediten und Investitionen erreicht, nimmt sie bei Enteignungen sehr schnell die Form direkter und umstürzlerischer Intervention an – je nachdem, ob sich eine grosse multinationale Firma, einheimische Quislinge und eine ausländische Grossmacht zu einer wirksamen Konstellation zusammenfinden. Der Fall ITT zeigt, dass diese – auch wenn im Augenblick der entscheidende Durchbruch fehlschlug – die langfristigen Effekte (im Falle Chiles die Isolierung von den Geschäftsbeziehungen mit den USA und die Kupferbeschlagnahme in Europa) dennoch eintreten.

Beat Kappeler

Vor etwas mehr als einem Monat ging eine für Sinn und Unsinn militärischer Betätigung recht aufschlussreiche Meldung durch die Presse: Mit überbordendem Eifer hatte sich eine Zivilschutztruppe in Wildegg an den Schutz des Vaterlandes gemacht. Statt der vorgesehenen Abbruchliegenschaft rissen die Zivilschutzmannen das unter Denkmalschutz stehende »Jodquellenhüsli« beim Schloss Wildegg, das dem Schweizerischen Landesmuseum gehört, ab. Unser Zeichner Rui liess sich zu sinnvollen Zivilschutzübungen für die Zukunft etwas einfallen. Ist es nicht an der Zeit, unsere Städte von unbrauchbaren Altertümern zu säubern und Raum für zeitgemässe Geschäfts-Buildings zu schaffen?



»Herr Hauptmann, Befehl ausgeführt. Die beiden alten Kamine des Gaswerkes wurden ordnungsgemäss abgerissen.«

konzept

Grösste von Studenten herausgegebene Zeitung der Schweiz (Auflage 35 000). 8× jährlich fundierte Analysen und kritische Kommentare.

- zu aktuellen innenpolitischen Problemen (Armee, Staatsschutz, EWG, Raumplanung, Umweltschutz usw.)
- zur Entwicklung und internen Situation anderer Staaten und zu internationalen Problemen (Vergleich von Entwicklungsmodellen der Dritten Welt, Reportagen und Berichte aus verschiedenen Staaten usw.)
- zu bildungs- und wissenschaftspolitischen Fragestellungen (Revision der Bildungsartikel, Probleme der Forschungsförderung, Neuregelung der Finanzierung der Hochschulen, Hochschulneugründungen und ihre Probleme usw.)

»konzept« – die Zeitung für kritische Leser, die engagierte Auseinandersetzungen nicht scheuen und die bereit sind, sich auch einmal durch fundierte und umfangreiche Analysen »durchzubeissen«.
Abonnement: Pro Jahrgang (8 Nummern) Fr. 8.–.
Sonderangebot: Die nächsten **10** Nummern zum Sonderpreis von Fr. 9.–.

Name, Voname:

Strasse:

PLZ, Ort:

Abonniert ab sofort »konzept« zum Preis von Fr. 8.– pro Jahrgang.
Datum/Ort:

Unterschrift:

Einsenden an:
Redaktion »zürcher student«/»konzept«
Rämistrasse 66
8001 Zürich

konzept

Herausgegeben von der Redaktion des »zürcher studenten«, in Zusammenarbeit mit dem VSS.

Erscheint achtmal jährlich. Auflage 35 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ☏ (01) 47 75 30. Postscheckkonto 80–35598.

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber.

Die im »konzept« erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH–8023 Zürich, Tel. (01) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telephon (01) 39 30 30.

Konzept exklusiv: »Heer und Haus« gegen Subversion

Wie soll der KpKdt mit »oppositionellen Sdt« umgehen?

Unter diesem Titel erhielten die Einheitskommandanten unserer Armee diesen Sommer ein vierseitiges Schreiben, welches sie für den Kampf gegen unbequeme Fragen in ihrer Kompanie wappnen sollte. Von den »Trümpfen der Milizarmee« über »informative« Verbote, Abspeisungen, organisierte Aussprachen (Zusammenfassung vorher aufschreiben!) bis zur disziplinarischen Bestrafung werden darin die Hauptleute an ihre Mittel andersdenkenden Wehrmännern gegenüber erinnert. Verfasst wurde das Schreiben vom Dienstchef Heer und Haus des FAK 4, einem gewissen Oberst Bieri. Es handelt sich dabei um keinen Geringeren als den freisinnigen Ex-Finanzdirektor der Stadt Zürich. Ernst Bieri hat vor einigen Jahren von sich reden gemacht, als er kurz nach einer glanzvollen Wiederwahl sein Stadtratsmandat gegen einen (noch) lukrativeren Direktorenposten im Bankhaus Bär eintauschte. Im folgenden geben wir seine Anweisungen gegen »oppositionelle Sdt« vollumfänglich im Wortlaut wieder

(Auszeichnungen stammen aus dem Original, Zwischentitel von der Redaktion):

1. Immer ruhig Blut bewahren. Die detaillierten taktischen Anweisungen von »offensiv« Nr. 1, insbesondere für die Gestaltung von Kp-Aussprachen, werden nie komplett und nie so raffiniert angewendet, wie sie sich lesen.

2. Vergessen Sie nie, wo Sie den – zumeist sehr jungen – Agitatoren *überlegen* sind: *in allgemeiner Lebens- und Berufserfahrung und in der militärischen Erfahrung.* Haben Sie nicht äusserlich einschneidende Wandlungen in den Formen miterlebt? Präsentieren Sie sich den Soldaten als einer, der zwar auch manches im Militär nicht immer geschätzt hat (Schlafmangel, Müdigkeit, Nässe, Kälte, Ausfall von Essen), dass Sie aber *all das überstanden haben* und eigentlich als wertvolle Bestätigung empfanden, dass auch heutzutage ein Mensch bei Ausfall von gewohntem Komfort nicht nur weiterlebt, sondern seine Aufgabe zu erfüllen in der Lage ist.

Spielen Sie den grossen Trumpf der Milizarmee aus: *Auch Sie haben wie jeder andere Rekrut angefangen,* Sie sind mit Ihren vielen Schulen keinen leichten Weg gegangen, *Sie haben etwas geleistet.* Wir sind keine Klassenarmee, in der die zukünftigen Offiziere schon als 17jährige in besondere Kadettenschulen kommen.

Statt: »Zu Befehl« neu: »Verstanden«. – Was für eine Aenderung?

Dialektik und Praxis

3. Haben Sie keine Angst, wenn ein junger Agitator geschickter spricht als Sie. *Es ist gar nicht nötig, dass Sie ihm in der Dialektik überlegen sind.* Geben Sie das, bei unbequemen oder polemischen Fragen, offen zu, zum Beispiel so:

»Ihre Frage ist gut formuliert. Ich kann Ihnen nicht im gleichen modernen Stil antworten, denn ich hatte in meiner Berufsausbildung keine Zeit, semesterlang Broschüren über Machtstrukturen und Gesellschaftstheorien zu lesen. Wichtiger als Worte und allgemeine Anklagen gegen das System usw. ist mir die Praxis, das Erreichen klarer Ziele. Sagen Sie mir bitte, was Sie in der Sache eigentlich wollen – von mir, von Ihren Kameraden?«

»Informationen«: Verbote

4. Machen Sie ganz am Anfang, wenn der Agitator eine politische Diskussion über die »Herrschaftsstruktur« in Gesellschaft und Armee loslassen will, folgende klare Feststellungen:

»Bevor wir die Diskussion weiterführen, möchte ich Ihnen allen einige Informationen geben:

- In der Armee ist *von jeher Parteipolitik jeder Art verboten.*
- Es ist ferner *verboten,* während der Dienstzeit *Propaganda gegen die Armee zu betreiben.* Dazu gehört die mündliche Agitation so gut wie Flugblätter oder Unterschriftensammlungen.
- *Verboten* ist auch *jede Aktion des passiven Widerstandes* (z. B. Hungerstreik, Nichtausrücken, Nichtbefolgung von Befehlen).
- All diese Verbote haben weder Sie noch ich erfunden. Ich habe als Kp Kdt *die Pflicht,* meine Aufgabe im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung zu erfüllen. Wenn ich z. B. eine Aktion des passiven Widerstandes dulden würde, würde ich meine Pflicht verletzen. Erwartet das einer von Ihnen im Ernst von seinem Kommandanten?
- Wer mit den genannten Verboten nicht einverstanden ist, kann *als Bürger ausserhalb des Dienstes* für die Abschaffung der betreffenden Tatbestände eintreten. *Im WK hat er aber seine Pflicht genauso zu erfüllen wie jeder seiner Kameraden.* Ich kenne nicht zweierlei Soldaten in meiner Kompanie – solche, die ihre Aufgabe erfüllen, auch wenn es unangenehm sein sollte, und solche, die im WK die Erfüllung ihrer Aufgabe ablehnen.«

Der »oppositionelle Soldat« wird hier einhaken und sagen: »Wir sind keine willenlosen Automaten, sondern demokratische Bürger. Mindestens in der Theoriestunde dürfen wir doch über Fragen von allgemeiner, von entscheidender Bedeutung sprechen. Für sie ist es sogar interessant, dadurch die Stimmung zu erfahren.«

Was antworten Sie? Sie könnten sagen:

– entweder: *»Kommen Sie nachher zu mir;* ich will jetzt das vorgesehene Thema besprechen, Sie aber nicht einfach mundtot machen. Es ist zweckmässiger, wenn wir die Frage, die Sie aufgeworfen haben, in Ruhe unter uns besprechen.«

– oder: »Ich mache einen deutlichen Unterschied zwischen einer Aussprache, wo jeder seine eigene, freie Meinung äussert, und der Umfunktionierung unserer Aussprache in eine politische Versammlung, wo der Kp Kdt als Werkzeug eines sogenannten Systems hingestellt und in Gegensatz zu Ihnen allen gebracht wird. Ich bin aus freiem Entschluss Kp Kdt geworden. Ich bin der Meinung, dass wir hier zusammen sind, um eine Aufgabe gemeinsam zu lösen. *Gegen Spaltungsabsichten wehre ich mich,* im Interesse der ganzen Kompagnie.«

Die wohlorganisierte Aussprache . . .

6. Organisation der Aussprache

- Das *Thema* wird *von Ihnen festgelegt.* Es gibt keine vorherige Absprache mit einer »Soldatenvertretung«.
- Trennen Sie scharf zwischen *Ihren einführenden Worten,* der *Diskussion* der Kp und *Ihrer Zusammenfassung.* Mit Hilfe der Zusammenfassung, die Sie ankündigen, können Sie auch eine missratene oder von Agitatoren beherrschte Diskussion wieder ins Blei bringen.
- Wenn Sie Agitatoren in Ihrer Kp haben, dann handeln Sie so:

– *Aendern Sie zu Beginn der Aussprache die Sitzordnung,* indem Sie z. B.

Ernst Bieri

nach Jahrgängen sitzen lassen. Damit haben Sie eine von den Agitatoren eingefädelte Sitzordnung durchkreuzt.

– *Bilden Sie Arbeitsgruppen.* Damit nehmen Sie den Agitatoren die Chance einer »Vollversammlung« der Kp.

– Wenn *konkrete Klagen über den Dienstbetrieb* angebracht werden, wimmeln Sie sie weder ab noch behandeln Sie sie vor der ganzen Kp in aller Breite. *Uebergeben Sie die Kritik von der ganzen Kp einem Zugführer, dem Feldweibel, dem Fourier.* Versprechen Sie, dass Antwort gegeben wird.

– Wenn Sie Fragen stellen, *rufen Sie von sich aus den Antwortenden auf,* sonst melden sich immer und sofort die Agitatoren.

– Sie müssen *gar nicht alle Fragen sofort und selber beantworten.* Sagen Sie:

»Was meinen die Kameraden von Füs X dazu? Sie zum Beispiel?« – »Darauf weiss ich keine Antwort. Uebringes hat ein französischer Ministerpräsident einem Journalisten einmal gesagt: ‚Ich bin schon auf ganz andere Fragen die Antwort schuldig geblieben.'«

7. Versuchen Sie, *Humor* in die Sache zu bringen. Nicht sofort revolutionäre Unterminierung wittern, wenn eine polemische Frage kommt. Der Mann gibt vielleicht nur unausgegorene Ideen weiter, die er irgendwo aufgeschnappt hat.

8. Lassen Sie die *Diskussion* vor allem *zwischen den Soldaten führen.* Verhindern Sie eine Frontbildung »Hier Kp Kdt, dort Sdt«.

. . . mit vorher abgefasster Zusammenfassung

9. *Schreiben Sie sich die Zusammenfassung vorher auf,* tragen Sie sie bestimmt oder sogar *autoritativ* vor. Gerade wenn es Agitatoren hat, macht ein festes Auftreten des Kdt auf die anderen Eindruck. Beharren Sie auf Ihrer Aufgabe, von der Sie sich durch nichts abbringen lassen.

10. Wenn ein Agitator ganz ausfällig wird, gegen Sie persönlich oder gegen die Armee, weisen Sie ihn ruhig, aber bestimmt zurecht. Machen Sie auf mögliche disziplinarische Bestrafung aufmerksam. Sie sind nicht wehrlos!

11. Werden Behauptungen aufgestellt, zu denen Sie nicht dokumentiert sind (z. B. Ordnungsdienst der Armee), geben Sie keine Bla-Bla-Antwort. Sagen Sie: »Diese Frage ist interessant und wichtig. Ich kenne aber die Fälle, die Sie genannt haben, nicht im einzelnen. Ich werde Sie orientieren, sobald ich die genauen Unterlagen studiert habe.«

Und dann erkundigen Sie sich direkt *beim Dienstchef Heer und Haus Ihrer Heereseinheit,* der Ihnen die Dokumentation liefern wird.

Oberst Bieri, DC HH, Stab FAK 4

Abkürzungen:

Kp = Kompanie
Kdt = Kommandant
Sdt = Soldat
Füs = Füsilier
FAK = Feldarmeekorps

Kommentar überflüssig?

Man könnte meinen, das Dokument über den Umgang mit »oppositionellen Sdt« spreche für sich und bedürfe keines weiteren Kommentars. Aber immerhin sollte man versuchen, seinen Zusammenhang mit den (wehr)politischen Ereignissen der letzten Zeit herzustellen:

Immer stärker und in immer weiteren Kreisen mehren sich die Vorbehalte und Widerstände gegen ein politisches und wirtschaftliches System, welches einzelnen Starken erlaubt, sich auf Kosten der Schwächeren und der ganzen Gesellschaft zu bereichern und sich immer mehr Macht anzueignen. Dass diese Vorbehalte und Widerstände auf die Armee übertragen werden, ist nichts als logisch, wird doch die Armee allmählich erkannt als Machtinstrument in den Händen genau derjenigen bürgerlichen Kreise, die das oben charakterisierte System mit allen Mitteln erhalten wollen – weil es sie eben begünstigt. Viktor Schlumpf erklärte im »Tages-Anzeiger« vom 21. 10. 1972 die derzeitige Wehrmüdigkeit mit der Vorstellung, »dass diese Armee die Machtverhältnisse eines Staates verkörpert, mit dem sich viele nicht mehr identifizieren wollen«. Und vergessen wir nicht die Verfassung: »Die Armee ist bestimmt zur Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen und zur Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern.«

Schwarzmalerei? Leider nein. Sowohl in hohen Regierungs- wie Armeekreisen greift die Erkenntnis um sich, dass sich das klassische Feindbild unserer Armee – der böse Feind an der Landesgrenze – nicht mehr lange aufrechterhalten lässt. Die erste Aufgabe der Armee scheint funktionslos zu werden. Also besinnt man sich auf die zweite: Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern. Und dementsprechend wird auch ihr Einsatz geplant und geübt. Da und dort wird das sichtbar. In den Manöversituationen beispielsweise. Hiess es früher etwa »Rot ist vom Osten her im Anmarsch . . .«, so heisst es heute »Bürgerkrieg . . . In den grossen Agglomerationen der Schweiz sind soziale Unruhen ausgebrochen . . . Die Bevölkerung wird von Linkskräften gegen die Regierung aufgehetzt . . . Bewaffnete Zivilisten halten sich im Wald von X versteckt . . . Die Stadtkantone Genf und Basel haben sich von der Eidgenossenschaft losgesagt . . .« (Die Beispiele sind nicht erfunden.) Sichtbar wurde die neue Tendenz auch an den diesjährigen pädagogischen Rekrutenprüfungen, wo den Rekruten u. a. die Fragen gestellt wurden, ob sie bereit wären, mit aufgepflanztem Bajonett demonstrierende Studenten auseinanderzutreiben oder Schüsse über die Köpfe erboster Landwirte abzugeben, welche wegen zu niedrigen Milchpreises Strassenbarrikaden errichtet hätten, ob sie bereit wären, Flugblattverteiler festzunehmen usw.

Und da nun schliesslich die Linken, die Studenten, die erbosten Landwirte, die Agglomerationsbewohner und all die andern zugleich auch Angehörige der Armee sind, werden deren Gedanken auch dorthin getragen, wo man sie eben grad bekämpfen möchte. Und da sind sie dann, diese »oppositionellen Sdt«, wollen mit den Offizieren oder mit der ganzen Kompanie über Zweck und Aufgabe der Armee diskutieren, über die Gesellschaftsordnung, oft auch nur über militärische Formen oder über die Notwendigkeit verschiedener Vorschriften. Die jüngsten Vorfälle in den Sanitäts- und Luftschutzrekrutenschulen von Lausanne und Genf sind noch im Gedächtnis.

Solche Situationen sind ziemlich neu. Man müsste von »Emanzipation des Bürgers in Uniform« sprechen, was in einer Demokratie durchaus am Platz, ja sogar notwendig ist. Die hohen Herren aber nennen es »Agitation« und »Subversion«. Die Kommandanten unserer Armee sind darauf nicht vorbereitet. Deshalb also die Bemühungen der Dienstabteilung Heer und Haus, welche allerdings recht plump wirken. Dem Bankmann und Obersten Bieri scheint es zu genügen, den braven Hauptleuten einen Antwortenstrauss anzubieten, aus dem sie nur richtig zupfen müssen, um den oppositionellen Sdt »ruhig, aber bestimmt« zu entwaffnen. Dass dieser Strauss so stereotyp und undifferenziert ausfällt wie das Klischee vom subversiven Agitatoren, muss eigentlich nicht weiter verwundern. Verwunderlich ist höchstens, dass man glaubt, mit solch simplen Manövern einen geistigen Schritt aufhalten zu können. B. S.

Zitate aus dem Dienstreglement

(Meuterei) Im Aktivdienst ist der Vorgesetzte berechtigt, den Gehorsam mit Waffengewalt zu erzwingen, wenn kein anderes Mittel übrigbleibt.
(Ziff. 58, S. 35)

Der Regimentskommandant übt den ausschlaggebenden Einfluss in allen Angelegenheiten seines Offizierskorps aus und wirkt bestimmend ein auf dessen Denkweise und Haltung.
(Ziff. 28, S. 23)

Disziplin ist die volle geistige und körperliche Hingabe des Wehrmannes an seine Pflicht.
(Ziff. 42, S. 29)

Die Truppe hat die Pflicht, jede Störung des Dienstbetriebes zu verhindern und, wo es die militärischen Interessen erfordern, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Hierzu gehört auch der Schutz der Armee, ihrer Abzeichen und Symbole, des Wehrkleides und einzelner Militärpersonen gegen unmittelbare Angriffe und Beschimpfungen.
(Ziff. 266, S. 126)

Die Truppe ist zur vorläufigen Festnahme von Zivilpersonen berechtigt, die absichtlich die militärische Ordnung oder den Dienstbetrieb stören, dabei der Ausführung von Befehlen Widerstand leisten oder die Armee, ihre Symbole und Abzeichen, das Wehrkleid oder auch einzelne Militärpersonen durch Worte, Gebärden oder Tätlichkeiten beschimpfen.
(Ziff. 269, S. 127)

Der Waffengebrauch ist das äusserste Mittel der militärischen Polizeigewalt. Er ist aber auch das Mittel, womit der einzelne Wehrmann sich und die Ehre der Armee gegen Angriffe schützen kann.
(Ziff. 272, S. 128)

»Es schwören oder geloben die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten: (. . .) für die Verteidigung des Vaterlandes und seiner Verfassung Leib und Leben aufzuopfern; (. . .) den Befehlen der Oberen genauen und pünktlichen Gehorsam zu leisten; strenge Mannszucht zu beobachten und alles zu tun, was die Ehre und Freiheit des Vaterlandes erfordert.«
(Ziff. 10, Eidesformel, S. 14)

Eigentlich möchte Frau Blum* den SSR kennenlernen

Zwar verteilen wir unsere SSR-Programme nicht in der Frühe des Milchmanns, um vier Uhr morgens. Auch gebucht wird bei uns später. Somit könnte Frau Blum uns eigentlich kennenlernen. Wir fragen uns, was einer Bekanntschaft mit dem SSR im Wege stehe. Teilnahmebedingungen vermutlich. Im SSR-Programm gibt's eine ganze Seite davon. Das riecht nach Numerus clausus, Aufnahmeprüfung etc. – leider gelten auch fürs Reisen Vorschriften, bei den Studentenflügen zum Beispiel. Ausserdem gehört der SSR den Studenten. Sie fragten wir, was sie über eine Teilnahme von Nichtstudenten an SSR-Reisen denken: Die meisten, nämlich 87%, stört das nicht. Wir können Frau Blum, die uns eigentlich kennenlernen, also mit uns reisen möchte, auf den »Milchzettel« schreiben:

»Liebe Frau Blum,

an allen Gruppenreisen,

Einzelreisen,

Badeferien,

Winterferien,

und Sprachkursen

ist jedermann ab 16 Jahren teilnahmeberechtigt, vom Schüler bis zum Altakademiker, von der Krankenschwester bis zum Milchmann (wir organisieren aber weder Altersausflüge noch Bünzlireisen – und Bünzlis verirren sich auch höchst selten an unsere Schalter). Das ist die Regel. Hier die Ausnahmen:

Auf SSR-Flügen

dürfen nur vollimmatrikulierte Studenten bis und mit 30 Jahren und deren Ehepartner und Kinder, Professoren und Lehrer als Gruppenleiter, Mittel- und Ganztagsschüler von 16 bis und mit 22 Jahren mitreisen.

Bei SSR-Zügen

gelten dieselben Bestimmungen wie bei den SSR-Flügen. Zusätzlich dürfen aber auch Jugendliche von 16 bis 21 Jahen teilnehmen.

Jedes Schiff,

auf dem der SSR seine Passagen vemittelt, hat seinen eigenen Kapitän. Entsprechend hat auch jede Schiffslinie ihre eigenen Teilnahmebedingungen. Fau Blum, Sie müssen sich darüber direkt beim SSR erkundigen.

Mit freundlichem Gruss

Der Schweizerische Studentenreisedienst
Urs Frey, Milchmann und Präsident«

* Peter Bichsel. Eigentlich möchte Frau Blum den Milchmann kennenlernen, Walter-Verlag AG, Olten, 8. Auflage, 1972, S. 25 f.

SSR
Schweizerischer
Studentenreisedienst

Ein Gespräch mit Dr. P. Baccini, Mitarbeiter bei der »Hochschulplanung Luzern«:

Hochschule Luzern: »Noch sind einige knifflige Fragen zu lösen«

Die »Wünsche« der Hochschulkonferenz und des Wissenschaftsrates

rn. Die Schweizerische Hochschulkonferenz und der Wissenschaftsrat haben sich dieses Jahr zum Luzerner Anerkennungsgesuch geäussert. Dabei haben beide Gremien gewisse Auflagen formuliert: Vornahme qualitativer Abklärungen, Ausarbeitung von Modellen ohne eigene naturwissenschaftliche Abteilung, Gewährleistung der Qualität von Lehre und Forschung, um nur die wichtigsten zu nennen. Wie beurteilt Luzern heute diese Auflagen?

pb. Zuerst muss man davon ausgehen: Was ist positiv beantwortet worden? Abschliessend positiv beantwortet worden ist die *Bedürfnisfrage*. Was ist Frage nach den Zielsetzungen betrifft, so wird es sicher Probleme bei der Interpretation der geforderten Ausbildungs- und Forschungsprogramme geben. Damit verbunden sind *einerseits* die Auflage der Hochschulkonferenz, den Gedanken der Reformhochschule vermehrt in den Vordergrund zu rükken, *andererseits* die Auflage des Wissenschaftsrates, das Hochschulniveau müsse gewährleistet sein.

Wir sind jetzt der Meinung, dass die Schwerpunkte, die uns »zuerkannt« worden sind – phil. I, Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften und im besonderen die Mittelschullehrerbildung in den Phil.-I-Fächern –, aufgenommen und weiterverfolgt werden müssen. Allerdings ist die Detailplanung, die Verknüpfung dieser verschiedenen Aspekte heute noch nicht geleistet.

Wie verpflichtend sind die Auflagen?

rn. Nun sind aber – wie man verschiedenen Meinungsäusserungen von Mitgliedern der Luzerner Studienkommission entnehmen kann – nicht alle mit diesen Auflagen einverstanden. Hie und da wird sogar die Meinung geäussert, diese Auflagen seien gar nicht so ernst zu nehmen und seien letztlich durchaus im Sinn der Luzerner Pläne zu interpretieren. Zudem haben ja Ende Oktober dieses Jahres informelle Gespräche zwischen Luzerner Vertretern und Vertretern der gesamtschweizerischen bildungs- und wissenschaftspolitischen Instanzen stattgefunden. Betrachten Sie diese Auflagen für bindend? Wie schätzen Sie die Möglichkeit ein, diese Auflagen im Lauf der weiteren Arbeit in Luzern zu verändern?

pb. Hier ist zu unterscheiden zwischen kurz- und langfristigen Auflagen. Was die Naturwissenschaften anbetrifft – dies scheint mir das zentrale Problem zu sein –, so handelt es sich hier sicher um eine verbindliche Auflage. Aufgrund der vorliegenden Prognosen ist es sowieso nicht möglich, in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in Luzern eine vollausgebaute naturwissenschaftliche Abteilung nach dem Muster der bestehenden »Grossfakultäten« in Zürich und Basel aufzubauen. Langfristig gesehen jedoch hat man sich darüber noch nicht ausgesprochen. Der Wissenschaftsrat hat ja denn die Frage der Naturwissenschaften in Luzern nicht abschliessend behandelt, sondern nur zurückgestellt.

Inwieweit ist nun aber sinnvoll, diese Auflage so zu interpretieren, dass man auf dem Gebiet der Naturwissenschaften vorläufig überhaupt nichts unternehmen soll? Müsste man nicht sagen – sofern man langfristig den Aufbau einer naturwissenschaftlichen Abteilung in Luzern nicht ausschliessen will –, dass in Luzern schon jetzt gewisse kleine Einheiten auf dem Gebiet der Naturwissenschaften geschaffen und ihre Entwicklung durch enge Zusammenarbeit mit den bestehenden vollausgebauten Hochschulen gesichert werden muss? Andernfalls besteht die Gefahr, dass der *Schwerpunkt »Lehrerbildung«* in Frage gestellt wird. Dies sind die Fragen, die nun in der nächsten Planungsphase beantwortet werden müssen.

dies muss hier nochmals betont werden – geht es nicht darum, einen »Servicedienst« der bestehenden naturwissenschaftlichen Fakultäten einzurichten. Denn in diesem Fall bestände die Gefahr, dass das Engagement, das beim Aufbau einer neuen Hochschule so eminent wichtig ist, nicht oder nur in geringem Ausmass vorhanden ist.

rn. Ein Schwerpunkt der jetzigen Arbeiten ist der Aufbau von Ausbildungsgängen in den Naturwissenschaften für Sekundarlehrer. Dies bedingt den Aufbau eines recht umfangreichen naturwissenschaftlichen Stabes. Besteht nun nicht die Gefahr, dass in Luzern eine »naturwissenschaftliche Lehrabteilung« entsteht, die einerseits das Postulat nach Verknüpfung von Lehre und Forschung – ein Reformpostulat – nicht erfüllt und andererseits zwischen den auf den Lehrberuf orientierten Studiengängen in Luzern und den auf ein Diplom in den Naturwissenschaften ausgerichteten Studiengängen an deren Hochschulen nur eine beschränkte Durchlässigkeit besteht?

pb. Die jetzige Konzeption birgt im Prinzip diese Gefahr in sich, denn es stellt sich ja sofort die Frage, ob man eine naturwissenschaftliche Ausbildung nur bis zu einer gewissen Stufe so gestalten kann, dass das forschende Lernen im Projektstudium sichergestellt ist. Das setzt einen Kern von Dozenten voraus, der nicht nur mit der Luzerner Situation vertraut ist, sondern auch bereit ist, selbst intensiv an der Erarbeitung und Verbesserung der Studiengänge zu arbeiten und Forschungsprojekte vorzulegen, an denen auch die Studenten mitarbeiten können. Hier wird es noch einige knifflige Fragen zu lösen geben.

Auf alle Fälle muss es möglich sein – in Zusammenhang mit diesem naturwissenschaftlichen Forschungsschwerpunkt –, den Studenten, die ein rein fachwissenschaftliches Studium anvisieren, ausreichend Studienmöglichkeiten zu verschaffen. Gleichzeitig muss der Uebergang dieser Studenten an die Naturwissenschaftlichen Fakultäten der bestehenden Hochschulen durch Absprachen sichergestellt werden.

forscht, in Luzern in erster Linie gelehrt werden soll. Meiner Meinung sollte jedoch gerade ein angehender Lehrer – sofern er später fähig sein soll, an der erziehungswissenschaftlichen Forschung als »aktiver Aussenposten« und verständigter Partner der Bildungsforscher zu partizipieren – Gelegenheit haben, während des Studiums an Forschungsprojekten mitzuarbeiten, ja sogar selbst Forschungsprojekte zu entwerfen. Müsste unter diesem Gesichtspunkt nicht auch die erziehungs- und gesellschaftswissenschaftliche Abteilung der Hochschule Luzern auf dem Gebiete der Forschung aktiv werden?

pb. Die Vorstellungen, die im *»Bericht 1969«* und im Anerkennungsgesuch ihren Niederschlag gefunden haben, müssen als erste Diskussionsvorschläge verstanden werden. Es ist die Aufgabe der *»Arbeitsgruppe wissenschaftlicher Aufbau«*, diese Vorstellungen gründlich zu prüfen. Sollte die Arbeitsgruppe z. B. zur Ansicht kommen, es sei sinnvoll, Laborschulen oder ein interdisziplinäres Forschungszentrum auf dem Gebiet der Lehrplanforschung für die Schuljahre 7–13 zu errichten, so bestünde hier natürlich ein grosses Feld für Forschungen gerade auch für zukünftige Lehrer.

BRENNPUNKT

Die Berufsbildung darf nicht vernachlässigt werden ...

Das Hochschulförderungsgesetz: Für Neugründungsvorhaben nicht adäquat

rn. Von Luzerner Seite wurde mehrmals bemerkt, dass das Anerkennungsgesuch für die neuzuschaffende Hochschule zu lange bei den gesamtschweizerischen Instanzen auf die Behandlung habe warten müssen und dass das Verfahren, dem sich nach dem jetzigen Hochschulförderungsgesetz (HFG) Neugründungsvorhaben zu unterwerfen haben, diesen Vorhaben nicht adäquat sei. Was für Forderungen sind daraus aus der Sicht eines Neugründers für die Revision des HFG abzuleiten?

pb. Das Verfahren bei den gesamtschweizerischen Instanzen, das gegliedert ist in Vorverfahren und Hauptverfahren, ist eigentlich bezogen auf bestehende Hochschulen resp. deren Erweiterung. Es existiert kein spezielles Verfahren für Neugründer. Das Verfahren ist deshalb in Zukunft vermehrt den Bedürfnissen der Neugründer anzupassen.

Was heisst das konkret? Zuerst müsste Einigkeit darüber erzielt werden, wann, in welcher Grösse und mit welcher Konzeption eine Neugründung realisiert werden soll. Dann müssten die einzelnen Problemstellungen in diesen Zielrahmen hineingestellt und entsprechend bearbeitet werden. Alle Planungsarbeiten werden fragwürdig, wenn man nicht ausgeht von einem politischen Entscheid, den man zu einem bestimmten Zeitpunkt erwirken will. Gerade bei Gründungsvorhaben in anderen Staaten, vor allem in der BRD, wurde ja der *rechtliche Gründungsentscheid fast immer vor der konkreten Planungsarbeit gefällt.* Dies ist in der Schweiz nicht möglich. Daher ist es notwendig, einen Entscheid zu fällen: Es ist sinnvoll, in diesem Raum, mit diesem Schwerpunkt usw. eine Hochschule zu errichten. Dann – *noch vor der detaillierten Ausarbeitung des Projektes* – muss der Neugründungsentscheid gefällt werden.

rn. Bedingt dies nicht auch auf nationaler Ebene ein potentes Instrumentarium, mit dem die gesamtschweizerischen Instanzen die Neugründungsgesuche sachgerecht evaluieren und den Neugründern mit wissenschaftlichem Sachverstand beistehen können?

pb. Sicher. Die Schwierigkeiten haben sich meiner Meinung nach dadurch ergeben, dass die »Kommission für Hochschulneugründungen« (Kommission Schneider) überfordert gewesen ist, da die Entscheidungsgrundlagen, auf die sie sich bei der Behandlung des Luzerner Gesuches hätte abstützen können, nur zu einem geringen Teil vorhanden waren – abgesehen von den Vorarbeiten zum 2. Ausbaubericht des Wissenschaftsrates und Unterlagen des Sekretariats der Hochschulkonferenz. Nun wäre es sicher falsch zu sagen, die Kommission Schneider habe versagt. Die Schwierigkeit lag darin, dass die notwendigen Unterlagen nicht vorhanden waren und man sich über die Prioritäten – Ausbau der bestehenden Hochschulen, Ausbau der bestehenden *und* Gründung neuer Hochschulen – nicht klar war. Der prinzipiell positive Entscheid zum Luzerner Gesuch ist der erste konkrete Entscheid für die zweite Möglichkeit, also Ausbau der bestehenden Hochschulen *und* Neugründungen.

Mit oder ohne Naturwissenschaften: oder: der Steit um die »kritische Masse«

rn. Der Wissenschaftsrat, im besondern sein ehemaliger Vizepräsident Prof. Hadorn, ist der Meinung, dass die Schaffung einer neuen naturwissenschaftlichen Fakultät nur dann sinnvoll ist, wenn mit ca. 25 Dozenten aus den naturwissenschaftlichen Basisdisziplinen und ca. 150 Assistenten in den notwendigen Räumlichkeiten zu arbeiten begonnen werden kann. Würden Sie die »kritische Masse« für den Aufbau eines neuen naturwissenschaftlichen Schwerpunktes auch so hoch ansetzen?

pb. Eine gewisse Schwierigkeit bildet die Terminologie *»naturwissenschaftliche Fakultät«*. Meiner Meinung nach ist Prof. Hadorn immer von der naturwissenschaftlichen Fakultät einer der bestehenden Grossuniversitäten ausgegangen, die neben vielen Spezialfächern auch die Möglichkeit für vielfältige Nachdiplom- und Post-doctoral-Studien anbieten. Versucht man von dieser Seite her eine *kritische Masse* zu beschreiben, so muss man Prof. Hadorn recht geben. Wir sind jedoch in Luzern der Meinung, dass die naturwissenschaftlichen Gesichtspunkte in der Lehrerbildung so wichtig sind, dass es unbedingt notwendig ist, dass Naturwissenschaftler in der Phase des Aufbaus mitarbeiten.

Es handelt sich also um das Problem, wie Dozenten anderer Hochschulen für den naturwissenschaftlichen Unterricht in Luzern gewonnen werden können und wie – als Ergänzung zum ersten – in Luzern ein multidisziplinärer naturwissenschaftlicher Forschungsbereich, z. B. auf dem Gebiet der Oekologie, aufgebaut werden kann. Ein derartiger Forschungsbereich ist erstens in der Schweiz nirgends vorhanden und andererseits mit relativ wenig Investitionen zu realisieren und zugleich eine echte Ergänzung zu der jetzigen reduktiv-analytischen Betrachtungsweise in der Naturwissenschaft und der Orientierung auf die »big sciences«.

Darüber hinaus muss die Zusammenarbeit mit den bestehenden Hochschulen gepflegt werden. Allerdings – und

Wieso keine Ausbildungsgänge für Volks- und Berufsschullehrer?

rn. Neben dem soeben angesprochenen Schwerpunkt Sekundarlehrerbildung sind ja in der ersten Phase noch zwei weitere vorgesehen: Studiengänge in phil. I bis zum Lizentiat und Doktorat, Studiengänge in Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaft sowie eine (reformierte) Gymnasiallehrerausbildung. Wieso ist bis jetzt nicht beabsichtigt, die Ausbildung der Vorschul-, Volksschul- und Berufsschullehrer in die Hochschule aufzunehmen? Wieso sind bis jetzt Modelle der »integrierten Lehrerbildung« – allen Lehrer eine wissenschaftliche Hochschulausbildung, Verbesserung der erziehungswissenschaftlichen Schulung, Abbau der Standesunterschiede zwischen den einzelnen Lehrerkategorien – nicht ernsthaft geprüft worden?

pb. An derartigen Konzepten ist auch die Diskussion in Luzern nicht vorbeigegangen. Wir haben denn auch Hochschulmodelle, in denen eine derartige Lehrerbildung vorgesehen ist – wie Bremen, Oldenburg, Bielefeld und Kassel –, intensiv studiert. Eine integrierte Lehrerausbildung eröffnet denn auch ganz neuartige Perspektiven. Allerdings ist es jetzt die Aufgabe derjenigen Gruppen und Personen, die beauftragt werden, den Rahmen für den Beginn hier in Luzern zu erarbeiten, die theoretischen Forderungen mit den politischen und finanziellen Möglichkeiten zu konfrontieren. M. E. würde man jedoch den Wagen in Luzern überladen, wenn man schon in der *ersten Stufe* auch die Volks- und Berufsschullehrerausbildung einbeziehen wollte – nicht nur vom Finanziellen her. Wir sind daher der Meinung, dass man versuchen sollte, mit der Angleichung der Sekundarlehrer- und der Mittelschullehrerausbildung erst Erfahrung zu sammeln und auch die Lehrerschaft für diese neue Lehrerbildungskonzeption zu gewinnen. Später sollen dann auch Studiengänge für Volksschullehrer angeboten werden, ohne dass man heute allerdings darüber schon etwas Definitives sagen könnte.

rn. Sie würden also sagen: Das Modell Luzern muss längerfristig in diese Richtung weiterentwickelt werden?

pb. Sicher. Nur sind eben derartige Vorstellungen mit den heutigen gesellschaftspolitischen und finanziellen Bedingungen zu konfrontieren. Die EDK-Kommission *»Lehrerbildung von morgen«* ist noch an der Arbeit. Die EDK selbst hat noch keine Richtlinien erlassen. Die Bevölkerung der einzelnen Kantone ist für diese Probleme noch zuwenig sensibilisiert.

Integration der fach- und berufswissenschaftlichen Ausbildung

rn. Im Anerkennungsgesuch des Kantons Luzern wird ein Aspekt ganz besonders hervorgehoben: die verbesserte Verknüpfung von berufs- und fachwissenschaftlicher Ausbildung des Lehrers. Diese Fragen sollen ja nun von der »Arbeitsgruppe wissenschaftlicher Aufbau« konkretisiert werden. Woher wird diese Kommission ihr theoretisches Instrumentarium und ihre Modelle beziehen?

pb. Sicher müssen wir in der Schweiz im allgemeinen und wir hier in Luzern im besondern die Reformhochschulen nicht neu erfinden. Dies gilt auch für die Beziehung zwischen fach- und berufswissenschaftlicher Ausbildung des Lehrers. Zu diesen Fragen ist in den Nachbarländern – vor allem in der BRD – schon eine ganze Menge theoretisches Material erarbeitet worden. Zudem sind schon praktische Erfahrungen mit neuartigen Modellen gesammelt worden. Die »Arbeitsgruppe wissenschaftlicher Aufbau« hat eigentlich weniger die Aufgabe, neue Modelle zu entwickeln, denn die vorhandenen Modelle in Kenntnis der schweizerischen Realität zu konkretisieren.

rn. In Aarau soll ja ebenfalls ein bildungswissenschaftlicher Schwerpunkt aufgebaut werden. Können hier nicht Parallelitäten auftreten?

pb. Meiner Meinung nach sind in erster Linie *fruchtbare* Parallelitäten zu erwarten. Der Aargau schafft durch sein neuartiges Planungsvorgehen – Kombination von Forschung und Planung auf dem Gebiet der Bildungswissenschaften – neue Erfahrungen. Ueberschneidungen befürchte ich nicht, weil das Gebiet der Bildungsforschung und der Bildungswissenschaften so gross ist, dass noch viele Hochschulen auf diesem Gebiet arbeiten können, ohne sich gegenseitig zu konkurrenzieren. Es ist daher nicht nur wichtig, dass Aargau und Luzern zusammenarbeiten, noch wichtiger ist die Koordination aller auf dem gleichen Gebiet tätigen Hochschulen und Institute.

Keine erziehungswissenschaftliche Forschung für angehende Lehrer?

rn. Es ist darauf hingewiesen worden, dass im Aargau in erster Linie ge-

Wer erarbeitet den »Hochschulauftrag«?

rn. Dies zeigt einmal mehr, dass die »Arbeitsgruppe wissenschaftlicher Aufbau« einen recht schwierigen Auftrag zu bewältigen hat. Wie werden die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe gesucht? Wer nominiert Leiter und Mitglieder?

pb. Der Ausschuss der Studienkommission war der Meinung, dass zuerst ein Leiter für diese Arbeitsgruppe bestimmt werden müsse. Dieser Leiter soll ein erfahrener Hochschullehrer sein, der mit dem heutigen Stand der Reformdiskussion im In- und Ausland vertraut ist, der durch seine wissenschaftliche Arbeit bewiesen hat, dass er nicht nur seinen Fachbereich überblickt und er gewisse organisatorische Fähigkeiten aufweist. Diese Person soll Gelegenheit erhalten, basierend auf den bestehenden Vorarbeiten und den Wünschen der Gesamtschweizer Instanzen, einen Problem- und Prioritätenkatalog aufzustellen. Ausgehend von diesem Problem- und Prioritätenkatalog, soll dieser Leiter eine kleine Arbeitsgruppe zusammenstellen, mit der die prinzipiellen Probleme bearbeitet werden sollen. Später sollen dann für Teilprobleme Fachausschüsse gebildet werden und Aufträge an Hochschulen und Institute vergeben werden.

Die Suche nach diesem Arbeitsgruppenleiter gestaltete und gestaltet sich äusserst schwierig. Diejenigen Personen, die bis jetzt in Frage gekommen wären, sind schon durch ihre wissenschaftliche Tätigkeit und ihre Arbeit in den beste-

Im nächsten »konzept«:

BRENNPUNKT

»Das Modell wird den zu stellenden Anforderungen nicht gerecht« Kritische Notizen zum Projekt Luzern

henden bildungs- und wissenschaftspolitischen Gremien überlastet. In diesem Zusammenhang stellt sich nun das *Problem der Transparenz*. Wenn man derartige Personen gewinnen will, muss man sie zuerst einmal anfragen, ohne dies der breiteren Oeffentlichkeit schon mitzuteilen. Denn bewahrt man in solchen Angelegenheiten nicht Diskretion, so können Personen, die man angefragt hat, *absagen*, nur weil sie sich kompromittiert fühlen durch die Tatsache, dass sie öffentlich zur Diskussion stehen. So versucht denn der Ausschuss zuerst das grundsätzliche Einverständnis einzuholen. Erst nach Vorliegen dieses Einverständnisses werden die vorgeschlagenen Personen der Studienkommission vorgestellt. Gewählt werden die Mitglieder schliesslich vom Regierungsrat auf Antrag des Ausschusses der Studienkommission.

Fortsetzung nächste Nummer

Soeben erschienen:

Eingriffe – Materialien zur Hochschulpolitik

Herausgegeben von der Sozialliberalen Gruppe, Universität Bern. Zu beziehen bei:

SLG, Postfach 1829, 3000 Bern

Dissertationen

rasch und preiswert wie noch nie, wenn Sie uns ein reproduktionsfähiges Manuskript bringen.

Wir stellen Ihnen für die Reinschrift gratis eine elektrische IBM-Executive mit Plastikfarbband zur Verfügung.

Unsere freundlichen Sekretärinnen erklären Ihnen den Arbeitsvorgang.

Auf Wunsch nehmen wir Ihnen die Schreib- und Zeichenarbeit aber auch gerne ab.

Für anspruchsvolle Kunden stehen Linotype-Setzmaschinen und eine IBM-Composer-Anlage zur Verfügung.

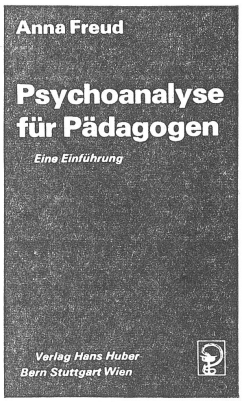
Juris Druck + Verlag, Basteiplatz 5
8001 Zürich, Telephon 27 77 27
(gegründet 1945)

Wissenschaftliches Taschenbuch

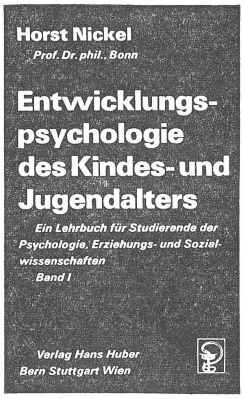
Sieben Titel sind bereits erschienen; jährlich sollen mindestens vier weitere herausgegeben werden.

Der Reihentitel **Wissenschaftliche Taschenbücher** soll auch gleich das Spektrum andeuten: Psychologie und Grenzgebiete (Lehrbücher, Einführungen, Readers, Monografien).

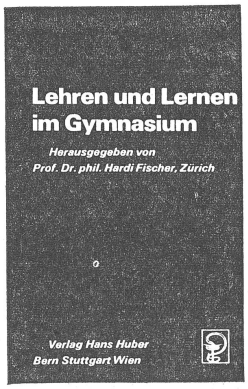
Mit diesen Veröffentlichungen wenden wir uns hauptsächlich an Fachleute und Studierende.



1971, 105 Seiten, Fr. 8.80



1972, 352 Seiten, Fr. 22.—



1971, 263 Seiten, Fr. 15.80

Verlag Hans Huber - Bern Stuttgart Wien

Summer Tours

for **Young Teachers and Students** in **USA, Canada,** and **Mexico** as Guests of American Families

Dauer: 34 Tage

Tour A: Canada-Tour DM 1300.—
Tour B: Florida-Tour DM 1340.—
Tour C: Kalifornien-Tour DM 1780.—
Tour D: Mexiko-Tour DM 1780.—

Alle Touren schliessen Hin- und Rückflug, sämtliche Uebernachtungen sowie zum Teil Verpflegung ein.

INTERNATIONAL COUNSELOR EXCHANGE PROGRAM

Summer openings for men and women, students, young teachers and Social Workers, Ages 20–30, to serve as counselors (moniteurs) in American children's camps and travel with other international counselors on a 2500 mile hospitality tour in eastern U. S. A.

Period: June 22–Sept. 28 Fee: DM 770.–
USA-Flüge: ab DM 395.–

Veranstalter: Association for World Travel Exchange, New York.

Weitere Informationen durch die Beauftragte für Deutschland und die Schweiz: Uta Menzel, D 8 München 40, Telephon 08 11 / 30 66 20.

- »konzept« -
das engagierte Blatt
für den kritischen Leser

Wer keine Nummer verpassen will, abonniert »konzept«

(Talon auf Seite 2)

Die
Sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung
sucht

Fraktionssekretär(in)

Aufgaben: Politisch-organisatorische Tätigkeit, insbesondere Aufbau eines Sekretariates, langfristige Planung der Fraktionsarbeit, Dokumentation der Parlamentarier, Oeffentlichkeitsarbeit, Administration.

Anforderungen: Politisches Interesse, Selbständigkeit, Freude an organisatorischen Aufgaben. Sehr gute Deutsch- und Französischkenntnisse. Hochschulabschluss (Lizentiat) von Vorteil, aber nicht Bedingung.

Weitere Auskunft erteilt: Frau B. Steinlin, Telephon (031) 61 38 52 oder (031) 52 29 65.

Bewerbungen sind zu richten an:

Sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung, Bundeshaus, 3003 Bern.

HOPPLA!

Da helfen selbst saftigere Ausdrücke nichts mehr. Aber vielleicht eine bessere Ausrüstung.

Ein solches Missgeschick macht eine mehrstündige Arbeit plötzlich wertlos. Die ganze Mühe beginnt von vorn. Und es hilft einem nichts, die Schuld auf das Schreibgerät zu schieben. Besser wäre es, einmal grundsätzlich über Schreibgeräte nachzudenken.

Zum Beispiel über das rotring-System. Es umfasst eine breite Skala von Zeichengeräten, wie Röhrchen-Tuschefüller, Zirkel, Schablonen und Tusche. Alles aufeinander abgestimmt. Damit wird der Unterricht im technischen Zeichnen einfacher, und eine präzise und saubere Ausführung bereitet weniger Schwierigkeiten. Dank Patronen fällt das Einfüllen der Tusche weg. Und damit praktisch auch die Möglichkeit von unheilvollen Klecksen und unsauberen Linien.

rotring-Geräte sind äusserst robust und normgerecht im Strich. Verschiedene Linienbreiten erlauben ein vielfältiges Zeichnen und Schreiben. Auch mit Zirkel und Schablone.

Mit rotring-Geräten arbeiten Sie zeitsparend, präzis und sauber. Mit einem Nachteil – der Gewissheit, bei einem Missgeschick selbst schuld zu sein.

Racher & Co. AG
Marktgasse 12
8025 Zürich 1
Tel. 01 47 92 11

Generalvertretung für die Schweiz:
Kaegi AG, Postfach 288, 5200 Brugg (AG), Tel. 056 42 00 81

Coupon
Einsenden an:
Racher & Co. AG, Marktgasse 12, 8025 Zürich 1
Ich verzichte gerne auf saftige Ausdrücke.
Senden Sie mir bitte genauere Unterlagen über die rotring-Geräte.
Name:
Adresse:
PLZ/Ort:
Telefon:

Eine kritische Bestandesaufnahme nach dem Parteitag in Interlaken 2. Teil/Schluss

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Im letzten »konzept« wurde versucht, die Sozialdemokratische Partei im Ueberblick in ihrer gegenwärtigen Situation (Geschichte der letzten Jahre, Mitgliederbewegung, Gruppierungen innerhalb der Partei, Parteistruktur) zu zeigen. Diese allgemeinen Feststellungen sollen nun noch anhand der Politik der SPS in Einzelbereichen spezifiziert werden.

Francesco Thalmann

Die Fremdarbeiterpolitik

Der starke Anstieg der Anzahl ausländischer Arbeiter in den letzten fünfzehn Jahren hat sehr viel zum schweizerischen Malaise der Gegenwart beigetragen. Viele der schweizerischen Arbeiter und Angestellten, unter denen die SP traditioneller Weise ihr Wählerpotential findet, empfanden die Immigranten subjektiv als eine Verschlechterung ihrer Position. *Der SP wurde von diesen Leuten daher ihre Fremdarbeiterpolitik vorgeworfen.*

Die Führung der Sozialdemokraten rechnete deshalb gemäss ihrem Geschäftsbericht 1970/71 auch vor den Nationalratswahlen 1971 mit *»wenn nicht massiven, so doch ins Gewicht fallenden Wählerverlusten, besonders bei älteren Arbeitnehmern«* (a. a. O. S. 82). Die Reaktion der Parteileitung bestand in folgendem Wahlkampfkonzept:

»Es muss versucht werden, die befürchtete Abwanderung von früheren SP-Wählern durch den Einbruch in andere Wählerschichten zu kompensieren.« (a. a. O. S. 82f)

Im Wahlkampf machte man sich keine Gedanken darüber, wie man die enttäuschten ehemaligen Wähler zurückgewinnen konnte. Man versuchte vielmehr, neue Wählerschichten zu gewinnen. Dass eine solche Strategie nicht einmal kurzfristig aufgehen konnte, ist weiter nicht verwunderlich. Zwar gelangen der SP vor allem wohl dank der Verkehrspolitik gewisse Gewinne auf Kosten des Landesrings in Städten und Agglomerationen, in andern Gebieten aber fehlten solche Wählerreservoire, was dann auch zu den Verlusten führen musste.

Fataler erscheint aber noch, dass dieses Wahlkampfkonzept von der Partei weiterverfolgt wird. Man verzichtet auf den Rückgewinn der ehemaligen Wähler, man macht sich nicht einmal Gedanken darüber, dass diese vor allem zu erzkonservativen, reaktionären Bewegungen abwanderten. Es macht den Anschein, als wolle die SP das Problem so rasch wie möglich vergessen.

Sonderbare Loyalitäten . . .

Darauf deutet beispielsweise hin, dass am Parteitag von Interlaken weder die Fremdarbeiter noch James Schwarzenbach mit irgendeinem Wort erwähnt wurden. Von über 100 Anträgen beschäftigten sich gerade drei mit dem wohl brennendsten innenpolitischen Problem. Diese Anträge waren in der Traktandenliste so weit hinten plaziert, dass sie nicht behandelt werden konnten. Die SP hat ihre Haltung zur Fremdarbeiterfrage zum letztenmal im Wahlmanifest 1971 dargestellt. Darnach steht sie loyal zu den Massnahmen des freisinnigen Bundesrates Brugger. Sie fordert im weiteren die Vorbereitung der ausländischen Arbeitskräfte auf den Aufenthalt in der Schweiz und den Ausbau des Rechtsschutzes für die Ausländer.

Im übrigen heisst es da abschliessend: *»Wir müssen mit der Ausländerfrage auf würdige Art zurechtkommen.«* (Manifest 1971, S. 18)

. . . als Folge theoretischen Versagens

Kläglicher kann das Fiasko einer Politik kaum kaschiert werden. Neben der loyalen Zusammenarbeit mit einem Zürcher Freisinnigen bleibt nur noch würdiges Vergessen.

Interessanter als das Versagen selbst sind allerdings die Gründe, die zum Versagen führten. Wie den Gewerkschaften *ist auch der SP das blosse Reagieren in der Fremdarbeiterpolitik äusserst schlecht bekommen.* Da man in den fünfziger Jahren die Bedeutung der Immigration nicht analysierte, ihren Zusammenhang mit der damaligen wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz und ihrer Nachbarländer nicht sah, konnte man zu diesem Problem auch keine eigenständige sozialdemokratische Strategie entwickeln. Man liess alles auf sich zukommen im Vertrauen, es werde sich schon irgendwie lösen lassen. Als man das Unheil endlich erkannte, blieben nur noch Appelle zur internationalen Solidarität und ein Wehklagen über die Unternehmer, die an *»allzu kurzfristigen Profiten interessiert«* (Manifest, S. 18) seien. Lösungen sah man keine. Also verblieb den Pragmatikern in der Partei einzig die Möglichkeit, das Thema, so rasch es immer ging, von der Tagesordnung verschwinden zu lassen.

Die Theorielosigkeit der konservativen SP der letzten zwanzig Jahre ist besonders peinlich, weil die Probleme, die Arbeiter verschiedener Sprache und Herkunft am gleichen Arbeitsplatz stellen, schon den Klassikern des Marxismus bekannt gewesen sind. Karl Marx etwa stellte sie anhand des Gegensatzes von Iren und Engländern am gleichen Arbeitsplatz dar. Da die SP aber solche Analysen nicht mehr kannte und auch nicht fähig war, eigene zu erstellen, schlitterte sie blind in die Krise. Sie sah nicht die lohndrückende Funktion der Ausländer, die das Angebot an der Ware Arbeitskraft erhöhen, sie sah nicht die Gefahr für die Solidarität, nicht die Gefahr der Unterschichtung (Vorarbeiter Schweizer, Untergebene Ausländer), die die Gegensätze verstärkt, sie sah auch nicht die verhängnisvolle Entwicklung in Teilen der Schweizer Industrie, die auf Rationalisierung verzichteten, da die Gewinne mit den Fremdarbeitern höher waren. Vor allem aber bemerkte die SPS nicht, dass sich die einheimischen Kapitalisten mit den Fremdarbeitern ein neues Proletariat zu schaffen wussten, das am Arbeitsplatz weder stimmen noch wählen konnte und das weitgehend rechtlos war. Ein Teil der von den Schweizer Arbeitern in früheren Jahren erkämpften Rechte konnte so umgangen werden. Der Höhepunkt der Rechtlosigkeit und der Macht des Kapitals wurde im Saisonnierstatut erreicht.

Die Konsequenz: Zwickmühle

Doch zu alldem hatte die SP nichts zu sagen. Die marxistische Analyse besässe eine Lösung: Aufhebung des Saisonnierstatuts, sofortiges Stimm- und Wahlrecht für Fremdarbeiter, die eine bestimmte Zeit in der Schweiz verbracht haben. Doch eine solche antikapitalistische Strategie, die vor allem mit der Reservearmee der Fremdarbeiter durchaus möglich schiene, widerspricht den Grundsätzen des Programmes der SP von 1959. Sie widerspricht gewiss auch der Meinung und dem gegenwärtigen Interesse der meisten verbliebenen Wähler. Doch auch das andere Extrem, den sofortigen drastischen Abbau des Bestandes an Fremdarbeitern, kann die SP nicht unterstützen. Denn sie weiss natürlich, dass dies zu einer Rezession führen würde, deren Auswirkungen die Schweizer Arbeiter und Angestellten kaum zufriedenstellen könnte. So bleibt der SP kein Ausweg. Sie hätte die Entwicklung höchstens verhindern können, wenn sie schon den Anfang kontrolliert hätte. Doch damals sah man die Gefahr nicht, weil langfristige Analysen fehlten. Diese gab es zwar bei den Marxisten. Aber von denen wollte man nichts wissen. Es gab sie wohl auch bei der Wirtschaft, aber da erhielt man keine Einsicht. Einzige Auswegmöglichkeit wäre heute noch, wenn man den Mitgliedern der Partei die begangenen Fehler ehrlich zu erklären versuchte. Aber dazu hätte es wahrscheinlich früher einer ausgedehnten Bildungsarbeit bedurft, auf die man jetzt zurückgreifen können müsste. Die Voraussetzungen, ein so komplexes Thema durchzubesprechen, fehlen weitgehend. Daher bleiben nur Appelle. Sie aber sind nutzlos. Also vergisst man selbst diese.

Die EWG-Politik: Keine eigene Perspektive

Die Ausweglosigkeit der Fremdarbeiterpolitik wurde vor einem Dutzend und mehr Jahren eingeleitet. Etwas Aehnliches kündigt sich in der Haltung der SP zur EWG erneut an. Wiederum handelt es sich um ein Problem, das die Produktionssphäre und die Stellung der Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz betrifft, und wiederum ist es erstaunlich, wie lässig sich die SP der neuen Entwicklung gegenüber verhält.

Das Wahlmanifest 1971 beschäftigte sich nicht mit der europäischen Integration. Ein Parteitag über dieses Thema wurde meines Wissens vor 1972 nie abgehalten. Erst jetzt, wo die Abstimmung über das Freihandelsabkommen, dessen Bedeutung bemerkenswerterweise in der Partei sehr unterschiedlich bewertet wird, vor der Tür steht, äussert man sich. Schliesslich muss man ja eine Parole ausgeben.

Kurz vor dem Parteitag in Interlaken erschien ein Exposé von Nationalrat Renschler über *»Die Schweiz und das EWG-Freihandelsabkommen«*. Renschler hielt auch das Hauptreferat dazu am Parteitag. Die Anträge des Parteivorstandes lagen ganz auf der Linie seiner Ausführungen und wurden vom Parteitag mit grossem Mehr gebilligt. Die Haltung der SP scheint also in den Aeusserungen Renschlers genau zum Ausdruck zu kommen. Da lohnt sich ein Blick auf die Broschüre.

Renschler stellt zunächst zwei Ziele fest, die seiner Ansicht nach verfolgt werden müssen, soll eine *»wünschenswerte gesamteuropäische Integration«* erreicht werden. Die Ziele sind:

»1. *Die bereits eingeleitete Entspannung zwischen Ost- und Westeuropa muss intensiviert und weiter gefördert werden. Es gilt den Frieden der gegenseitigen Abschreckung . . . in einen Frieden der gegenseitigen Verständigung zu verwandeln.*

2. *Die Integrationsbestrebungen müssen die Eigenständigkeit Europas stärken, damit es zu einer ausgleichenden Macht zwischen den Grossmächten werden kann . . .«*

(Die Schweiz und das EWG-Freihandelsabkommen, S. 3)

Das sind gewiss Ziele eines Europa-Politikers, aber wo bleiben die Ziele des Sozialdemokraten Renschler? Von einer Arbeiterpartei müssen Integrationsbestrebungen doch vor allem gemessen werden an den Auswirkungen, die sie auf die Situation der Arbeiter und Angestellten in der Schweiz haben, und an den Aenderungen, die diese in ihren demokratischen Rechten und in ihren Rechten im Betrieb erfahren werden. Anforderungen müssten auch gestellt werden an die Antitrust- und Antikartellpolitik und an die Entwicklungspolitik der EWG.

Mangelnde Bedenken

Renschler streift im folgenden alle diese Punkte. Aber er entwickelt keine grundsätzlichen Ziele. Er sieht ein, dass vieles an der EWG wenig arbeiterfreundlich aussieht, doch wie es geändert werden könnte, wird kaum angedeutet. Am gewichtigsten ist noch ein Hinweis auf einen Kongress der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft und dessen Forderungen. *Nur sind die imposanten Forderungen leider in der EWG in den fünfzehn Jahren, in denen sie besteht, nicht durchgesetzt worden. Die Antwort darauf, weshalb dies so war, fehlt im Exposé.* Es scheint, als fehle der SP jedes Misstrauen der EWG gegenüber. Man will sich dem Fortschritt nicht verschliessen, man hängt eben am Europa-Gedanken, der besonders in der Jugend verankert sei (so Renschler am Parteitag), aber man erkennt nicht die Gefahren des Abenteuers, zu dem man da so forsch aufbricht.

Dies geschieht notabene einer Organisation gegenüber, deren Exekutive laut Sicco Mansholt entscheiden kann, *»ohne dass die Bevölkerung einen direkten Einfluss darauf hat«* (»Tages-Anzeiger« vom 11. 10. 72), einer Gemeinschaft, die schlicht *«undemokratisch ist«* (Mansholt a. a. O.). Warnzeichen sind – auch aus Norwegen – genügend vorhanden. Dass sie bei Renschler, der seine Schrift wahrscheinlich ohnehin überlastet verfassen musste, nicht verarbeitet wurden, ist weit weniger bedenklich als die Haltung einer Partei, die ein solches Exposé gleich zur Maxime des eigenen Handelns macht. Aus der Fremdarbeiterpolitik wurde nicht gelernt. Man hat keine klaren Forderungen der Integrationspolitik gegenüber. Man weiss nicht einmal genau, was auf einen zukommt. So fehlen die Beurteilungsgrundlagen. Es wird in Zukunft sehr viel Wendigkeit brauchen, wenn man den Wählern eine solche Politik schmackhaft machen will.

ANALYSE

Neue Ansätze: Landesverteidigung . . .

Anders als in Wirtschaftsfragen geht man in der Landesverteidigungspolitik vor. Hier liegt nach dem Interlakener Parteitag eine *begründete Strategie* vor. In einer differenzierten Analyse weist die Partei auf die Bedeutung der Armee *als innenpolitisches Machtinstrument* hin, sieht aber auch die Möglichkeiten, die das Milizsystem, das jedermann Waffen in die Hände gibt, für die Linken haben kann. So wird davor gewarnt, dem Bürgertum die Armee – sei es als Freiwilligen- oder als Berufsheer – zu überlassen. Der neue Wind wurde besonders deutlich, als der Parteitag den Teil des Berichtes *»Innere Führung«*, der nichts weiter als eine Vertiefung der Oswald-Reformen verlangte, zurückwies. Gleichzeitig mit der innenpolitischen Analyse wird auch der Ort der Landesverteidigung in einem allgemeinen Konzept der Friedenssicherung gesucht. Das Landesverteidigungspapier, das der Parteitag annahm, ist brauchbar. Es wird die Gegner auf der Linken und besonders auf der Rechten dazu zwingen, zu sagen, wie denn sie die Landesverteidigung sehen. Der Strategie liegt eine Analyse zugrunde, die nicht so leicht widerlegt werden dürfte.

. . . und Verkehr

Aehnliches kündigt sich auch im Bereich der Reproduktion (Verkehr, Wohnungsbau), an. Als erste der grossen Parteien beschäftigt man sich mit den Nachteilen des Bodenrechts und des privaten Verkehrs. Doch die Verkehrspolitik hat sich noch nicht durchgesetzt. An der Haltung der Forderung gegenüber, man müsse durch die öffentliche Hand finanzierte Gewinne der Grundbesitzer massiv abschöpfen, wird man die SP in Zukunft beurteilen können. *Verzichtet sie auf die Forderung nach Mehrwertabschöpfung, wie das gegenwärtig noch aussieht, dann haben sich die pragmatischen Kreise erneut durchgesetzt.* Doch dass dies geschieht, ist nicht gewiss. Denn im Reproduktionssektor ist in letzter Zeit sehr viel ins Rollen gekommen.

Die *neuen Ansätze scheinen erfolgversprechend. Hier beginnt sich die SP zu profilieren.* Schuld an den neuen Ansätzen ist gewiss auch die neue Basis der Partei, die sich diesen beiden Problembereichen besonders zugewandt hat. Wieso aber konnte sie sich im Unterschied zur alten Basis in der Fremdarbeiterfrage durchsetzen?

Es mögen dabei viele Dinge mitgespielt haben. Einmal war es den Akademikern wohl eher gegeben, die richtigen Kanäle zu finden, um bis zur Parteiführung durchzudringen, als früher den einfachen Arbeitern. Dann hatte die neue Generation auch gleich das Glück, dass der Unmut im Volk besonders in Wohnungs- und Verkehrsfragen stark im Anwachsen ist, so dass die Intellektuellen rasch eine eigene Basis erhielten. Schliesslich stand man in der Landesverteidigung und in Verkehrsfragen einem weniger kompakten Gegner gegenüber als in der Wirtschaftspolitik. Am wichtigsten aber dürfte gewesen sein, dass Landesverteidigungs- und Verkehrspolitik der SPS sehr gelegen kamen, weil beide Betätigungsfelder vom eigenen Versagen in der Fremdarbeiterfrage abzulenken vermochten. Nur so ist die Kehrtwendung in diesen Bereichen verständlich. Man brauchte Erfolge, und hier waren sie zu holen.

Dass eine Partei solche Chancen nutzt, ist richtig. Es ist dies auch ein Fortschritt im Vergleich mit der Politik der letzten zwanzig Jahre. *Langfristig aber genügen diese Erfolge nicht. Die SPS besitzt in diesem Staat Macht, weil sie die Partei der Arbeiter und Angestellten ist. Bei diesen aber verliert sie an Wählern. Gelingt es ihr nicht, diese Wähler zurückzugewinnen und sich vor allem auch bei den jungen Arbeitern zu verankern, dann fehlt ihr auf die Dauer die entscheidende Machtbasis, die ihr Studenten und Akademiker nicht geben können.* Um *Arbeiter und Angestellte für sich zu gewinnen, braucht es Leistungen im Produktionssektor, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dass die SP in diesen Bereichen gegenwärtig so wenig Eigenständiges zu bieten hat, lässt einen für sie schwarz sehen.*

Francesco Thalmann

Im nächsten »konzept«:
ANALYSE
Zu kurz gegriffen: Linksliberalisierung

Aus dem Ausbaubericht II des Schweizerischen Wissenschaftsrates:

Die Naturwissenschaft und die vorklinische Medizin an den Bund...

Die Stimmen mehren sich, wonach die heutige Belastung, welche den Kantonen aus der Führung von Hochschulen erwächst, an der oberen Grenze des Zumutbaren angelangt ist. Wenn man diese Feststellung mit der soeben dargestellten, wahrscheinlichen künftigen Entwicklung der Hochschulausgaben konfrontiert, ist kein anderer Schluss möglich, als dass die Hochschulkantone bald vermehrter finanzieller Hilfe bedürfen. In wenigen Jahren wird wahrscheinlich die Hälfte des Aufwands für die kantonalen Hochschulen, später ein noch grösserer Teil vom Bund zu tragen sein.

Trotzdem wird, wenn die Kompetenzverteilung nicht geändert wird, stets Ungewissheit bestehen, ob die Kantone ihre Hochschulen so ausbauen werden, wie es technisch möglich und im nationalen Interesse nötig wäre. Die Erfahrungen der letzten Jahre stimmen nur zum Teil optimistisch. Damit ein quantitativ hinreichender und qualitativ befriedigender Ausbau der »Hochschule Schweiz« sichergestellt werden kann, muss das hochschulpolitische Instrumentarium auf gesamtschweizerischer Ebene verstärkt werden.

Redaktion

Der Wissenschaftsrat stellt zwei Modelle ausführlich dar und wägt sie gegeneinander ab:
– Ausbau des Subventionssystems, unter grundsätzlicher Beibehaltung der jetzigen Struktur;
– Beteiligung an der Trägerschaft für einzelne Fakultäten (bzw. Fakultätsteile) seitens des Bundes, unter Beibehaltung eines Subventionssystems für die anderen Sektoren.

Ausbau des Subventionssystems

Ein Ausbau des Subventionswesens müsste, damit er eine wesentliche Entlastung der Kantone zur Folge hat, durch folgende Tendenzen gekennzeichnet sein:

● Die *Betriebsbeiträge* (Grundbeiträge würden nach wie vor für eine bestimmte Zeitspanne global festgesetzt, aber für die *Investitionsbeiträge* würde nicht ein fester, sondern ein flexibler Plafond in Aussicht genommen.

● Es wären starke Zuschläge bei den *Investitionsbeiträgen* vorzusehen, bei Vorhaben von gesamtschweizerischer Bedeutung bis auf 70–80 Prozent der Investitionskosten.

Wenn man eine durchschnittliche Teuerungsquote von 4% annimmt, ferner eine Quote des jährlichen realen Ausgabenzuwachses von 3,5%, kommt man auf eine jährliche durchschnittliche Zuwachsrate von rund 7,5% der Hochschulausgaben. Nun ist aber zumindest in den siebziger Jahren eine Strukturverbesserungsquote von rund 5,5% hinzuzurechnen, um den »inneren Ausbau« der Hochschulen sicherzustellen. Schliesslich steigt ein wesentlicher Teil der Ausgaben proportional zu den Studentenzahlen an. Das gibt im ganzen eine jährliche durchschnittliche Zuwachsrate der Hochschulausgaben zwischen 1969 und 1985 von 14 bis 16%.

● Die *Grundbeiträge* würden grundsätzlich in der bisherigen Höhe belassen, aber es würden grosszügige Zuschläge (bis 100 oder 200 Prozent der jetzigen Ansätze) vorgesehen für Hochschulen, welche bestimmte hochschulpolitische Postulate erfüllen, wie zum Beispiel besonders grosse Leistungen zugunsten ausserkantonaler Studierender oder ausserordentliche Ausweitung der Grundausbildungskapazität gewisser Fakultäten in gesamtschweizerischem Interesse. Auch ein besonders günstiges Verhältnis zwischen Dozenten- und Studentenzahlen könnte Anlass zu einem Zuschlag geben.

● Auf gesamtschweizerischer Ebene würde eine Organisation aufgebaut, welche im Rahmen der zu erwartenden Grundsatzgesetzgebungskompetenz des Bundes gesamtschweizerische Ziele für den Hochschulausbau festzusetzen, Unterrichts- und Forschungsschwerpunkte zu fixieren und allgemein ein hinreichendes Zusammenwirken der Hochschulen sicherzustellen hätte.

Eine grosszügige Ausgestaltung der Bundessubventionen schlösse also keine prinzipielle Neukonzipierung, sondern lediglich eine Verstärkung und Verfeinerung der gegenwärtigen Gestaltungskompetenzen des Bundes ein.

Mitträgerschaft des Bundes

Der Wissenschaftsrat hat eine ganze Reihe von Varianten der Mitträgerschaft geprüft, von denen drei bis ins einzelne studiert worden sind:
a) Mitträgerschaft für die medizinischen Fakultäten (Human-, Zahn- und Veterinärmedizin);
b) Mitträgerschaft für die medizinischen und naturwissenschaftlichen Fakultäten;
c) Mitträgerschaft für die naturwissenschaftlichen Fakultäten sowie für den nichtklinischen Teil der medizinischen Fakultäten, aber unter Einschluss der klinischen Forschung.

Diese drei Varianten stehen deshalb im Vordergrund, weil die medizinischen und naturwissenschaftlichen Fakultäten heute die bei weitem *kostspieligsten Fakultäten* sind. Im Jahr 1969 wurden für die medizinischen Fakultäten 50 Prozent, für die naturwissenschaftlichen Fakultäten 20 Prozent der kantonalen Hochschulaufwendungen verwendet, für die Bereiche gemäss Variante c) etwa 30 Prozent.

Mit der Aufwendigkeit dieser Fakultäten hängt es zusammen, dass hier die *gesamtschweizerische Zusammenarbeit und Koordination* und ein nach *nationalen* Gesichtspunkten gesteuerter *Ausbau* besonders wünschenswert sind. Eine Beteiligung des Bundes an der Trägerschaft für die naturwissenschaftlichen und einen Teil der medizinischen Fakultäten würde die Chance für eine optimale Verwendung der hier ganz besonders grossen Mittel erheblich vergrössern.

Nach dem im Bericht dargestellten Modell würde der *Bund* im Bereich seiner Mitträgerschaft die *volle finanzielle Verantwortung übernehmen*. Dazu käme eine bestimmte Beteiligung des Bundes an Planung und Verwirklichung des Ausbaus; er hätte für Koordinierung der kantonalen Ausbaupläne im betreffenden Bereich zu sorgen und, sofern diese Pläne nicht hinreichen, den Ausbau selber zu planen und gegebenenfalls durchzuführen. Für die Ausübung der neuen Befugnisse und Aufgaben hätte er eine leistungsfähige Organisation zu schaffen. Die *Kantone* würden, unter dem Vorbehalt dieser Befugnisse, Träger der betreffenden Fakultäten bleiben. Diese wären nach wie vor in die Hochschulen eingegliedert. Entsprechend verbliebe die Verantwortung für die Organisation der Hochschulen im weitesten Sinne bei den Kantonen oder bei den Hochschulen nach Massgabe der kantonalen Hochschulgesetzgebung. Auf diese Weise bliebe für kantonale und universitäre Initiative hinreichender Raum erhalten, und es würde auch die Universität als »universitas scientiarum« nicht in Frage gestellt. Der Hochschulausbau wird sich im Bereich der eidgenössischen Mitträgerschaft in einem engen Zusammenwirken von Bund, Kantonen und Hochschulen vollziehen müssen.

Die finanziellen Implikationen

Der Ausbau des Subventionswesens würde dazu führen, dass in naher Zukunft wahrscheinlich etwa 40–50 Prozent der gesamten Aufwendungen für die kantonalen Hochschulen vom Bund getragen würden. Wenn dieses Subventionssystem schon für die erste Beitragsperiode 1969–1974 in Kraft wäre, ergäbe es eine Gesamtleistung des Bundes in der Höhe von etwa 1,6–2 Milliarden Franken.

Die finanziellen Konsequenzen einer eidgenössischen Mitträgerschaft sind nicht leicht zu schätzen. Einmal muss unterschieden werden zwischen den drei oben genannten Varianten, wobei b) den grössten, c) den kleinsten Aufwand verlangen würde. Wenn man für die Beitragsperiode 1969–1974 die finanziellen Konsequenzen dieser Regelung für den Bund zu ermitteln versucht, gelangt man ungefähr zu den folgenden Zahlen:

Variante a) 2,0 Milliarden Franken
Variante b) 2,8 Milliarden Franken
Variante c) 1,2 Milliarden Franken

Diese Zahlen gestatten allerdings nur einen teilweisen Hinweis auf die Grösse des Bundesengagements. So dürfen diejenigen kantonalen Hochschulen, welche keine oder nur partiell ausgebaute medizinische und naturwissenschaftliche Fakultäten besitzen, nicht von der Bundeshilfe ausgeschlossen werden. Dasselbe muss für »besondere Hochschulinstitutionen« gelten. Da das aus Variante c) resultierende Bundesengagement die Hochschulkantone nicht genügend entlasten wird, wird es sich empfehlen, dass der Bund für diejenigen Hochschulbereiche, an deren Trägerschaft er sich nicht beteiligt, weiterhin Investitionsbeiträge ausrichtet und dass er überdies für die medizinisch-klinische Ausbildung Grundbeiträge gewährt. Schliesslich sollten »disponible Summen« bereitstehen, aus denen etwa ausserordentliche Vorkehren des inneren Hochschulbausbaus subventioniert werden könnten.

Organisatorische Implikationen

Wählt man das Modell »*Ausbau des Subventionierungssystems*«, so kann die bisherige Behördenstruktur grundsätzlich beibehalten werden, wenn sie auch zu verstärken sein wird. Es wäre dies aber eben nur scheinbar ein Vorzug; der Bund bliebe nach wie vor auf eine subventionierende, reaktive, beratende Funktion beschränkt.

Wenn es hingegen zur Mitträgerschaft des Bundes für einzelne Fakultäten kommt, wird eine Organisation geschaffen werden müssen, der die Betreuung der vom Bund finanzierten Fakultäten übergeben wird. Insgesamt wird der Bund im Bereich des Hochschulwesens folgende Aufgaben zu versehen haben:

a) die Betreuung der technischen Hochschulen,

b) die Betreuung der vom Bund finanziell zu tragenden Fakultäten,

c) die administrative Durchführung der verbleibenden eidgenössischen Hochschulförderung,

d) die Betreuung selbständiger eidgenössischer Hochschul- und Forschungsinstitutionen,

e) die Beschaffung von Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für das gesamte Hochschulwesen.

Politische Implikationen

Wenn man sich darauf beschränkt, das Subventionswesen lediglich auszubauen, wird an der bisherigen Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen im Hochschulwesen *prinzipiell* nichts verändert. Nur die im neuen Artikel 27 BV vorgesehene Grundsatzgesetzgebungskompetenz müsste in die geltende Konzeption eingebaut werden. Die hochschulpolitischen Hauptentscheidungen lägen nach wie vor bei den Kantonen; sie würden weiterhin bestimmen, in welchem Umfang sie ihre Hochschulen auszubauen und zu verbessern gewillt sind.

Beim Modell »*Mitträgerschaft*« fallen dem Bund neue Aufgaben zu. Dabei soll nicht vergessen werden, dass in den eidgenössischen technischen Hochschulen schon jetzt bedeutende naturwissenschaftliche Abteilungen vorhanden sind; die Finanzierung der kantonalen naturwissenschaftlichen Fakultäten durch den Bund schüfe eine ausgezeichnete Möglichkeit, diese *ganzen* Lehr- und Forschungsgebiete innerhalb eines nationalen Konzepts zielbewusst und rational auszubauen.

Der Schweizerische Wissenschaftsrat gibt sich Rechenschaft, dass das Modell »*Mitträgerschaft für einzelne Fakultäten*« mit gewissen föderalistischen Traditionen in Kollision geraten kann.

Es wird nicht an Stimmen fehlen, die einen solchen Schritt als Schmälerung der »*nationalen Vielfalt*« interpretieren. Der Wissenschaftsrat hat bei seinen breitangelegten Studien nie mit dem Gedanken gespielt, die theologischen, juristischen, philosophisch-historischen und gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten unter die Fittiche des Bundes zu nehmen. Ganz abgesehen davon, dass in diesem Fall die Kantone nur in geringem Mass entlastet würden, sind es tatsächlich *diese* Fakultäten, in denen sich das »*génie propre*« *der verschiedenen Universitäten und die nationale Vielfalt* der Landesteile ausprägt. Umgekehrt wird man im Ernst nicht behaupten können, dass es eine Physik oder Chemie oder Biologie gebe, die in Genf prinzipiell anders gelehrt werde als in Bern oder Basel. Gerade für die Naturwissenschaften gelten vor allem nicht nur nationale, sondern internationale Anforderungen und Masstäbe.

Möglicherweise wird man gegen die verschiedenen obengenannten Varianten auch die Befürchtung ins Feld führen, es würde in Zukunft an den kantonalen Hochschulen »*reiche eidgenössische*« und »*arme kantonale*« Fakultäten geben. Ganz abgesehen davon, dass hier wohl eine kaum begründete Erwartung unbegrenzter eidgenössischer Finanzhilfe im Spiele ist, muss selbstverständlich dafür gesorgt werden, dass durch die Mitträgerschaft für einzelne Hochschulteile es nicht zu Fakultäten zweierlei Rechts und zu »Standesunterschieden« zwischen den Angehörigen dieser Fakultäten kommt. Wenn die Dinge ihren richtigen Lauf nehmen, werden gerade auch die *geistes- und die sozialwissenschaftlichen Fakultäten* von einer Vollfinanzierung anderer Hochschulbereiche durch den Bund *profitieren*. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, dass die Hochschulkantone, wenn sie von der finanziellen Verantwortung für kostspielige naturwissenschaftlich-medizinische Fachbereiche befreit sind, den Ausbau der übrigen Fakultäten entschiedener werden vorantreiben können, als es ihnen bisher möglich war.

Ausbau des Subventionierungssystems oder Mitträgerschaft des Bundes?

Bei gründlicher Prüfung der beiden prinzipiellen Möglichkeiten wachsen die Vorbehalte gegen den Ausbau des Subventionierungssystems. Wir halten es für notwendig, dass der Bund auf längere Sicht 50 Prozent und mehr der Aufwendungen für die kantonalen Hochschulen wird übernehmen müssen. Im Rahmen einer Subventionsordnung wird er aber im Durchschnitt nicht über 50 Prozent gehen können. Es darf kein Missverhältnis zwischen Bundesleistung und tatsächlicher eidgenössischer Gestaltungskompetenz entstehen; müsste der Bund einen wesentlichen Teil der Hochschulkosten tragen, so wäre ihm auch substantielle Mitverantwortung für Ausbau und Gestaltung zuzusprechen. Schon eine hälftige Uebernahme des Aufwands für die kantonalen Hochschulen würde zu den jetzigen eidgenössischen Gestaltungsmöglichkeiten in keinem vertretbaren Verhältnis stehen.

Da aber bei der Subventionsordnung der Bund auf reaktives Handeln beschränkt ist, kann er nicht tätig werden, wenn die Kantone nicht die Initiative ergreifen. So gelangt man zu dem Schluss, dass der Bund nicht darum herumkommen wird, für gewisse besonders kostspielige Teile der kantonalen Hochschulen unmittelbare Verantwortung zu übernehmen. Nur so wird Gewähr geboten, dass unsere Hochschulen auf längere Sicht im erforderlichen Ausmass und unabhängig von Zufällen ausgebaut werden können.

Die gesamten Aufwendungen aller Kantone sind zwischen 1961 und 1968 jährlich um durchschnittlich 12% gestiegen, zwischen 1965 und 1968 nur noch durchschnittlich um 6%. Wenn die Gesamtausgaben der Hochschulkantone in den nächsten Jahren um ca. 6–10% jährlich ansteigen sollten, die Hochschulausgaben aber um 14–16%, heisst das, dass der Anteil der Hochschulaufwendungen an den Gesamtausgaben der Hochschulkantone sich weiterhin ständig erhöht.

Mitträgerschaft für welche Hochschulteile?

Es wurden drei Varianten genannt. Die Abwägung dieser Möglichkeiten gegeneinander führt zu folgenden Schlüssen:

- Nach der *Variante a)* würde sich der Bund für die gesamten medizinischen Fakultäten an der Trägerschaft beteiligen. Angesichts des Anteils der medizinischen Fakultäten an den Hochschulkosten würde das eine sehr massive Entlastung der Kantone bedeuten. Auch könnte man zugunsten dieses Vorschlags ins Feld führen, dass die medizinischen Studien und Examina ja ohnehin schon weitgehend eidgenössisch geregelt sind. Der Nachteil dieser Lösung liegt aber darin, dass die medizinischen Fakultäten in ihrem klinischen Teil aufs engste und unauflöslich mit dem Spitalwesen der Kantone verflochten sind. Es wäre äusserst schwierig, gerecht zu bestimmen, was als Lehre und Forschung mit der Hochschule und was anderseits mit der Klinik als einem kantonalen Dienstleistungsbetrieb zu tun hat. Der vorklinische Teil der Fakultät seinerseits ist sehr eng verflochten mit der naturwissenschaftlichen Fakultät. Auch hier ergäben sich fast unlösliche Probleme der finanziellen Grenzziehung, wenn die naturwissenschaftlichen Fakultäten von der Mitträgerschaft ausgeschlossen blieben.
- Nach *Variante b)* würde sich die Mitträgerschaft auf die medizinischen und die naturwissenschaftlichen Fakultäten erstrecken. Was oben gegen Variante a) ins Feld geführt wurde, wäre hier in bezug auf den klinischen Teil zu wiederholen. Vor allem aber fällt diese Lösung deswegen weg, weil diese beiden Fakultäten zusammen den Bund in einem Ausmass belasten würden, dass er in Tat und Wahrheit die finanzielle Verantwortung für den überwiegenden Teil der kantonalen Hochschulen zu tragen hätte.
- Die *Variante c)* sieht die Mitträgerschaft für die naturwissenschaftlichen Fakultäten sowie für den nichtklinischen Teil der medizinischen Fakultäten, inklusive der klinischen Forschung, vor.

Es handelt sich also, wie dargelegt wurde, um Sachbereiche von beträchtlicher Aufwendigkeit, bei denen ein grosses Koordinationsbedürfnis besteht. Es spricht zweitens für diese Variante, dass man auf diesem Weg zu einer angemessenen Verteilung der finanziellen Belastung wischen den Hochschulkantonen und dem Bund gelangen kann, sofern zur Mitträgerschaft noch substantielle Leistungen des Bundes für die übrigen Hochschulbereiche hinzutreten. Keine andere Variante erscheint in gleichem Mass wie diese als politisch und finanziell tragbar. Und schliesslich ist die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen dem Bund und den Kantonen in diesem Fall gut möglich. Der nichtklinische Teil der medizinischen Fakultäten ist, wie oben gesagt wurde, ohnehin mit den naturwissenschaftlichen Fakultäten eng verflochten, und man würde in diesem Fall die Hochschulkliniken, bei denen sich besondere Schwierigkeiten der Abgrenzung ergäben, bei den Kantonen belassen.

Der Wissenschaftsrat kommt infolgedessen zum Ergebnis, dass diese *Variante c)* für die nähere Zukunft sich *als weitaus beste Lösung* anbietet. Ob damit die Verteilung der Verantwortung zwischen Bund und Kantonen endgültig geregelt sein wird, steht dahin. Es ist nicht ausgeschlossen, dass das Problem der Hochschulträgerschaft später aus finanziellen oder organisatorischen oder allgemein hochschulpolitischen Gründen von neuem überprüft werden muss.

Für die *von der Mitträgerschaft nicht erfassten Fakultäten* werden auch weiterhin Bundesbeiträge auszurichten sein. Es gilt dies nicht zuletzt für diejenigen Hochschulen und Hochschulinstitutionen, die von der Lösung c) überhaupt nicht berührt würden, ferner für den klinischen Teil des Medizinstudiums.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt, dass der Bundesrat die hier vorgeschlagene Lösung weiterverfolgt und konkretisieren lässt, und zwar so, dass es möglich wird, eine neue Verantwortungsverteilung zwischen Bund und Kantonen im Hochschulwesen auf *Ende des Jahres 1974* in Kraft zu setzen. Diese neue Ordnung müsste in einem *neuen Gesetz* fundiert sein, in welchem die Bestimmungen über die eidgenössische Hochschulförderung, die Regelung der Mitträgerschaft und die Grundsätze für den Ausbau unseres höheren Bildungswesens enthalten sein müssten.

MATERIALIEN

Im nächsten »konzept«:

MATERIALIEN

Die Vorstellungen der GWF und der HRK zur Revision des Hochschulförderungsgesetzes

Woher kommt die Autolawine?

240 Millionen Fahrzeuge bewegen sich gegenwärtig auf der ganzen Welt, wovon 42% allein in den USA. Die dort entstandene Verkehrslawine wälzt sich mit einiger Verzögerung auf Europa über mit den gleichen bedenklichen Folgen für die Gesundheit, das Gesellschaftsleben und die Umwelt wie in ihrem Herkunftsland. Das amerikanische »Vorbild« hat auf diesem Sektor schon lange den Charakter eines Warnzeichens. Es mag daher interessieren, welche Faktoren in den USA die unaufhaltsame Expansion auf dem Sektor Automobil beeinflussen. John Esposito, Leiter einer Studiengruppe der Ralph-Nader-Gesellschaft in Washington, die sich weitgehend mit den von der »totalen Autogesellschaft« heraufbeschworten Problemen befasst, hielt an einer Tagung über »Auto-Mensch-Umwelt«, die im Frühling und im Herbst dieses Jahres im Gottlieb-Duttweiler-Institut in Rüschlikon stattfand, ein Referat mit dem Titel »Das Auto als Wirtschaftsmacht«. Renato Dénes wohnte der Tagung bei, übersetzte das Referat und fasste es für »konzept« zusammen.

Unsere Städte sind verschmutzt. Die organischen Strukturen, die unsere Umgebung bilden, und ganze Städte werden zerrissen und zerstört von Autobahnen. Mehr als 50 000 Personen werden in den USA jedes Jahr durch Autounfälle getötet. Die Konzentration der Wirtschaft wird gefördert, der Kleinhandel wird durch hochkonzentrierte, unpersönliche Shopping-Centers ersetzt. Gemessen an der verschleuderten Kapazität, dem Energieverbrauch, der für die Reise aufgewendeten Zeit, der Verschmutzung, den an Toten und Verletzten erlittenen Verlusten, der Zerstörung des sozialen Gefüges, der Entartung der privaten und staatlichen Bestrebungen, würde ich behaupten, das Auto müsse als das ineffizienteste Fortbewegungsmittel bezeichnet werden, das von der Industriegesellschaft je erdacht wurde. In der Tat ist es aber zu einem Massstab für die Gesundheit der Wirtschaft geworden. Ein Sechstel aller Arbeitsplätze hängen mit dem Auto zusammen; mit Herstellung, Verkauf, Reparaturen, Benzinversorgung usw. Von der Gesamtproduktion werden jeweils 11% Aluminium, 20% Stahl, 35% Zink, 50% Blei und 60% Gummi für die Fabrikation der Autos verwendet. 100 Milliarden Dollar werden pro Jahr für neue und gebrauchte Wagen, Reparaturen, Benzin, Pneus, Versicherung, Autobahnbau und andere Güter und Dienstleistungen im Zusammenhang mit den Autos ausgegeben. 45 Gewichtsprozente der Luftverschmutzung stammen von Autoabgasen. In manchen Städten, wie zum Beispiel Los Angeles, sind es 75–85%.

Noch gewichtiger scheint jedoch der Aufwand an Fläche. Ein Drittel der Fläche von Downtown in Los Angeles sind Parkplätze. Sechs-, acht- und zwölfspurige Autobahnen führen die dieser Zustände müden Amerikaner hinaus in die Vororte, was zu einem Zerfall der Stadtzentren führt. Sogar wenn diese erneuert werden, stellen sich Symptome einer Vorstadt ein, indem Mischnutzungen durch einseitige Nutzungen verdrängt werden. Bürgern mit kleinem Einkommen wird es verunmöglicht, in der Nähe der Arbeitsplätze und der Attraktivität der Stadt zu wohnen. Das vielfältige öffentliche Leben europäischer Städte, das amerikanische Touristen so lieben – die zu Fuss oder über wenige Haltestellen erreichbaren Cafés, Theater, Restaurants und Pärke – gibt es in vielen amerikanischen Städten gar nicht. Einen Abend auswärts zu verbringen ist für viele amerikanische Familien eine wohlzuüberlegende und oft teure Angelegenheit.

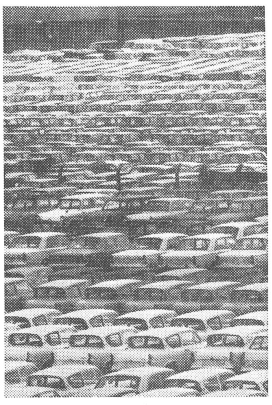
Das Diktat der Autoproduzenten

Nichts von alledem ist aber unvermeidlich! Es wird sicher noch einiges gesagt werden über den unverminderten Wert des Autos und die Notwendigkeit einer Planung, die dessen unerwünschte Nebeneffekte ausschaltet. In den USA ist »Planung« weitgehend zu einem negativen Begriff geworden. Planung wird assoziiert mit undemokratischen Entscheidungen, welche den privilegierten Schichten zum Vorteil gereichen. Das ist aber ebenfalls nicht unvermeidlich.

Wenn eine Planung möglich werden soll, welche das Auto wieder an seinen richtigen Platz im Transportsystem zurückversetzt, müssen wir jedoch die Kräfte und Interessen kennen, welche sich dem entgegenstellen. Es sind die Kräfte, die zu suggerieren versuchen, diese Entwicklungen seien die direkte Folge des technischen Fortschritts, und verschweigen, dass sie das Resultat der Anstrengungen der wirtschaftlichen Machtkonzentrationen, ihre besondere Stellung an Macht und Wohlstand zu halten, sind. Millionen von Amerikanern ist jahrelang eingeredet worden, sie könnten ohne Auto einfach nicht überleben. Das ist ein gewaltiges Hindernis für Aenderungen und bedeutet eine reale politische Macht in den Händen der Autoproduzenten und der verwandten Interessen. Die amerikanische Autoindustrie hat sehr eindrückliche Techniken entwickelt, um ihre wirtschaftliche Bedeutung zu verewigen und sich gegen die lästige Einmischung der Oeffentlichkeit zu wehren. Betrachten wir einige dieser Techniken genauer:

● Die praktizierte Marktmanipulation und die künstliche Schaffung von Nachfrage können als Wunder der angewandten Soziologie betrachtet werden. Stiländerungen können bis zu 1000 Dollar der Kosten eines neuen Autos ausmachen. Pervertierte Ingenieurarbeit, kombiniert mit Modemanipulation, wird für die geplante Alterung eingesetzt. Die Wagen mit grossen Haifischflossen zum Beispiel sind heute lächerlich, und automatisch sind das auch ihre Besitzer.

● Die Autoproduzenten haben es in der Hand, die Häufigkeit der Erneuerung und die Qualität des Fahrzeugbestandes zu bestimmen. Nehmen wir die Luftverschmutzung als Beispiel: Die Industrie hat sich geweigert, die Möglich-



Automassen auf dem Werkgelände bei Ford.

keit einer Alternative zum Explosionsmotor ernsthaft in Erwägung zu ziehen. General Motors hat vor einigen Jahren einen sogenannten »*Elektrolieferwagen*« einigen Mitgliedern der US-Legislative vorgeführt. Das Energiesystem war unverhältnismässig gross; es füllte den grössten Teil des Laderaums des Wagens aus. Zudem handelte es sich um ein gefährliches Fahrzeug, denn die gewählten Treibstoffe waren flüssiger Wasserstoff und Sauerstoff. Es stellt sich nun die Frage: Wie kann der weltgrösste Autohersteller, eine Firma, die an der Entwicklung eines elektrisch angetriebenen Mondfahrzeugs mitgearbeitet hat, eine solche Unfähigkeit demonstrieren? Wenn also Alternativen zum Explosionsmotor ernsthaft gesucht werden sollen, müssen, wie obige Schilderung zeigt, öffentliche Instanzen das Monopol der Industrie über technische Daten und Forschung auflösen. Das gleiche gilt für jedes andere Gebiet, auf dem die Oeffentlichkeit eine Verbesserung verlangt und die Gewaltigen der Industrie diese als nicht in ihrem wirtschaftlichen Interesse liegend ansehen.

Perpetuum mobile

● Zusammen mit verwandten Branchen hat die Autoindustrie ihre Macht dazu missbraucht, der Regierung Prioritäten vorzuschreiben, welche einen stets wachsenden Absatzbereich schaffen. Das wird deutlich am Beispiel des Strassenbauprogramms des Bundes und der Einzelstaaten. Ungefähr 15 Milliarden Dollar fliessen jährlich in den US-Strassenbau, nur ca. 400 Mio. hingegen in die öffentlichen Transportmittel. Das einzigartige Instrument, um dieses Missverhältnis zu verewigen, ist der Highway Trust Fund der Bundesregierung. Steuern auf Benzin, Pneus und Autozubehör werden von den übrigen Steuereinnahmen getrennt und fliessen in den Fonds. So erzeugt der Verkauf von Autos zusätzliche Mittel für Autobahne, und diese Zunahme des Angebots an Verkehrsraum bewirkt eine grössere Nachfrage nach Autos. Der Fonds ist im Grund das Herzstück eines Perpetuum mobile. Während die Mittel für Autobahnen somit immer greifbar sind, muss über das Geld für die öffentlichen Verkehrsmittel jedes Jahr abgestimmt werden. (Im Kanton Zürich sind die Verhältnisse ähnlich. Red.).

Dieses Ungleichgewicht ist natürlich kein Zufall. Die Leute, die vom Bau der Autobahnen profitieren, sind gleichzeitig von den Massentransportmitteln bedroht: Autogewerbe, Erdölfirmen, Autobahngesellschaften, Produzenten und Lieferanten der Materialien, Automobilklubs, Finanzinstitute, Ingenieure und Administrationen der Autobahnen. Sie alle haben sich zu machtvollen nationalen Gesellschaften zusammengeschlossen, um die Lobby für mehr Strassen und weniger öffentliche Transportmittel vorzutragen. Behörden und Planer müssen nicht notwendigerweise Teil einer Verschwörung sein. Shopping-Centers, Unternehmungen, Niederlassungen, kulturelle Aktivitäten werden mehr und mehr voneinander getrennt – letztlich, weil der Zugang jeder Familie zu einem Auto vorausgesetzt wird.

Macht und Ohnmacht

Wir haben die fundamentalen Fragen nach der Planung des Verkehrs und folglich auch jene nach dem Landverbrauch und der Umweltbelastung weitgehend der privaten, profitorientierten Seite unserer Wirtschaft überlassen.

Vor fünfzehn Jahren hat der Vizepräsident von Ford, ohne Widerspruch hervorzurufen, die Lage wie folgt beschrieben: »*Die moderne Aktiengesellschaft ist eine wirtschaftliche und soziale Erscheinung, die jeden Aspekt unseres Lebens berührt. In jeder Hinsicht ist sie ein institutionalisierter Ausdruck unseres Lebens. In den letzten fünfzig Jahren ist die Industrie von der Peripherie ins Zentrum unserer sozialen und wirtschaftlichen Existenz gerückt. In der Tat ist es nicht falsch zu sagen, wir leben in einer ‚Aktiengesellschaft'.*« Die drei grossen Gesellschaften General Motors, Ford und Chrysler verkaufen jedes Jahr Autos im »Wert« von 44 Milliarden Dollar. Diese Zahl ist, mit fünf oder sechs Ausnahmen, grösser als das Bruttosozialprodukt beinahe aller Länder der Erde. General Motors allein weist nach Abzug der Steuern Profite von 1,5 bis 2 Milliarden Dollar jährlich auf. Diese Leute haben die Macht, den Lebensstil vieler Menschen in Amerika und der übrigen Welt zu beeinflussen – eine ungeheure Macht, die, wie ich glaube, in der nächsten Zeit nicht umgestossen werden wird.

Bürgerliche Bildungspolitik in Theorie und Praxis

»Die Ausbildung an den Berufsschulen und an den Universitäten soll überall unentgeltlich sein.« (Begegnung mit der Zukunft; Zielsetzungen 71 der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz; Kapitel 3c, Seite 26.)
Die Abschaffung der Kolleggelder ist einer der Programmpunkte der Progressiven Studentenschaft (PSB) und des Studentenvorstandes. Die Kolleggelder von insgesamt 1,17 Mio. Franken im Jahr decken einen verschwindend kleinen Teil der Universitätskosten von bald einmal 100 Mio. Franken im Jahr. Ist auch ihr Nutzen gering, darf nicht unterschätzt werden, welchen Schaden sie anrichten.

Alter Zopf

Kolleggelder sind ein Relikt aus der feudalen Vergangenheit der Universitäten, als die Dozenten nämlich von ihren Studenten resp. von deren edlen Papas bezahlt werden mussten. Wie anachronistisch Kolleggelder in einem staatlichen Bidlungswesen sind, mag man unter anderem daran ermessen, dass Professoren schon längst nicht mehr von Kolleggeldern leben, sondern – wie jeder andere Lehrer – im Rahmen eines normalen Besoldungsgesetzes vom Staat entlöhnt werden.

Kolleggelder geben dem Universitätsstudium den Anspruch der Exklusivität und helfen mit, in weiten Teilen der Arbeiterschaft das Gefühl aufrechtzuerhalten, die Universität sei sowieso nur ein Tummelplatz für Herrensöhnchen. Die Universität ist eine vom Staat finanzierte Schule und soll nach innen und gegen aussen endlich auf ihre Insignien tausendjähriger Noblesse verzichten. Das würde gewiss dazu beitragen, dass mehr Arbeiterkinder als bisher ihre Hemmungen vor der »Bildungsstätte der oberen Zehntausend« verlieren und dass endlich die peinliche Tatsache überwunden wird, dass nur 6 Prozent aller Studenten Arbeiterkinder sind, wo doch – gemäss Eidgenössischem Statistischen Jahrbuch – die Arbeiterschaft 50 Prozent der Bevölkerung ausmacht.

Wahlen: Vorher und nachher

Von Zeit zu Zeit – besonders vor Wahlen – pflegen sich alle bürgerlichen Parteien an ihren Pestalozzi zu erin-

Fortsetzung Seite 10

Der Forscher als Arbeiter

Die Forschungspolitik des Bundes befindet sich in Revision. So arbeitet der Wissenschaftsrat immer noch an seinem Bericht über die Ermittlung der dringlichen Forschungsbedürfnisse (die er mit einer Umfrage zu erfassen glaubte), und die Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (Kommission Allemann) veröffentlichte kürzlich ihr neues Konzept für die wirtschaftlich motivierte Förderung der Forschung durch den Bund. An diesem Konzept ist vielerlei interessant und prüfenswert. Ein Detail – pars pro toto und bezeichnend – soll hier kurz beleuchtet werden: Die Stellung des Forschers in der Sicht der Kommission.

Der klassische Forscher war der erfinderische Geist im Freiraum: auf sich selbst gestellt und geschützt von der Gesellschaft durch diverse Schutzrechte, die ihm sein Selbstverständnis als Freischaffender erleichterten. Ein solches Schutzrecht war (und ist) das Patent, das dem Forscher, war er einmal zum Erfinder geworden, für eine gewisse Zeit die alleinige Verfügungsmacht über seine Entdeckung einräumte. Eben dieses Patent(un)wesen nahm die genannte Kommission unter die Lupe. Eine eigens dafür eingesetzte Arbeitsgruppe »Schutzrechte« erarbeitete folgende Lösung: Träger des Schutzrechts, also Inhaber des Patents an einer Erfindung, die von einer geförderten Forschergruppe gemacht worden ist, sollen in Hinkunft »Institutionen mit Rechtspersönlichkeit (sein), welche nach Möglichkeit eine Beziehung zum Forschungsprojekt haben sollten«. Eine solche Instanz wäre freilich nur vorgeschobene Inhaberstelle. Sie würde die Schutzrechte zugunsten all jener Schutzrechtsnehmer verwalten, die sich am Projekt in irgendeiner Form beteiligt hatten, sei es durch Dienst- oder Naturalleistungen, sei es durch Geldbeiträge. Ein allfälliger finanzieller Ertrag aus dem Schutzrecht (Lizenzgebühren) sollen nicht dem Forscherteam, sondern – nach Rückzahlung des staatlichen Förderungsbeitrags – den Schutzrechtsnehmern zufliessen. Unter diesen soll sogar jener Betrag verteilt werden, der über die Eigenleistung hinausgeht. Der Forscher wird allenfalls im Sinne der Stimulierung berücksichtigt.

In der klassischen Konzeption wurde das Verwertungsrecht aus der geleisteten Arbeit des Forschers abgeleitet. In der Konzeption der Kommission Allemann, eine Konzeption freilich, die nicht eine genuine Eigenleistung, sondern mehr ein Nachvollzug der normativen Kraft des Faktischen ist, darf der verwerten, der investiert hat.

Der Freiraum des Forschers hat in diesem Sinne aufgehört zu existieren. Der Forscher forscht unter den gleichen Bedingungen, wie der Arbeiter arbeitet. Der Forscher ist zu einem – allenfalls privilegierten – Arbeiter geworden.

Peter Kurer

Polystudent, 24, 190 cm gross, wünscht intelligente, hübsche Partnerin kennenzulernen. Interessen: Filme, Theater, klassische Musik. Begeisterter Skifahrer. Offerten an Chiffre KON 721, Mosse-Annoncen, 8023 Zürich.

ETH-Student, 23/163, politisch engagiert, sucht Genossin zum Geniessen. Daneben interessiere ich mich für Psychologie, Film, Literatur etc. Du auch? Dann schreibe mir unter Chiffre KON 722, Mosse-Annoncen, 8023 Zürich.

Student, 27/183, schlank, sucht jungen, sympathischen Freund für aufrichtige Freundschaft. Raum Aarau–Zürich. Zuschriften bitte mit Photo an Chiffre KON 723 Mosse AG, Postf., 8023 Zürich.

23jähr. Journalist aus Zürich sucht unkompliziertes, intelligentes, modernes, zärtliches Mädchen (18—23j.), wenn möglich gross, schlank und lange Haare. — Jede Bildzuschrift wird umgehend beantwortet. Chiffre KON 723, Mosse-Annoncen, 8023 Zürich.

Neu
ab dieser Nummer:

Kontakt-Inserate

KONTAKTE

Vergessen, der graue Alltag, nie mehr langweilige Ferien! Ihre neue Freundin, Ihren neuen Freund finden Sie unter den Lesern von »konzept«. Mit seinem Vertrieb an allen Hochschulen, Techniken und Lehrerseminarien, sowie an den Kiosken der deutschen Schweiz erreicht »konzept« jeden Monat rund 40 000 lebens- und kontaktfreudige junge Leute. Leser von »konzept« – Lehrerinnen, Architekten, Naturwissenschafter, Aerzte, Psychologen, Uebersetzerinnen usw. – sind vielseitig interessierte Partner. Ein Kontaktinserat in »konzept« befriedigt alle Ihre Erwartungen.
Zum Inserieren einfach Talon ausfüllen (max. 10 Zeilen) und einsenden an MOSSE-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich, und Fr. 15.– auf Postscheckkonto 80–1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk »Kontaktinserat konzept«. Ihr Inserat erscheint nach Ueberweisung des Betrages. Eingehende Briefe werden wöchentlich per Post zugestellt.

Hier abtrennen

TALON einsenden an: MOSSE AG, Postfach, 8023 Zürich, und Fr. 15.– einzahlen auf Postscheckkonto 80–1027, MOSSE AG, 8023 Zürich, mit Vermerk »Kontaktinserat konzept« auf der Rückseite des Einzahlungsscheines.

Text:

Adresse:

Name und Vorname:

Strasse mit Nr.:

Ort mit Postleitzahl:

Unterschrift:

SSR-Flugplan Weihnacht/Neujahr

Dez.	von	nach
11.	Zürich	Athen
	Zürich	London vv
	Zürich	Tel Aviv
	Zürich	Bangkok
12.	Athen	Zürich
	Zürich	London
	Tel Aviv	Zürich
13.		
14.		
15.	Zürich	London vv
	Genf	London vv
	London	New York
16.		
17.	Zürich	Athen
	Zürich	Helsinki
	Zürich	Kopenhagen vv
	London	Zürich
	Zürich	Tel Aviv
	London	New York
18.	Athen	Zürich
	Zürich	Helsinki vv
	Zürich	London vv
	Genf	London vv
	Zürich	Oslo
	Zürich	Rom vv
	Zürich	Stockholm vv
	Tel Aviv	Zürich
	Zürich	Bangkok
19.	Basel	London vv
	London	New York
20.	Genf	London vv
	Zürich	London vv
	Zürich	Stockholm vv
21.	Zürich	Athen
	Zürich	Helsinki vv
	Zürich	Kopenhagen vv
	London	Zürich
	Basel	London vv
	Zürich	Oslo
	Zürich	Stockholm vv
	Zürich	Tel Aviv
	London	New York
22.	Athen	Zürich
	Zürich	London vv
	Genf	London vv
	Tel Aviv	Zürich
23.	Basel	London vv
24.	Zürich	Delhi/Bombay
25.	Zürich	Bangkok
26.	Athen	Zürich
	Zürich	London vv
	Genf	London vv
	Zürich	Tel Aviv
	Bangkok	Zürich
27.	Athen	Zürich
	Zürich	Kopenhagen vv
	Zürich	London vv
	Genf	London vv
	Zürich	Rom vv
	Zürich	Stockholm vv
	Tel Aviv	Zürich
28.	Zürich	London vv
	Basel	London vv
29.	Zürich	London vv
30.		
31.		E GUETS NEUS
Jan.		
1.	Zürich	Bangkok
2.	Zürich	Athen
	Zürich	London vv
	Genf	London vv
	Tel Aviv	Zürich
	Bangkok	Zürich
3.	Athen	Zürich
	Zürich	London vv
	Genf	London vv
	Tel Aviv	Zürich
4.	Zürich	London vv
	Basel	London vv
5.	Zürich	Helsinki vv
	Zürich	Kopenhagen vv
	Zürich	London vv
	Genf	London vv
	Zürich	Oslo vv
	Zürich	Stockholm vv
	New York	London
6.		
7.	Delhi/Bombay	Zürich
	New York	London
8.	Zürich	Athen
	Zürich	Helsinki vv
	Zürich	Kopenhagen vv
	Zürich	London vv
	Genf	London vv
	Oslo	Zürich
	Zürich	Rom vv
	Zürich	Stockholm vv
	Zürich	Tel Aviv
	Zürich	Bangkok
9.	Athen	Zürich
	Zürich	London
	Basel	London vv
	Tel Aviv	Zürich
	Bangkok	Zürich
	New York	London

vv = vice versa

... und die *Preise:*

Zürich	– Athen	Fr. 181.–
	– Helsinki	Fr. 243.–
	– Kopenhagen	Fr. 121.–
	– London	Fr. 99.–
	– Oslo	Fr. 200.–
	– Rom	Fr. 98.–
	– Stockholm	Fr. 200.–
	– Tel Aviv	Fr. 285.–
	– Bangkok	Fr. 835.–
	– Bombay	Fr. 1400.– retour
Genf	– London	Fr. 99.–
Basel	– London	Fr. 99.–
London	– New York	Fr. 385.–

Bürgerliche Bildungspolitik ...

Fortsetzung von Seite 9

nern und die Unentgeltlichkeit aller Bildungswege zu postulieren. Höchst aufschlussreich ist die Konfrontation der Parteien mit ihren Wahlversprechen, wobei wir in Basel die erfreuliche Situation haben, dass unser Studentenschafts-Vizepräsident für Soziales, Willi Gerster, als Mitglied der Fraktion der Progressiven Organisation Basel (POB) im Grossen Rat die Gelegenheit hat, solche Konfrontationen zu erzwingen.

In einem Anzug postulierte Willi Gerster die Abschaffung der Kolleggelder, wobei er offenliess, ob nur die Studenten von Basel und aus den Mitträgerkantonen von den Kolleggeldern befreit oder ob sämtliche Studenten davon befreit werden sollten.

Der Chef des Erziehungsdepartements, der *Freisinnige* Arnold Schneider, war nicht einmal bereit, den Anzug zur Prüfung und Berichterstattung entgegenzunehmen. Konsequenterweise – gemäss den »Zielsetzungen« seiner Partei – hätte Schneider den Anzug Gersters mit Kuss und Dank entgegennehmen müssen, hätte er nun doch endlich Gelegenheit gehabt, gemäss den»Vorstellungen« des Freisinns etwas für die Demokratisierung der Bildung zu tun. Doch Schneider, und mit ihm die gesamte freisinnige Fraktion und der Hauptharst der andern bürgerlichen Parteien inklusive Teilen der Sozialdemokratie, haben diesen Kelch an sich vorübergehen lassen. Als es zur Abstimmung über Ueberweisung oder Nichtüberweisung kam, standen den befürwortenden 34 Stimmen von POB, PdA, einigen Sozialdemokraten und vereinzelten Bürgerlichen 63 Sitmmen der meisten bürgerlichen und – leider muss das festgestellt werden – vieler sozialdemokratischer Grossräte gegenüber.

Was tun?

Zielsetzungen, mit denen man Wahlen gewinnen will, sind eben noch lange nicht identisch mit den Vorstellungen, die man tatsächlich pflegt. Was die Bürgerlichen, zum Teil aber auch die Sozialdemokraten als ihre »Zielsetzungen« unters Volk werfen, sind gerade in Sachen Bildungspolitik nichts als Sprüche. Die sozialistische Opposition im Parlament hat ihre Aufgabe erfüllt, nämlich zu entlarven, welche tatsächlichen Interessen und Demokratieverhältnisse hinter der Imagepflege versteckt sind. Auch jene, welche gar zu gern als bare Münze nehmen, was ihnen in feinen Formulierungen und in sauberer Drucktechnik untergejubelt wird, müssen zur Kenntnis nehmen, wie die Karre in Wirklichkeit läuft.

In der Oeffentlichkeit und an der Universität wird der Kampf um Abschaffung der Kolleggelder geführt werden. Wird dieser Kampf konsequent und hart genug geführt, so sind wir sicher, dass in Kürze sogar der Freisinn vor seinen eigenen »Zielsetzungen 71« wird zu Kreuze kriechen müssen: Peinlich zwar für den Freisinn – gewiss, aber durchaus demokratisch.

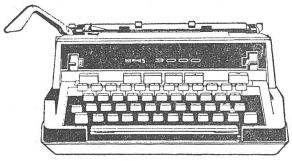
Peter Lötscher

... und buchen kann man in Basel, Friedensgasse 14 Bern, Hallerstr. 4 Genf, 72, bd St-Georges Lausanne, 8, rue de la Barre Lyon, 39, rue Chevreul Zürich, Leonhardstrasse 10 Verlangen Sie das neue Winter-/Frühlings-Programm

Baggenstos
A. Baggenstos & Co. AG
Waisenhausstrasse 2
8001 Zürich
Tel. 01 25 66 34
Verkauf: Waisenhausstrasse 2 und Limmatstrasse 7
8001 Zürich

Hermes

Muggli
Bern
Tiefenaugraben 10
Tel. 031 25 23 33
Filiale in Biel



Fragen Sie uns.

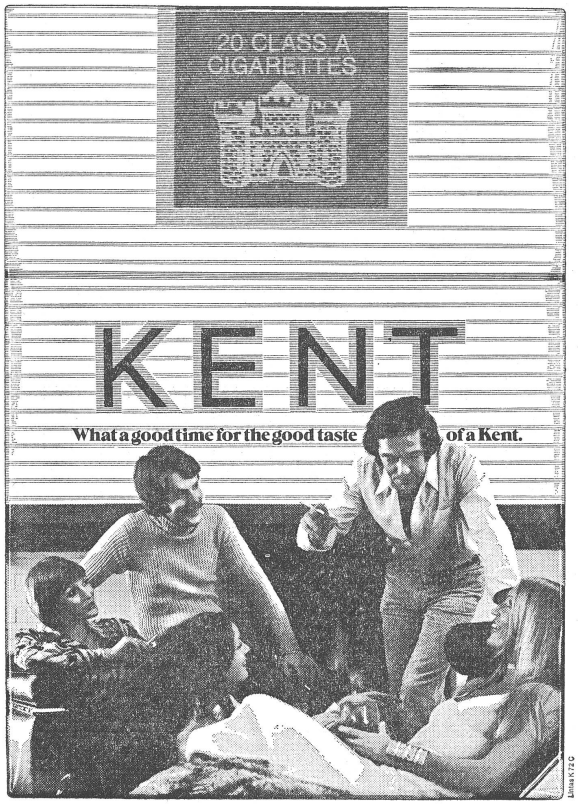
Wir beraten Sie gerne.

Portable-Modelle ab: Fr. 310.–

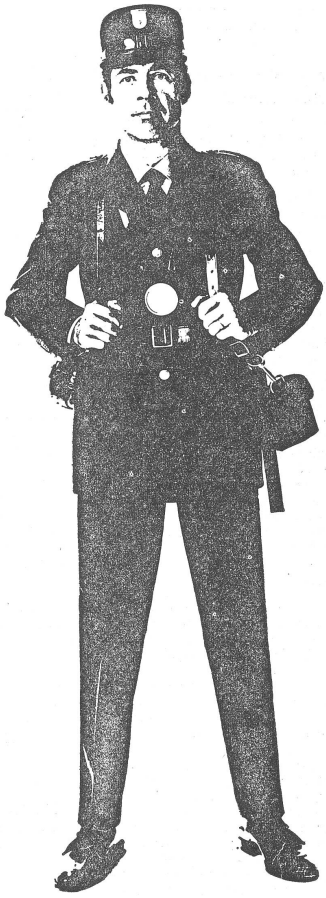
HERMES

Hermes Welten AG, Basel
Aeschenvorstadt 24
Telefon 061 23 14 69

muggler+co
9000 St. Gallen
Neugasse 20
Tel. 071 22 38 21
Filialen in Wil, Buchs, Rorschach



Studenten arbeiten als Securitas-Wächter



Einsatzmöglichkeiten:

Nebenbeschäftigung
im stundenweisen Einsatz
an Veranstaltungen aller Art.

Nebenbeschäftigung
während einzelner Nächte
über längere Zeit.

Vollbeschäftigung
als Nachtwächter während
mindestens vier Wochen.

Kurzfristige Vollbeschäftigung
im Ordnungs- und Kontrolldienst
an Ausstellungen.

Unser Personalchef orientiert Sie
gerne über unsere Anstellungs-
bedingungen.

SECURITAS AG
Schweizerische
Bewachungsgesellschaft
Filiale Zürich Militärstrasse 24
8021 Zürich, Telefon (01) 39 33 11
(auch zuständig für Baden,
Brugg, Rapperswil und Uster)

Filiale Luzern, Hirschenmattstr. 25
6000 Luzern, (041) 22 42 66
(auch zuständig für Glarus, Zug,
Aarau und Olten)

Peru: Beispiel für den »dritten Weg«?

Als am 3. Oktober 1968 in Peru eine Gruppe von Offizieren der Streitkräfte den Präsidenten des Landes, Fernando Belaunde Terry, absetzte und wenige Tage nach dem erfolgreichen Staatsstreich die Bohrkonzession der International Petroleum Company (IPC), einer Tochtergesellschaft der nordamerikanischen Standard Oil of New Jersey, nationalisierte und obendrein Nachzahlung von 690 Millionen Dollars nicht entrichteter Steuern seit 1924 forderte, schienen die Beobachter und Interpreten der lateinamerikanischen Szenerie vergeblich nach dem Terminus zu suchen, der das Vorgehen und die sich abzeichnende politische Linie der Militärjunta in Lima zutreffend hätte beschreiben können. Wie ein gutes halbes Jahr später, am 24. Juni 1969, die vom General des Heeres, Juan Velasco Alvarado, angeführte Regierung zum »Tag des Indios« ein Agrarreformgesetz dekretierte, das die traditionelle peruanische Agrarelite zu erschrecken und das Lob Fidel Castros aus Kuba zu entlocken wusste, wurde auch der neue Terminus geboren: jener der »links-nationalistischen Regierung des dritten Weges«.

Max Seelhofer

Nun hat es seit manchen Jahrzehnten in den meisten lateinamerikanischen Ländern an Militärcoups nicht gemangelt, und die Mehrzahl dieser Staatsstreiche hat sich immer das Attribut des »*Revolutionären*« verliehen. Eine Betrachtung der politischen Konstellation, unter der die meisten lateinamerikanischen Militärcoups zustande gekommen sind, zeigt, dass die Militärs, nach einer Phase der relativen Demokratie, immer dann eingegriffen haben, wenn die Immobilität der die ökonomische Macht verkörpernden bürgerlichen Parteien den Grad erreichte, der von den Streitkräften als nicht mehr zur Regierung befähigend betrachtet wurde. Damit im Zusammenhang muss auch erwähnt werden, dass zur Ideologie des Staatsstreichs das Sendungsbewusstsein der Armee im Kampf gegen eine supponierte oder tatsächlich sich abzeichnende Machtübernahme linkspopulistischer, sozialistischer oder kommunistischer Gruppen gehört.

Es stellt sich also die erste Frage, ob der Putsch der Generäle in Lima vom Oktober 1968 in dieses Schema passt oder nicht.

Kuba: der gewaltsame Weg zur Macht

Mit dem Sieg der von Fidel Castro geführten Rebellen auf Kuba (Januar 1959) und der allmählichen Konsolidierung der kubanischen Revolution wurde das festgelegt, was in Lateinamerika, im bezug auf politische Nomenklatur, als der »*erste Weg*« definiert wird. Er beinhaltet den gewaltsamen Weg zur Macht, dazu anschliessend die radikale Verstaatlichung allen ausländischen Kapitals, die rücksichtslose Durchsetzung einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die in allererster Linie die soziale Unterschicht und die einen verhältnismässig niedrigen Entwicklungsgrad aufweisenden ländlichen Gebiete favorisiert und damit sowohl den Zorn des entmachteten ausländischen Kapitals und der entmachteten einheimischen Ober- und Mittelklasse auf sich zieht. Die Ablehnung gegenüber Regimes solcher Art konkretisiert sich in bewaffneten externen oder internen Aktionen, in einfacher Sabotage, oder, wenn die Gelegenheit dazu geboten wird, in einem Massenexodus der ökonomisch von einer solchen Revolution betroffenen Schichten; die kubanische Erfahrung der sechziger Jahre bietet hiezu einen beinahe vollständigen Katalog von Beispielen.

Programm »Revolution in der Freiheit«

Der »*zweite Weg*», der sich vom »*dritten Weg*« peruanischer Prägung abhebt, ist die chilenische Erfahrung der Präsidentschaft Eduardo Freis aus den Jahren 1964 bis 1970. Mit beträchtlichen Vorschlusslorbeeren und als konkrete Alternative zu Castros Radikalismus, der das lateinamerikanische Bürgertum und seine politischen Repräsentanten nachhaltig erschreckt hatte, entwarf der Christdemokrat Frei das Programm der »*Revolution in der Freiheit*«. Doch nach sechs Jahren Amtszeit stellte sich heraus, dass die realative Freiheit der einen und die relative Unfreiheit der andern sich nicht wesentlich verändert hatten, dass einer partiellen Nationalisierung der nordamerikanischen Kupferminen die vermehrte Durchdringung der verarbeitenden Industrie mit ausländischem Kapital gegenüberstand und dass das Freische Prestigeunternehmen, die Agrarreform, als verhältnismässiger Misserfolg zu Buche geschrieben wurde. Der zweite Weg, *die »Revolution in der Freiheit«*, schien durch die chilenische Erfahrung empfindlich diskreditiert.

Wasser oder Tod

»*Wir sind Revolutionäre, aber keine Marxisten*», so hatte Präsident Velasco die Position der peruanischen Militärjunta umrissen; die Probleme des Landes seien »*peruanische Probleme*«, und deshalb sei eine »*peruanische Revolution*« vonnöten, Peru mache, dank dem Eingreifen der Militärs, das »*grandiose Erlebnis seiner Umwandlung*« durch. Die Art, die eigene Position zu umreissen und die Problemlage des Landes zu identifizieren, ist insofern bemerkenswert, als sie versucht, die Entwicklungsproblematik Perus von seiner Position in der Unterschicht des internationalen Systems von Nationen und von seiner internen sozialen Stratifizierung abzurücken und sie auf einer mehr technischen Ebene zu diskutieren: *Bewältigung der Unterentwicklung als Wiederherstellen der nationalen Ehre und als Resultat der richtigen Einsetzung vorhandener Technologie,* eine Anschauungsweise, die in Peru nicht neu ist. Denn die wohl – neben den Militärs – wichtigste politische Kraft des Landes, die von Victor Raul Haya de Torre im Jahr 1924 gegründete und auch heute noch geführte *APRA (Alianza Popular Revolucionaria Américana)* hatte ihrem Programm den Kampfruf vorangestellt: *Agua o muerte,* Wasser oder Tod.

Dominanz der Küstengebiete

Dieser APRA-Slogan, der dem »*Patria o muerte*« (Vaterland oder Tod) oder dem »*Tierra o muerte*« (Land oder Tod) gegenübersteht, verweist nicht ganz zu Unrecht auf die Rolle der Natur, auf den geographischen Rahmen, dessen Wahrnehmung für das Verständnis der peruanischen Entwicklungsproblematik und der sozialen Situation, die den Putsch der Militärs von 1968 ermöglicht hat, nicht unwichtig ist. Peru lässt sich ziemlich deutlich in drei geographische Zonen aufgliedern, in den Küstenstreifen (costa), in die Berggebiete der Anden (sierra) und in das Tiefland des Amazonasbeckens (selva); zwischen die »sierra« und die »selva« schiebt sich der schmale Streifen der östlichen Andenabdachung, die »ceja de selva« oder »montaña«.

Obwohl die Zone des Küstenstreifens nur rund 11% des Gesamtterritoriums ausmacht, beherbergt sie doch rund 45% der Einwohnerzahl des Landes; die wichtigsten Agrarprodukte, meist für den Export bestimmt, wie Zucker oder Baumwolle, werden in den über 50 künstlich bewässerten Oasen der Küstenseitentäler angebaut. Rund zwei Drittel aller peruanischen Städte befinden sich im Küstengebiet; allein die Hauptstadt Lima-Callao produzierte im Jahr 1961 schon 65% der gesamten nationalen Industrieproduktion. Die sprunghafte Entwicklung der Fischereiindustrie während der sechziger Jahre hat den Konzentrationsprozess gegen die Küste hin noch verstärkt, so dass heute die Städte der »costa« annähernd 100% der gesamten Industrieproduktion des Landes hervorbringen.

Sierra: Vorherrschende Landwirtschaft

Die zweite geographische Region des Landes, die »sierra«, umfasst 27% der Gesamtoberfläche des Landes und beherbergt etwa gleich viele Einwohner wie die »costa«, also rund 45%. Währenddem im Küstenabschnitt eine Mehrzahl der Bevölkerung in Städten lebt und auch urbanen Berufen – in der Industrie und in Dienstleistungsbetrieben – oder Beschäftigungen in der intensiven Plantagenwirtschaft der Flussoasen nachgeht, ist die Beschäftigungsstruktur der »sierra« geprägt vom Vorherrschen von Ackerbau und Viehzucht. Die soziale Organisation der Landwirtschaft der »sierra« äussert sich im Prinzip in zwei Formen: erstens in der sogenannten *indianischen Kommunität,* einem kollektiven Zusammenschluss von Bauern, die den zur Verfügung stehenden Boden gemeinsam bebauen und auch die daraus resultierende Produktion gemeinsam veräussern. Der Kooperationsgrad und die faktische Unabhängigkeit solcher Gemeinschaften kann aber sehr unterschiedlich sein. Zweitens existiert der Grossgrundbesitz, das Latifundium. Die für das Latifundium charakteristische Form der Abhängigkeit des Bauern vom Grundeigentümer erstreckt sich von Formen der Quasileibeigenschaft über verschiedene Stufen von Lohnarbeit oder Pachtvertrag kurz- oder mittelfristiger Natur.

Folgen der geographischen Segregation: Stadt-Land-Gefälle...

Diese ziemlich *scharfe geographische Segregation* (die dritte Zone, die »selva«, mit annähernd zwei Dritteln des Gesamtterritoriums aber nicht einmal 10% der Gesamtbevölkerung des Landes wird in der folgenden Diskussion nicht berücksichtigt) ist der Rahmen eines verhältnismässig abstrakten Satzes, der nicht nur im Hinblick auf Peru, sondern für praktisch alle Länder Lateinamerikas, mit Ausnahme Kubas, formuliert werden kann. *Ein erstes Ungleichgewicht, durch das sich Peru charakterisieren lässt, liegt im unterschiedlichen Entwicklungsgrad zwischen den Städten* (hier sind Lima-Callao und die Städte der nördlichen Küste zu nennen) *auf der einen und den ländlichen Gebieten auf der andern Seite.* Die Einkommensstatistik, aufgeschlüsselt nach Departementen, weist deutlich auf das erwähnte Stadt-Land-Gefälle hin, ebenso die geographische Verteilung der getätigten Investitionen.

Währenddem bis Mitte der fünfziger Jahre vor allem in die Minenwirtschaft und in die sogenannten traditionellen Sektoren (Ackerbau, Viehzucht) investiert wurde, hat sich in der Dekade der sechziger Jahre das Bild zugunsten der Industrie geändert. Die massive Expansion im Industriesektor ist ebenfalls bedingt durch umfangreiche ausländische – vor allem nordamerikanische, westdeutsche und japanische – Kapitalinvestitionen. Was die Beherrschung von ausländischem Kapital anbelangt, ist der Minensektor an erster Stelle zu nennen; die *Cerro de Pasco Corporation,* die *Southern Peruvian Corporation* und die *Marcona Mining Company* sind beispielsweise ausschliesslich von nordamerikanischen Geldern finanziert.

Der im Hinblick auf die Gesamtwirtschaft stattfindende Relevanzverlust der ländlichen Gebiete wird ebenfalls durch die Statistik der sektoriellen Beschäftigung und der Zusammensetzung des Bruttosozialprodukts belegt. Mit diesem Relevanzverlust in Zusammenhang wären evidenterweise eine Reihe von Problemen zu diskutieren, die in Perioden eines relativ umfangreichen sozialen Wandels, wie er in Peru während der letzten fünfzehn Jahre stattgefunden hat, auftreten. Erwähnt sei hier lediglich das *Phänomen der Land-Stadt-Wanderung, die Verslumung der Grossstädte und die damit einhergehende Arbeitslosigkeit weiter Teile der Neuzuwanderer.* Währenddem im Jahr 1955 noch rund 10% der Gesamtbevölkerung Limas (110 000 von rund 1,1 Millionen) in Slumvierteln lebten, sind es heute rund 40% (900 000 von 2,3 Millionen Einwohnern).

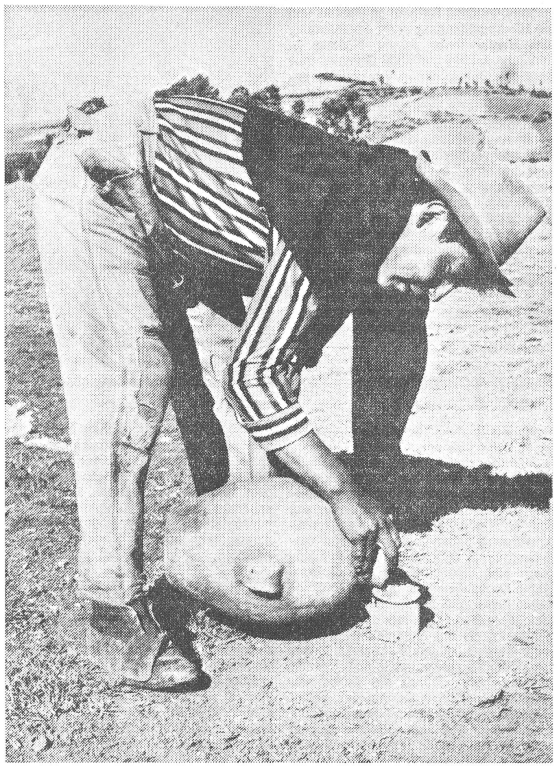
... und extrem ungleiche Einkommensverteilung

Das *zweite Ungleichgewicht, durch das sich die peruanische Gesellschaft beschreiben lässt, ist die ungleichmässige Verteilung des Einkommens.* Basierend auf dem Zensus von 1961, veröffentlichte die *CEPAL,* die *Wirtschaftskommission der Uno für Lateinamerika,* eine Aufgliederung über die Verteilung der in Peru ausgeschütteten Löhne und Gehälter. Weniger als 3000 Soles jährlich, zwischen 3000 und 5000 Soles und zwischen 5000 und 10 000 Soles verdienen 65% aller Lohnbezüger; diese drei Lohnklassen sind etwa das, was in der Soziologie mit »*Unterschicht*« bezeichnet wird. (1961: 100 Soles = ca. 16 Fr.) der Anteil dieser Unterschicht an der Gesamtlohnsumme des Landes umfasste 18%. Auf der andern Seite bezieht die oberste Lohnkategorie (über 100 000 Soles im Jahr) 42% der gesamten Salärsumme, umfasst aber nur 2% der Lohnbezüger. Der Rest, also die Jahreslohnkategorien zwischen 10 000 und 100 000 Soles, umfasst 34% der Salärbezüger, die 40% der Gesamtlohnsumme des Landes beziehen.

Zwei Faktoren ziehen diese Zahlen jedoch nicht in Betracht. *Erstens,* dass ein grosser Teil der ländlichen Unterschicht, Plantagenarbeiter, Latifundientaglöhner etwa, neben dem Bareinkommen, so klein es auch sein mag, oft noch die Möglichkeit der partiellen Selbstversorgung kennt. Und *zweitens,* dass die Schicht der wirklich Reichen und Begüterten des Landes ihr Einkommen sicherlich nicht auf Salärbasis, sondern auf Zinsbasis bezieht. Durch ihre Tendenz heben sich diese beiden Korrekturfaktoren gegenseitig auf, die durch die oben aufgeführten Zahlen dargestellte ungleiche Salärverteilung bleibt also evident.

Eine ähnliche Struktur zeigen auch die Eigentumsverhältnisse im Industriesektor und in der Landwirtschaft. *Aufgrund der Angaben des INP (Instituto Nacional de Planificación del Peru) sind 80% der in der Industrie getätigten Investitionen ausländischer Herkunft;* gemäss der gleichen Quelle besassen im Jahr 1966 rund 3700 Betriebseinheiten mit 500 Hektaren und mehr Betriebsgrösse (0,4% aller Betriebe des Landes) zusammen schon 74% des zur Bewirtschaftung angemeldeten Bodens. Das Phänomen der Ungleichheit ist auch hier offensichtlich.

Nun lassen sich aber praktisch alle lateinamerikanischen Länder als Gesellschaften beschreiben, auf die das Stadt-Land- und das Einkommensungleichgewicht tendenziell zutrifft, das revolutionäre Kuba ausgeschlossen. *Die Probleme der Unterentwicklung, von der in jedem lateinamerikanischen Land weite Teile der Bevölkerung betroffen werden, wie ungenügende oder einseitige Ernährung, geringe Lebenserwartung, Arbeitslosigkeit, schlechte Wohnbedingungen etc., sind auch in Peru anzutreffen, sie sind verknüpft mit den beiden erwähnten Ungleichgewichten. Die »peruanischen Probleme« sind also nur bedingt die partikulären Probleme eines Landes.*



Haciendaarbeiter, Pampa de Anta (Dep. Cuzco).

Die Vorgeschichte des Coups

Die politische Geschichte Perus in den Zwischenkriegsjahren und in den zweieinhalb Jahrzehnten nach 1945 kann, vereinfachend gesagt, als die *Konsequenz des Kräftespiels zwischen der politischen Kraft der Militärs und der APRA Haya de la Torres* betrachtet werden. Und auch die unmittelbare Vorgeschichte des Coups vom Oktober 1968 ist mit einem Ereignis, an dem die *APRA* und ihr heute 76jähriger Chef als Hauptakteur beteiligt waren, verbunden. Im Jahr 1962 nämlich hatte *Haya de la Torre* mit knappem Vorsprung gegenüber dem Kandidaten der »*Accion Popular*«, *Fernando Belaunde,* mit einem relativen, aber nicht absoluten Mehr die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Die Armeeführung liess daraufhin die *APRA* wissen, dass sie sich auf jeden Fall einer Amtsübernahme *Hayas* widersetzen werde.

Die Militärs ergriffen daraufhin selber die Macht, um die Wahlen von 1963 vorzubereiten, die dann auch *Belaunde* zu gewinnen vermochte. *Haya de la Torre* selber ist überzeugt, dass er die Präsidentenwahlen von 1969 wieder gewonnen hätte, doch der Staatsstreich vom Oktober 1968 kam der Ueberprüfung der Hypothese zuvor. Bemerkenswert und paradox ist es, dass die *APRA,* die in der Phase ihrer Gründung einen stark antiimperialistischen und sogar antikapitalistischen Zug aufwies und ihre Massenbasis vor allem in der Landarbeiterschicht der Nordprovinzen und im städtischen Proletariat fand, sich immer näher den traditionellen Parteien des Landes angeglichen hat. Die ideelle Uebereinstimmung der *APRA* sogar mit den Militärs geht heute so weit, dass *Haya de la Torre* der Militärjunta nur die nicht konstitutionskonforme und antidemokratische Basis ihres Regierens vorwirft, im übrigen aber die Kongruenz zwischen der Politik *Velascos* und den Konzepten der *APRA* hervorhebt.

Anti-Status-quo-Bewegungen

Nicht nur die Angst vor einem möglichen *APRA-Sieg* bei den Wahlen von 1969 und nicht nur der Skandal um ein Vertragswerk mit der IPC, der dem Putsch vom Oktober 1968 vorangegangen war und deutlich die Immobilität der Regierung *Belaundes* zeigt, auch die Tatsache, dass Peru im Laufe der sechziger Jahre von Anti-Status-quo-Bewegungen erschüttert worden war, liess den Streitkräften ihr Eingreifen als opportun erscheinen. Dem Trotzkisten *Hugo Blanco* etwa gelang es, in den Jahren 1961 und 1962, bis zu seiner Festnahme, im Tal von Convencion über 150 Landarbeitersyndikate zu bilden, wobei es auch zu wiederholten spontanen Besetzungen der Tee- und Kaffeeplantagen gekommen war; der

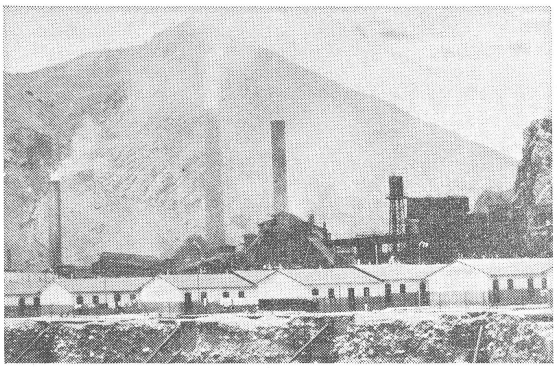
---

Im nächsten »konzept«:

DRITTE-WELT

Chile

APRA-Dissident Luis de la Puente und die KP-Absplitterung unter der Führung von *Hector Bejar Rivera* bildeten in den Jahren 1964 und 1965 Gruppen von Landguerilleros, denen es gelang, gewisse Teile der Landbevölkerung gegen die traditionelle Agrarelite zu mobilisieren. Wohl waren diese Bewegungen, deren Ausstrahlung und Wirkung nicht ihre geographische Isolation überwinden konnten, in keinem Augenblick eine effektive Gefahr für die damalige Regierung, doch trugen sie durch ihre Existenz dazu bei, dass bei den Streitkräften ein neues Selbstverständnis entstand, das Bewusstsein, Wegbereiter der wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung zu sein, die Einsicht, dass *»nationale Entwicklung«* am ehesten in der Lage wäre, revolutionären Bewegungen die operationelle Basis zu entziehen.



La Oroga: Erzverarbeitungszentrum der Cerro de Pasco Corporation.

Reformmassnahmen: Landreform . . .

Die Frage stellt sich also, ob und inwieweit die von der Regierung *Velasco* ergriffenen Massnahmen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich Bruch oder Kontinuität gegenüber der Vergangenheit darstellen. Das *Agrarreformgesetz vom 24. Juni 1969* und seine begonnene Anwendung haben den vorwiegend ausländischen Zuckergesellschaften Nordperus das Eigentum am Produktionsfaktor Boden entzogen und der traditionellen Agrarelite des Landes das Rückgrat gebrochen, allerdings erst in einem Zeitpunkt, als der Agrarsektor, wie gezeigt worden ist, seine absolute Dominanz für die Gesamtwirtschaft bereits verloren hatte. Durch die Entschädigungsmodalitäten – die von der Nationalisierung betroffenen Grundbesitzer werden zum Teil bar entschädigt, zum grössten Teil jedoch in Staatspapieren, die sie zu Mitinhabern von schon bestehenden oder noch zu gründenden Industrien machen – wird der Anspruch Velascos, *»die Oligarchie zu bekämpfen«*, fragwürdig, die *»Landoligarchie«* wird in eine *»Industrieoligarchie«* umgewandelt.

Die nationalisierten Grossgrundbesitze werden in Bauernkooperativen unter staatlicher Leitung umgewandelt; den von der Agrarreform nicht betroffenen selbständigen Klein- und Mittelbesitzern wird die Bildung von Genossenschaften oder ähnlichen Zusammenschlüssen empfohlen. Dass aber auf den Gütern der zu solchen Föderationen zusammengeschlossenen Grundbesitzer nach wie vor Landarbeiter zu Löhnen, die je nach Gegend zwischen drei und sieben Franken liegen, beschäftigt sind, lässt den Anspruch der peruanischen Junta, mit dem Agrarreformsgesetz soziale Gerechtigkeit zu schaffen, in sein Gegenteil umkehren.

. . . und Industriegesetze

Mit den *Industriegesetzen*, die die Junta zwischen 1970 und Januar 1971 dekretiert hatte, wird klar, dass die Regierung ihre Position und ihr Selbstverständnis gegenüber ausländischem Kapital neu definiert hat, wiewohl Präsident *Velasco* mehr als einmal den Imperialismus, vor allem den nordamerikanischen, in Pauschalerklärungen als einen der Hauptverantwortlichen der peruanischen Unterentwicklung gebrandmarkt hatte.

Der Industriesektor wurde durch die neue Gesetzgebung in vier Prioritätskategorien eingeteilt, über deren erste, die *»Basisindustrie«*, der Staat volle Kontrolle ausübt, während die übrigen drei Sektoren sowohl inländischem wie auch ausländischem Privatkapital offenstehen. Bemerkenswert sind die Bemühungen der Militärregierung, vermehrt nicht nur nordamerikanische Investitionen für den Industriesektor heranzuziehen, sondern vor allem auch westdeutsche und japanische Gelder, um damit der Gefahr einer einseitigen Abhängigkeit zu entgehen.

Das Gesetz der *»comunidad industrial«* (was sinngemäss etwa mit *»Gemeinschaft der Arbeitenden«* wiedergegeben werden könnte) vom September 1970 sieht vor, dass sowohl nationale – seien es staatliche oder private – wie auch ausländische Industieunternehmungen jährlich 15% des ausgewiesenen Reingewinns auf einem Fonds akkumulieren, bis dieser Fonds die Höhe von 50% des einbezahlten Aktienkapitals der Unternehmung erreicht. Mit diesen Mitteln ist nun die Belegschaft berechtigt, die Hälfte der Aktien von den bisherigen Eigentümern zu erwerben; gleichzeitig sieht die *»comunidad industrial«* eine den Löhnen und Gehältern proportionale Beteiligung der Arbeiter und Angestellten am Unternehmungsgewinn vor.

Es wird aber Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte dauern, bis die *»comunidad industrial«* in einer bestimmten Unternehmung in Kraft treten kann, und die Möglichkeiten des Managements und der übrigen *»white collars«* sowie der Grossaktionäre, auch mit erfolgter Inkrafttretung den Unternehmungswillen nach wie vor selbst zu bestimmen, sind vielfältig; das *Gesetz wird denn auch von der Linken in Peru in dem Sinne kritisiert, dass es die Macht nicht den Arbeitern gebe, sondern lediglich ein bestehendes Ausbeutungsverhältnis auf eine andere Stufe stelle und dadurch widersprüchliche Klasseninteressen zu harmonisieren trachte.*

Im Fischereiindustriesektor und im Bergbausektor hat die staatliche Hand Zwischenunternehmungen gegründet, die die Ausfuhr der von den privaten ausländischen Gesellschaften erzeugten Produktion regeln. Im Erdölsektor hat die einleitend erwähnte Nationalisierung der *IPC* dazu geführt, dass die staatliche *Petroperu* zur grössten Unternehmung dieser Branche wurde, nicht aber zur vollständigen Nationalisierung der Oelproduktion. Der *Petroperu* stehen zumindest sieben weitere Kompanien gegenüber, die u. a., wie etwa *die Standard-Oil-of-California-Tochter »Conchan-California«*, umfangreiche Bohrkonzessionen in Nordostperu erhalten haben.

Ziel: Modernisierung der Landwirtschaft und Expansion der Industrie

Werden all die Massnahmen, die die peruanische Regierung in den dreieinhalb Jahren ihrer Existenz ergriffen hat, betrachtet – neben den kurz dargestellten Sektoren wären noch die Massnahmen auf dem Gebiet des Bankwesens, des Handels und der Kommunikationen zu erwähnen –, so lässt sich deutlich eine bestimmte Richtung feststellen. Nämlich dass die Militärjunta offenbar daran ist, einen Prozess, der vor rund 15 Jahren eingesetzt hat – die Ablösung der Landwirtschaft als wirtschaftlich dominierenden Sektors durch die Expansion der Industrie –, unter ihre Kontrolle zu bringen und gleichzeitig den *»zurückgebliebenen«* Sektor, die Landwirtschaft, zu modernisieren. Mit andern Worten: *Soziale und ökonomische Transformationen und Prozesse, die bisher in »natürlicher Art« sich abgewickelt hatten, werden von einem neuen Akteur, der sich neue Machtmittel und Kompetenz verliehen hat, in einer Politik der Rationalisierung kontrolliert.*

Die Kritik der Linken in Peru an der Militärjunta richtet sich denn auch gegen diese Politik der Rationalisierung und Modernisierung. Diese Politik bezwecke, so lautet die Argumentation, nicht die fundamentale Umwandlung der peruanischen Gesellschaft, einen Ausgleich zwischen Land und Stadt, zwischen Armen und Reichen, zwischen den verschiedenen sozialen Klassen, sondern nur eine effizienter gestaltete Organisation der bereits bestehenden Struktur. Weder Perus abhängige Stellung, was die externe Dimension betrifft, würde dabei angetastet, noch würde seine interne Klassenstruktur beseitigt.

Der mit dem Erlass des Agrarreformgesetzes und dem Gesetz der *»comunidad industrial«* verbundene Effekt der Mobilisierung der peruanischen Unterschicht könnte sich aber auch gegen die Militärjunta richten. Möglicherweise wird der Lebensstandard dieser Volksschichten in den nächsten Jahren und Jahrzehnten tatsächlich angehoben werden; nicht erfüllt sein wird, und dies lässt sich schon jetzt definitiv aussagen, das Postulat der sozialen Gerechtigkeit. Die Nichterfüllung *dieser* Aspiration aber könnte ein politisches Potential schaffen, das nicht *für*, sondern *gegen* die Militärs mobilisiert werden kann. Abgesehen von diesen Zukunftsspekulationen, besteht schon heute kein Zweifel über die Wichtigkeit der peruanischen Erfahrung im Sinne eines Modells der Redefinition, die sich eine abhängige und unterentwickelte kapitalistische Struktur gibt, um ihre Ueberlebenschance zu erhöhen.

Max Seelhofer

Nachtrag:

Die im Text angeführten Zahlen sind in ihrer Mehrzahl folgenden Darstellungen entnommen:

Aníbal Quijano Obregón, Tendencies in Peruvian Development and Class Structure. (Aus: James Petras, Maurice Zeitlin, Latin America, Reform or Revolution? New York, 1968.)

Julio Cotler, The Mechanics of Internal Domination and Social Change in Peru. (Aus: I. L. Horowitz, Masses in Latin America, New York 1970.)

Emilio Romero, Geografía Económica del Peru, Lima 1966.

Im nächsten »konzept«:
REPORT
Gespräch mit Bundesanwalt Walder

Neue Zürcher Zeitung

für Leute, die mitreden wollen

Sie sind Student und haben die Chance, später einmal in Führungspositionen zu kommen.

Sie werfen Ihren kritischen Blick auf die Welt, in der Sie leben, und bereiten sich darauf vor, von solchen Positionen aus die Zukunft mitzugestalten.

Dazu braucht es nicht nur Charakter und Fachkenntnisse, sondern auch Information über die Ereignisse und Probleme des Tages.

Die «NZZ» gilt – nach dem Urteil maßgebender ausländischer Kenner – als eine der besten Tageszeitungen überhaupt. Sie biete – so wird gesagt – mit einer Fülle an Stoff ein Optimum an Sachlichkeit.

Was nicht heißt, daß wir keine eigene Meinung haben. Doch sind wir gerade darin liberal, daß wir der Meinung der anderen auch Raum geben.

Sie werden sicherer mitreden und mitbestimmen können, wenn Sie sich ein verbilligtes Studentenabonnement auf die «NZZ» schenken lassen oder aus Selbstverdientem leisten. Sie erhalten zu relativ bescheidenem Preis ein Wissen ins Haus geliefert, das Bücherbände füllen könnte.

Wir geben Ihnen gerne die Möglichkeit, unser Blatt über längere Dauer kennenzulernen:

mit einer Gratislieferung während 3 Wochen oder mit einem um 30% verbilligten Studentenabonnement:

für 3 Monate Fr. 15.40 (statt Fr. 22.—)
für 6 Monate Fr. 29.40 (statt Fr. 42.—)
für 1 Jahr Fr. 56.— (statt Fr. 80.—)

Werbeabteilung
Neue Zürcher Zeitung
Hauptpostfach, 8021 Zürich

Hier abtrennen

Z. St.

Coupon

Ich bitte Sie um unverbindliche Gratislieferung der «Neuen Zürcher Zeitung» während 3 Wochen

Ich bestelle ein Studentenabonnement auf die «NZZ»

für 3 Monate zu Fr. 15.40
für 6 Monate zu Fr. 29.40
für 1 Jahr zu Fr. 56.—

Nichtgewünschtes bitte streichen

Name und Vorname:

Adresse:

Postleitzahl/Ort:

Hochschule: Semester:

Coupon bitte einsenden an die Werbeabteilung der Neuen Zürcher Zeitung, Hauptpostfach, 8021 Zürich

Numerus clausus in der Psychologie und andere Geschichten zur bernischen Hochschulpolitik

Erstmals wurde dieses Semester in Bern der offene Numerus clausus über das Psychologiestudium verhängt. 39 von 101 angemeldeten Bewerbern erhielten Mitte Oktober (!) ein Schreiben, in dem zu lesen stand, Bern könne sie nicht mehr aufnehmen (die Auswahl war nach regionalen Kriterien getroffen worden).

Nach monatelangem Tauziehen zwischen Regierung und Institutsleitung, begleitet von einer grossangelegten Kampagne der Psychologiestudenten im letzten Wintersemester (Parole: »Kein Geld für Psychologen«), ist es nun dieses Semester zur offenen Beschränkung der Neuaufnahmen auf 50 Einheiten (eine Einheit = 1 Hauptfach- bzw. 2 Nebenfachstudenten) gekommen. Die Regierung begründete diese Massnahme mit finanziellen Schwierigkeiten des Kantons, die ein weiteres sprunghaftes Aufblähen des »Modefaches Psychologie« nicht zuliessen. Obschon inzwischen für beinahe alle der Abgewiesenen eine einigermassen »tragbare« Lösung gefunden werden konnte, entlarven sich angesichts des Numerus clausus Postulate wie das »soziale Grundrecht auf Bildung«, zu dem sich die eidgenössischen Räte ebenso mühsam wie knapp durchgerungen haben als zynische Farce.

W. Brugger

Dieser Eindruck verstärkt sich noch, wenn höhere Universitätsbeamte öffentlich verlauten lassen, der Numerus clausus werde in den nächsten 5–10 Jahren *»noch für viele Studienrichtungen nicht zu umgehen«* sein (Universitätssekretär Thomann anlässlich eines von der Psychologenfachschaft organisierten Diskussionstages am 16. Nov. 72). Die im Universitätsgesetz verankerte *»Lernfreiheit«* existiert also offenbar nur als schönes Paragraphenwerk weitab von aller Wirklichkeit.

Stipendienkürzungen

Der Charakter der bernischen Stipendienpolitik sollte sich nach unseren ständigen Informationen wohl langsam herumgesprochen haben: vermehrter gesellschaftlicher Nachfrage nach Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten begegnet die Regierung – wieder unter Verweis auf die prekäre Finanzlage des Kantons – mit Kürzungen der Stipendien und Ausbildungsbeiträge. Hier seien bloss noch einmal kurz die wichtigsten Punkte der neuen Stipendienverordnung vom vergangenen Juli aufgeführt: ● *1. Bildungsweg:* Der den Freibetrag des elterlichen Vermögens übersteigende Teil wird neu mit –8 Punkten/10 000 Fr. bewertet (bisher –2 P.!). Elterliche Einkommen werden mit +3 P./1000 Fr. unter dem nichtbewerteten Einkommen von 25 000 Fr., maximal aber mit +30 P. taxiert (grobe Ungerechtigkeit gegen unterste Einkommensklassen unter 15 000 Fr.!). Zudem wurde die Punkteskala zur Stipendienberechnung geringfügig verändert: Die Maximalpunktezahl für ein Vollstipendium (6000 Fr. im Jahr, wie bisher) wurde von 46 auf 48 Punkte erhöht; 1 Punkt entspricht neu 125 Fr. (bisher 130 Fr.). Da nach der Neuregelung höchstens gleich viele oder weniger Punkte zu erreichen sind, bedeutet diese unscheinbare Skalaänderung für jeden Bezüger je nach Höhe des Stipendiums einen Abzug zwischen 20 Fr. und 250 Fr.

● *2. Bildungsweg:* Durch Wiedereinbezug der elterlichen Verhältnisse bei der Beurteilung der Stipendienanwärter und mit Einführung des Kriteriums der 25-Jahr-Altersgrenze konnte der Bezügerkreis um zirka 50% eingeschränkt werden. Die Elternunabhängigkeit wurde im Bereich der Zweitausbildungen wieder zu Grabe getragen.

● Zusätzlich wurde der Bezügerkreis der *Ausländerstipendiaten* mit unhaltbaren Begründungen (fremdenpolizeiliche Weisungen usw.) stark verkleinert. So erhielten z. B. 16 ausländische Kommilitonen kurz vor Semesterbeginn die kurze Mitteilung, ihr Stipendium könne nicht mehr weiter ausbezahlt werden – dies, obwohl sich die betreffenden Leute seinerzeit vertraglich verpflichtet hatten, nach dem Studium mindestens 5 Jahre in der Schweiz zu arbeiten. Die ED teilte ihnen nun plötzlich mit, sie könnten mit keiner Arbeitsbewilligung rechnen und wären folglich nicht in der Lage, ihren Vertrag einzuhalten; deshalb sähe man sich gezwungen, ihnen die Stipendien zu streichen. – Dies nur eine kleine Kostprobe der formaljuristischen Akrobatie, deren sich die Behörden bisweilen zwecks Durchsetzung ihrer Interessen bedienen . . .

Die Auswirkungen dieser fragwürdigen Neuerungen sind z. T. beträchtlich. Mehreren Studenten wurden nach der neuen Berechnung die Stipendien um mehrere tausend Franken pro Jahr gekürzt. Krassester Fall: ein Student erhielt bisher 6000 Fr. pro Jahr (Maximalstipendium) – nach der neuen Berechnung kommt er auf 0.00 Fr.!

Neues Zulassungsreglement

Weitere charakteristische Beispiele für die aktuelle bernische Bildungspolitik wären etwa das letztes Semester verabschiedete neue Zulassungsreglement, das laut ED *»die rechtlichen Grundlagen für die Verfügung von Zulassungsbeschränkungen an unserer Universität«* enthält, oder auch der Verlauf der Diskussion um das neue Universitätsgesetz (vergleiche *»Berner Student« Nr. 1, WS 72/73).*

Widersprüche noch und noch

Ohne besonderen Scharfblick springen einem etwa die folgenden offensichtlichen Gegensätze ins Auge:

● Der Gegensatz zwischen derartigen Massnahmen des Kantons einerseits und gewissen sozialen Grundprinzipien wie Recht auf Bildung andererseits, die heute bereits auf eidgenössischer Ebene Fuss zu fassen beginnen.

● Der Gegensatz zwischen dem gesamtgesellschaftlich steigenden Bedarf an Hochschulabsolventen (auch und gerade an Psychologen!) einerseits und der Erschwerung der Zulassungs- und Studienbedingungen – siehe oben – andererseits.

● Für Bern: Der Gegensatz zwischen den Thesen der NUGAPEK (freier Zugang zur Uni, LM-Studienfinanzierung, interdisziplinäre Lehre und Forschung usw.) einerseits und der realen Entwicklung an unserer Uni (NC, Stipendienkürzungen, Zulassungserschwerungen usw.) andererseits.

● Generell: Der Gegensatz zwischen privatem Wohlstand (Schlagwort: Konsumgesellschaft) einerseits und öffentlicher Armut (kein Geld für öffentlich-soziale Aufgaben wie Bildung, Umweltschutz, öffentlicher Verkehr usw.) andererseits.

Erklärungsversuch: Zwischen Rückschritt und Technokratie

Ich kann hier keine Analyse geben, sondern nur einige Anhaltspunkte zum Verständnis der Situation unserer Berner Alma mater und der zugehörigen Bildungspolitik.

Ausgangspunkt meiner Betrachtung ist die Feststellung, dass mehrere verschiedene, z. T. widersprüchliche gesellschaftliche Kräfte und Interessen auf die Hochschule einwirken. Das ist nicht anders möglich in einer Gesellschaft, die in sich zutiefst widersprüchlich und irrational ist. Grob gesehen, scheint mir, sind vor allem zwei *Haupttendenzen* feststellbar und für unsere Problematik wichtig:

1) Eine kurzfristig-reaktionäre, welche die heute auftretenden Schwierigkeiten lieber mit einem Schritt zurück als mit einem Schritt vorwärts – und sei es auch ein technokratischer – lösen möchte. Diese Tendenz trägt den Stempel völliger Willkür, sie baut auf keinem längerfristigen Konzept für die Entwicklung der Hochschule auf. Ihre Argumentation erschöpft sich in der Aufzählung von offenbar gottgegebenen sogenannten *»Sachzwängen«*, denen sich die Uni zu fügen hat. Die Mittel zur politischen Durchsetzung sind kurzsichtige *»Notbremsen«* (Beispiel: NC Psychologie) und unbeholfen-radikale Rosskuren (Beispiel: Stipendienkürzungen).

Ich glaube, diese erste Tendenz ist in Bern ziemlich stark, stärker jedenfalls als etwa in Zürich oder Basel (man vergleiche in diesem Zusammenhang auch etwa die unterschiedlichen Linien der entsprechenden regionalen SP-Fraktionen).

2) Für die zweite Haupttendenz würde ich die Stichworte *»Management«* und *»Technokratie«* anführen. Diese Tendenz denkt längerfristig und in dem Sinne fortschrittlich, als sie überalterte Strukturen der feudalen Ordinarienuniversität durch *»angemessene«, »moderne«* Organisationsformen eines modern-technokratischen Managements, verbunden mit einem relativ *»weichen«* Führungsstil in den unteren Kompetenzstufen, ersetzen will. Diese Tendenz zieht für ihre Argumentation statistische Trendanalysen, Bedarfs- und Kapazitätsprognosen usw. heran und entwirft daraus organisatorische Modelle für die *»moderne Hochschule«.* Im politischen Kampf bedient sie sich weit subtilerer Mittel als die erste Tendenz: Statt offener NC vermehrte Berufsberatung und Leistungskontrolle, statt offene Stipendienkürzung längerfristige Modelle zur Studienfinanzierung mit integrierender Wirkung usw.

Beispiele für Bern sind etwa das neue Zulassungsreglement, das Prüfungsreglement an der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Abteilung oder gewisse Reformen der Studiengänge, zum Beispiel bei den Medizinern. Gesamthaft gesehen, scheint mir diese zweite Tendenz in Bern noch relativ schwach zu sein, so schwach, dass sie häufig sogar noch als Opposition in Erscheinung tritt.

Beide Tendenzen haben ihre Entsprechung in den vorherrschenden gesellschaftlich-wirtschaftlichen Kräften ausserhalb der Universität. Sie spiegeln die widerspruchsvolle Umstrukturierung der Schweizer und Berner Wirtschaft bzw. den damit zusammenhängenden Kampf zwischen dem langsam ertrinkenden Kleingewerbe und Kleinunternehmertum einerseits (entspricht der ersten Tendenz) und den erstarkenden marktmächtigen Monopolen andererseits (entspricht der zweiten Tendenz). Vom Ausgang dieses Kampfes zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen wird wesentlich abhängen, welche Tendenz an der Hochschule sich politisch durchzusetzen vermag.

Zusammenfassend würde ich also sagen, dass wir es beim Numerus clausus Psychologie mit einer kurzsichtig-reaktionären Massnahme vom Typ der ersten geschilderten Tendenz zu tun haben. Die wahrhaft technokratische Offensive steht uns m. E. noch bevor. Sie wird viel raffinierter, weniger willkürlich-plump – und zumindest scheinbar argumentierend! – vorgehen als die Berner Regierung im Fall des Numerus clausus am Psychologischen Institut.

Was ist in dieser Situation zu tun?

Was ist nun für uns – wenn meine Einschätzung mindestens in den Grundzügen richtig ist – in dieser Situation zu tun? Grundsätzlich bin ich der Ansicht, dass wir sowohl den reaktionären Notbremsemassnahmen – diesen sowieso! – als auch etwaigen zu erwartenden Managementreformen eine Alternative entgegenstellen müssen, weil beide Tendenzen fundamentalen studentischen Interessen zuwiderlaufen: Weder die Rückkehr zur alten feudalen Ordinarienuniversität noch der Schritt zur durchtechnokratisierten und -kapitalisierten Fachidiotenfabrik entspricht den erklärten emanzipatorischen Forderungen der Studenten- und Arbeiterbewegung. Weder wollen wir uns den Willkürakten reaktionärer Regierungsbosse noch den entfremdeten Zwängen durchrationalisierter Untertanenproduktion ausliefern. Sowohl die »harte« Schule kleinbürgerlicher Prägung als auch die modern verschulte Arbeitskraft – Qualifizierung – widerspricht den Interessen der grossen Masse der Studierenden und der grossen Masse der Ausbildungswilligen überhaupt.

Von den kurzfristigen . . .

Wir können deshalb nicht isoliert nur den NC am psychologischen Institut bekämpfen. Wir müssen unsere Interessen gemeinsam und organisiert in allen Bereichen in- und ausserhalb der Hochschule formulieren und durchsetzen.

Unsere kurzfristigen Forderungen:

1) Sofortige Zulassung der abgewiesenen Bewerber für ein Psychologiestudium (inzwischen zum grossen Teil erfüllt).

2) Sofortige Aufhebung des NC am Psychologischen Institut

müssen sich deshalb notwendig ausweiten und zu einem umfassenden gesamtuniversitären Programm vereinen, das – in Ansätzen – zumindest die folgenden Punkte enthalten muss:

. . . zu den langfristigen Forderungen

● Für eine elternunabhängige Studienfinanzierung für alle Bevölkerungsschichten.

● Für Demokratie, Transparenz und öffentliche Kontrolle in allen universitären Gremien.

● Gegen jegliche soziale Selektionsmechanismen wie NC, selektive Zwischenprüfungen, verschärfte Zulassungsbedingungen usw.

● Gegen Verschulung und Technokratisierung der Studiengänge, für Projektstudien, Tutorienwesen und interdisziplinäre Ansätze.

● Gegen einseitiges Lehrangebot, für alternative Wissenschaftsauffassungen (dazu würde hie und da auch ein Marxist gehören!).

● Für Oeffentlichkeit und wirkliche studentische Mitbestimmung bei allen Entscheiden, auch in Berufungsfragen.

Kurz: Für eine Universität im Dienste und unter der Kontrolle der werktätigen Bevölkerung und nicht nur im Dienste der privaten Profitinteressen einer herrschenden Minderheit!

Solche Forderungen können wir, wenn wir sie wirklich ernst meinen, nicht mittels Briefprotesten und Communiqué-Kriegen durchsetzen, weil sie – wie ich zu zeigen versuchte – gesellschaftlich vorherrschenden Kräften und Interessen zum Teil diamentral entgegenstehen. Diese Kräfte werden erst nachgeben, wenn wir sie dazu *zwingen,* das heisst, wenn wir entschlossen und solidarisch unseren Willen kundtun. Wir müssen zeigen, dass wir auf diese Weise nicht weiterhin mitzumachen bereit sind. Dazu gilt es entsprechende eigene Kampfformen und Druckmittel zu entwickeln. Sicher müssen wir unseren Kampf ausweiten und die Zusammenhänge zwischen allen Bereichen inner- und ausserhalb der Hochschule aufzuzeigen versuchen.

Eine Universität ohne Studenten gibt es nicht – es liegt an uns zu entscheiden, wie sie aussehen und in wessen Dienst sie stehen soll.

Hansjörg Brügger
Präsident der Studentenschaft der Universität Bern

PERSPEK-TIVEN

»konzept«-Umfrage:

Braucht die Schweiz (noch) eine Armee?

Die Fronten lockern sich auf: auf der einen Seite versucht man die Armee »technisch-sachgerecht« zu modernisieren und lässt dabei diesen und jenen »alten Zopf« fallen; auf der andern Seite steht das Postulat nach einer umfassenden soziopolitischen Verteidigung (und damit auch der Armee) dem Postulat auf Abschaffung der Armee gegenüber. Gerade die »armee- und sicherheitspolitischen« Konzeptionen dieser zuletzt erwähnten Gruppen möchten wir mittels einer kleinen Umfrage eruieren. Viele Personen haben wir angefragt – wenige wollten sich zu diesem »heissen« Thema äussern.

Kurt Marti, Pfarrer und Schriftsteller

Die Schweiz braucht eine Armee. Weshalb sollte ausgerechnet ein Kleinstaat mit der Abrüstung vorangehen? Solange die grossen und mittleren Staaten Armeen haben, steht ein gewisses Misstrauen dem Kleinstaat wohl an. Vietnam ist ein Beispiel, das zur Wachsamkeit mahnt. Der Vietcong und Nordvietnam demonstrieren, dass ein Defensivkampf selbst gegen eine technologisch weit überlegene Supermacht mit totaler Luftherrschaft keineswegs aussichtslos sein muss und dass einer Erpressung mit Effektivität widerstanden werden kann.

Doch was für eine Armee? Eine Armee, die nicht »ein Instrument weniger« (Bundesrat Celio), sondern eine Volksarmee ist und nicht einen einseitigen politischen Rechtstrend in ihrer Führung aufkommen lässt; die deshalb auch keinen Militarismus als Ideologie erzeugt, vielmehr als Dienstleistungsbetrieb für den Katastrophenfall – wie die Feuerwehr für den Brandfall – konzipiert ist. Ihre Einsatzdoktrin darf nicht eine Minikopie ausländischer Grossarmeen sein, sondern muss haargenau unseren Verhältnissen und Möglichkeiten angepasst werden. Nur das wird effizient sein können. Ich denke nicht an eine Partisanenarmee zum vornherein, aber immerhin an eine Armee, die sich in eine Partisanenarmee verwandeln kann und daraufhin vorbereitet wird. Das setzt allerdings voraus, dass der einzelne Soldat die Ueberzeugung hat, dass er wirklich *sein* Land verteidigt – und nicht ein Land, das Immobilienfirmen gehört, und eine Industrie, in der er weder Mitbestimmender noch Miteigentümer ist. Die militärische Verteidigung setzt den Willen zur Verteidigung der sozialen Institutionen voraus. Soll dieser Wille erhalten bleiben, so muss dem derzeitigen Feudalisierungsprozess (Konzentration des Besitzes an den Produktionsmitteln in immer weniger Händen) rechtzeitig und dezidiert Einhalt geboten werden.

Helmut Hubacher, SP-Nationalrat

Die allgemeine Weltlage lässt vorläufig noch keinen Verzicht auf die Armee zu. Finanziell kann sich die Schweiz die dafür nötige Prämie leisten. Moralisch ist unsere Defensivarmee zu verantworten – die Schweiz wird niemanden, nicht einmal Liechtenstein, angreifen.

Nötig sind neue Prioritäten. Das (zu) häufige Gerede vom Bekenntnis zur Landesverteidigung gehört ersetzt vom Bekenntnis zur Schweiz. Ich bekenne mich zu diesem Staat – nicht zur Armee. Und wenn die Schweiz als Folge ihres Sicherheitsbedürfnisses eine Armee benötigt, kostet diese einen gewissen Preis. Abzulehnen ist eine Armee als Staat im Staate. Abzulehnen ist eine Armee für den inneren Einsatz, abzulehnen ist die militärische Sondergerichtsbarkeit, abzulehnen ist die Gleichstellung von Dienstverweigerern mit Kriminellen. Und schliesslich kann es nicht Aufgabe der Armeeführung sein, sogenannt geistige Landesverteidigung zu betreiben, effektiv aber unser Volk zu spalten. Das rechtssubversive Zivilverteidigungsbuch kann als Exempel für diese völlig verfehlte Verketzerung eines Teils unseres Volkes gelten. Die vorrätigen 300 000 Exemplare gehören eingestampft.

Eine absolute Sicherheit gibt es nicht – nicht einmal für den Gross-, schon gar nicht für den Kleinstaat. Warum denn noch eine Armee? Die Gesellschafts- und Sozialpolitik, die Konfliktforschung, die Katastrophenhilfe in Friedenszeiten, die Entwicklungshilfe, die Aktivierung der Aussenpolitik, die Armee u. a. m. gehören zum Konzept der friedensstrategischen Sicherheitspolitik der Schweiz. Die Armee, um nur darauf näher einzugehen, ist waffentechnisch auf die kleinstaatliche Selbstbeschränkung, operativ auf Verteidigung nach dem Motto *»Sie muss kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen«, strategisch auf Friedens- und Sicherheitspolitik auszurichten.*

Auszug aus dem neuen Aktionsprogramm des VSS

»Ansatzpunkt sind die Tagesinteressen«

Wir gehen von der Einschätzung aus, dass dem VSS die Legitimationsbasis bei denen, die ihn materiell tragen, d. h. die Studierenden einiger Hochschulen (und nicht die Studentenschaften), weitgehend fehlt. Von den Studierenden der nicht im VSS vertretenen Hochschulen kann das analog vermutet werden. Dies hängt einerseits damit zusammen, dass der VSS, nachdem er aufgehört hatte, studentische Vergünstigungspolitik und ständische Interessenpolitik zu betreiben, funktionslos geworden war. Er entsprach nicht mehr dem Bedürfnis der meisten inzwischen politisierten Studentenschaftsvorstände.

Die Politik der linksgerichteten Organisationen, die inzwischen auch in die studentischen politischen Gremien delegiert wurden, rechnete aber anderseits noch nicht mit der Notwendigkeit eines nationalen Dachverbandes, da sich der nationale Formierungsprozess des Kapitals im Bildungssektor nur allmählich und vor allem noch kaum in einem sozial relevanten Ausmass lokal bemerkbar gemacht hatte. Auch von daher war der Verband funktionslos.

Mit andern Worten: Der VSS konnte (und kann) keine Aufgaben als nationaler Interessenverband aller Studierender erfüllen, *solange das Bedürfnis nach seiner Funktion objektiv unter diesen fehlte.* In diesem Zustand konnten die Strukturen des Verbandes nur von Krise zu Krise weiter am Leben gehalten werden. Die internen organisatorischen und politischen Schwierigkeiten waren nur ein Ausdruck der eben genannten Funktionslosigkeit.

Hingegen zeigen seit einiger Zeit wenigstens die Vorstände der Studentenschaften Bern, Zürich, VSETH, Basel und AGEF Fribourg – und das heisst meistens die in ihnen vertretenen politischen Gruppierungen und politischen Einzelpersonen – ein gewisses Interesse am Verband.

Dieses wachsende Interesse ging mit der Konsolidierung von verschiedenen politischen Gruppierungen an den Hochschulen einher. Es sind dies vor allem die »Sozialistischen Studenten Bern« (SSB), die »Progressiven Studenten Basel« (PSB), zum Teil auch der »Schweizerische Liberale Studentenbund« (SLS). In der Perspektive dieser Gruppierungen hat der Verband, aus welchen politischen Motiven auch immer, in nächster Zukunft eine Funktion.

Der lokale Rahmen der politischen Aktivität wird zusehens von der nationalen Ebene her determiniert. *Die »Hochschule Schweiz« schafft in den Studentenschaften das Bedürfnis nach einem nationalen Dachverband, der organisatorisch eine Informationsbeschaffung der nationalen Entwicklung im Hochschulsektor und Koordinationsfunktion für Aktivitäten mit gesamtschweizerischem Horizont erfüllt.*

Das Gwatter-Seminar

Eine gewisse Bedeutung für den Verband hat das im Januar 1972 stattgefundene Gwatter-Seminar. Dort konnte man sich nach dem desolaten Zustand der vorausgegangenen Semester in einigen zentralen Fragen einigen.

Im Arbeitsgruppenpapier Bildungspolitik wurde gemeinsam festgehalten:

»Die massgebenden Kreise in der schweizerischen Bildungspolitik zeigen immer mehr zentralisierte Tendenzen. Falls die einzelnen Studentenschaften nicht völlig isoliert die technokratische Offensive hinnehmen wollen, brauchen sie einen starken Dachverband, der sich auf ein politisches Minimalprogramm einigen kann.«

Es wurden auch einige Klarheiten betreffs Arbeitsweise des Verbandes geschaffen, die allerdings im vergangenen Semester nicht unbedingt durchgehalten werden konnten.

Es wurde dazu gesagt: Der Delegiertenrat kann beim aktuellen Zustand des Verbandes nicht der Ort sein, wo die Delegierten sich vor allem über theoretische Aspekte der Bildungspolitik streiten. Die Diskussion um die an sich notwendige Analyse über die Entwicklung des schweizerischen Kapitalismus und deren Auswirkung auf die schweizerische Bildungspolitik haben gezeigt, dass eine solche Arbeit vom VSS nicht geleistet werden kann, wenn wir nicht in Kauf nehmen wollen, dass der VSS als Verband dabei beschlussunfähig wird. Heute besteht die einzige Möglichkeit darin, dass die Strategien der einzelnen Studentenschaften im politischen Rahmen des VSS zu einem Kompromiss gebracht werden.

Das Aktionsprogramm als Rahmen

Das *Aktionsprogramm* ist ein Ausdruck des politischen Rahmens, innerhalb dessen sich die einzelnen Fraktionen und Studentenschaften im DR finden. Mit dem Aktionsprogramm mandatiert und kontrolliert der DR die Exekutive während mindestens eines Semesters.

Bei der jetzigen Lage des Verbandes, in der die Intentionen der einzelnen Gruppierungen und Studentenschaften z. T. immer noch kontrovers sind, ist eine *deutliche Mehrheit von linksgerichteten und liberalen Kräften* feststellbar.

Es ist damit gewährleistet, dass keine Richtung oder Studentenschaft den VSS für ihre politischen Ziele instrumentalisieren kann, sei es im Sinne einer konservativen ständischen Interessen- oder Vergünstigungspolitik, sei es im Sinne eines politischen Kampf- und Propagandainstruments (dies wird durch die Pluralität der Linken verhindert).

Ebenso ist gewährleistet, dass der Verband nicht länger als bildungspolitisches Spezialgremium verstanden werden kann, das periodisch vor dem Problem steht, die sogenannte Basis nicht für seine Anliegen gewinnen und mobilisieren zu können.

Richtlinien

Die Erkenntnisse aus dem Situationsbericht müssen dazu führen, die Aktivitäten des Verbandes unter ein einigermassen umschriebenes Ziel zu stellen. Die Zielsetzung beruht auf einem *optimalen Konsens* der im Verband vertretenen Gruppierungen.

Wo rigider Numerus clausus herrscht, wo die Studienbedingungen ans »Lebige« gehen, wo nationale Bildungspolitik die soziale und politische Lage der Studierenden unmittelbar bestimmt, erfüllt ein nationaler Dachverband einsichtige Funktionen. Dann können im breiten Rahmen, abgesichert durch eine grosse Zahl der Studierenden, Interessen vertreten und wiederum mobilisiert werden (siehe etwa die Kampagne des Verbandes deutscher Studentenschaften gegen das Hochschulrahmengesetz der BRD).

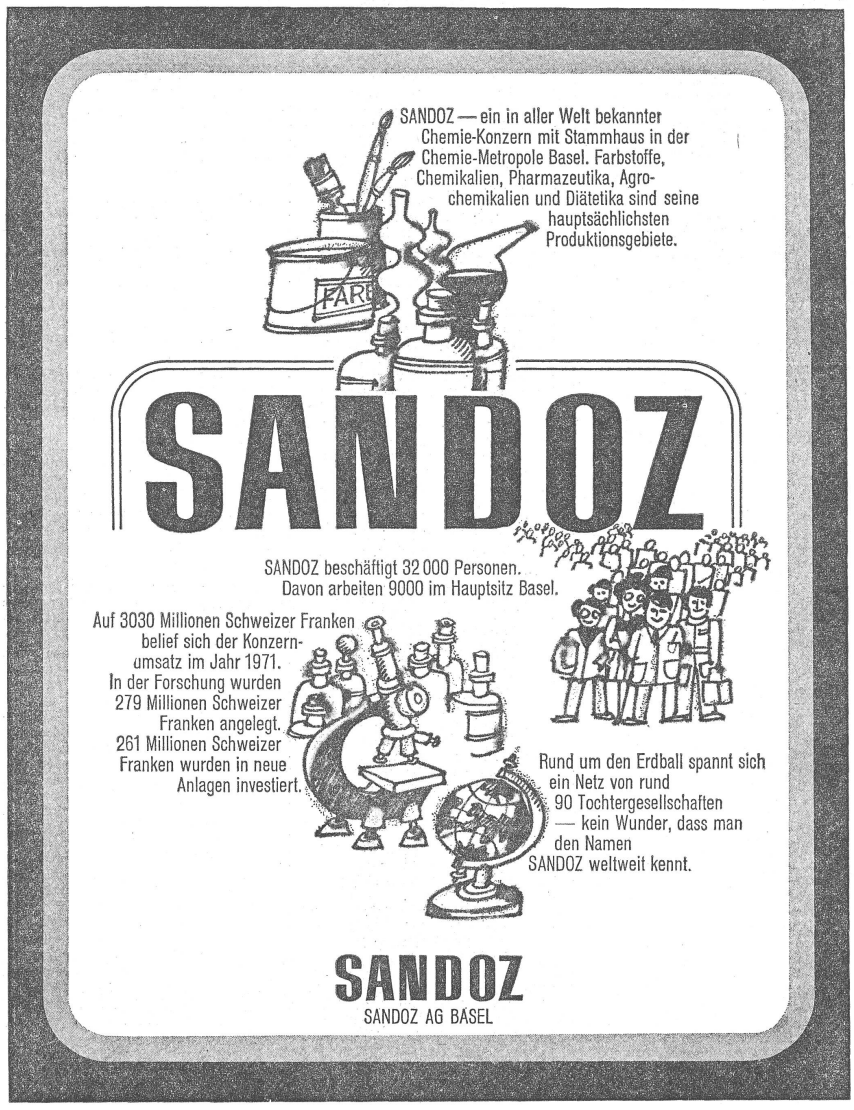
Wir gehen davon aus, dass auch der VSS in Zukunft entsprechend der bildungspolitischen Entwicklung *eine solche* Interessenpolitik betreiben kann und muss. Mit *Interessenvertretung* auf Verbandsebene ist gemeint:

Das Aktionsprogramm setzt bei den politischen und sozialen »Tages«-Interessen der Studierenden ein und vermittelt diese mit der objektiven Lage der Studierenden in der Studienorganisation und in der Gesellschaft. Diese wiederum ist bestimmt durch die objektive Zukunftssituation der zunehmenden Zahl der Studierenden als zukünftigen Lohnabhängigen, d. h. im wachsenden Masse den kapitalistischen Interessen Untergeordneten.

Diese *sozialpolitische Funktion* muss der Verband erfüllen, soll sein Dasein überhaupt noch objektive Berechtigung behalten. Daraus resultieren aber einige Konsequenzen für die Gewichtung der Arbeit nach aussen, aber auch Konsequenzen auf die Arbeitsweise des Verbandes.

»Bildungspolitik« wird demnach ein integrierter Bestandteil der sozialpolitischen Funktion des VSS sein. So hat z. B. unsere Beteiligung an der Diskussion um das *Hochschulförderungsgesetz* nur dann eine Perspektive, wenn es uns gelingt, uns über die soziale und politische Relevanz des neuen HFG für die Studierenden ein Bild zu machen, aufgrund dessen erst eine Information der Basis gewährleistet ist, die nicht im Belanglosen verläuft, und aufgrund dessen der Entscheid gefällt werden kann, inwiefern eine breite Aktivität nach aussen überhaupt möglich ist.

Vorstand VSS



1972: Wehrpolitische Wende?

1. »Die Zukunft der Schweiz hängt nicht von ihrer Armee ab.«

Dieser Satz ist gar nicht neu. Die Landesverteidigungskonzeption von 1966 ist davon ausgegangen, dass nicht die Armee *allein*, sondern das gesamte Volk zur Sicherheit und damit zur Zukunft unseres Landes beitragen muss. Allerdings muss deutlich festgehalten werden, dass die Armee das in einer möglich bleibenden ernsten Krise in Europa nach wie vor wesentlichste Mittel zur Bewahrung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Schweiz ist.

2. »Die Armee wird immer mehr Gegenstand der politischen Auseinandersetzung.«

Die Armee war immer ein Gegenstand der politischen Diskussion in der Schweiz. Sie musste es sein, weil sie auf den Bürgern dieses Staates aufgebaut ist. Woran nicht gedeutelt werden darf und woran seitens der Armee nie auch nur der kleinste Zweifel laut geworden ist, ist die Tatsache, dass die Armee keine andere Aufgabe hat, als die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten. Dass immer mehr Leute sich ernsthafte Gedanken über die Art und Weise machen, wie diese Aufgabe optimal gelöst werden kann, ist begrüssenswert.

3. »Innerhalb der Truppe sind kritische Soldaten mit ‚offensiv' und Aktionen zur Offensive übergegangen.«

Wie oben schon angedeutet, ist Kritik notwendig und erfreulich, sofern sie in sachlicher Weise darauf abzielt, die bestehende Institution »Armee« zu verbessern und effektiver zu machen. Was hingegen bekämpft werden muss, ist die systematische Agitation gegen die Armee durch Organe wie »offensiv« oder »focus«. Hier von Kritik zu sprechen ist unglaubwürdig, weil es die erklärte Absicht dieser Kreise ist, die Armee in den Dreck zu ziehen. Besonders augenscheinlich wird dies, wenn der Armee, wie im »Bieler Manifest«, vorgeworfen wird, »sie sichere heute nicht den Frieden, sondern die bestehende Friedlosigkeit«. Tatsache ist, dass die Armee seit 1848 mitgeholfen hat, unsere Unabhängigkeit nach aussen und unsere Rechte nach innen zu bewahren. Zweifellos fühlen sich auf gewaltsamen Umsturz tendierende Gruppen durch die mögliche Präsenz der Armee irritiert.

4. »Heute verunsichern selbst Etablierte die eidgenössische Militärszene.«

Der Verfasser hat recht, wenn er darauf hinweist, dass die politische Führung unseres Landes in diesem Jahr alles andere als eine glückliche Hand bei den wehrpolitischen Entscheidungen hatte. Bei dem Verzicht des Bundesrates auf die geplante Flugzeugbeschaffung im jetzigen Zeitpunkt hat weniger der Entscheid an sich als die abgegebenen Begründungen Beunruhigung hervorgerufen. Weder der Hinweis auf die prekäre Finanzlage noch die später zurückgezogene Ankündigung einer Ueberprüfung der Landesverteidigungskonzeption sind stichhaltig. Schweden, seit über 40 Jahren von Sozialdemokraten regiert, erübrigt doppelt soviel seines Bruttosozialproduktes für die Landesverteidigung. Dass die Einsatzdoktrin der Flugwaffe neu formuliert werden muss, dürfte der speziellen Aufgabenstellung innerhalb der militärischen Landesverteidigung entsprechen. Die Landesverteidigungskonzeption als Ganzes ist angesichts der weiterhin feststellbaren militärischen Aufrüstung in Europa – in Nord- und Mitteleuropa stehen 24 Nato- und 67 Warschaupaktdivisionen – auf absehbare Zeit hinaus richtig. Die Schweiz darf ihre Politik ja nicht auf die vielleicht vermutete Absicht eines potentiellen Gegners stützen, sondern muss sich nach dessen realen Möglichkeiten richten.

ECHO

5. »Eine dritte Gruppe, für die Celio und die SPS als Beispiel stehen, bildet sich neu: Sie will die Armee der Politik des Gesamtsystems unterordnen. Das ist das Gegenteil der ‚Gesamtverteidigung . . .' (Diese) will die Schweiz am Tag X mit Waffen verteidigen.«

Das Konzept der *»Gesamtverteidigung«* will in der Tat die Schweiz am Tag X verteidigen. Das ist aber nicht ihr primäres Ziel. Dieses ist vielmehr darauf ausgerichtet, es gar nicht zu einem Krieg kommen zu lassen. Diese Strategie des *»hohen Eintrittspreises«* soll den potentiellen Gegner davon überzeugen, dass der Aufwand im Verhältnis zum möglichen Erfolg viel zu gross ist. Dazu braucht es unter anderem eine modern ausgerüstete, gut ausgebildete Armee. Zweifellos ist die Ansicht der SPS richtig, dass man sich nicht allein darauf verlassen soll. Aber dies hat der Bundesrat schon am 30. Oktober 1968 festgestellt: *»Die Aussenpolitik als einer der wesentlichsten Pfeiler unserer Landesverteidigung umfasst alle Bestrebungen zur friedlichen Durchsetzung unserer staatlichen Ziele.«* (Botschaft zum Bundesgesetz über die Leitorganisation und den Rat für Gesamtverteidigung, s. 8.) Aber es wäre ebenso falsch, sich nur auf die Aussenpolitik verlassen zu wollen. Zweifellos wirkt ein solches Programm populärer, weil es weniger kostet, aber es vermag den wirksamen Schutz in Form der Armee nicht zu ersetzen. Zudem sei die Frage erlaubt, so jedenfalls muss aus der Formulierung des Verfassers geschlossen werden, ob denn die Celio-SPS-Gruppe die Schweiz am Tag X gar nicht mehr verteidigen will, da sie ja offenbar das »Gegenteil« der Gesamtverteidigung anstrebt.

6. »Die Befürworter der militärischen Landesverteidigung werden sich in den nächsten Jahren immer häufiger der Forderung nach Abschaffung oder Umwandlung der Armee (zum Beispiel in

Fortsetzung Seite 15

Das Lernen verlernt

Von Walter Matthias Diggelmann

Wir schreiben und reden heute viel über Strafvollzugsreformen, über Erziehungsprobleme, und das ist gut und richtig. Zu überlegen ist, worüber wir schreiben und reden in diesem Zusammenhang und worüber wir nicht schreiben und nicht reden. Ich möchte für einmal über einen Aspekt des Strafvollzuges, bzw. der Heimerziehung (vor allem Arbeitserziehungsanstalten) schreiben, der meines Erachtens in katastrophalem Ausmasse übersehen wird.

Martin, 22jährig, kam Anfang dieses Jahres zu uns. Er kam aus einer Strafanstalt, obwohl er »nur« in eine Erziehungsanstalt gehört hätte. Doch, nebenbei bemerkt, hätte er auch nicht in eine Erziehungsanstalt gehört. Es war für die geschiedenen Eltern, die Amtsvormundschaft und am Ende für die Justizdirektion die einfachste Lösung, den intelligenten, jedoch schwierigen Martin loszuwerden. Ein völlig unnötiges Dossier konnte somit ad acta gelegt werden.

Martin hat drei Jahre in Erziehungsanstalten und Zuchthäusern verbracht. Seine Vorgeschichte zu kennen ist wichtig. Martin ist das Kind einer Muss-Ehe. Diese Ehe hätte freilich nicht sein *müssen*, wenn nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer, mit anderen Worten, wenn unsere Gesellschaft emanzipiert wäre. Diese Muss-Ehe ging bereits in den ersten Monaten in die Brüche, aber die Bruchstücke wurden zusammengeleimt, und erst als auch der Leim nicht mehr hielt, ging sie wieder in die Brüche, und zwar radikal. Es wurde geschieden, und wie das in gutbürgerlichen Kreisen zumeist der Fall ist, suchten die ehemaligen Partner Schuld. Einer von beiden musste ja der Schuldige sein. So will es schliesslich der Scheidungsrichter. Ueber die Frage, wer den Schuldigen spielen solle, konnte man sich schliesslich einigen. Vor Gericht. Doch als die Scheidung rechtskräftig geworden war, suchten die ehemaligen Partner hartnäckig nach einem dritten Schuldigen und fanden ihn endlich in der Person Martins.

Martin war damals sechzehn Jahre alt und besuchte die Oberrealschule. Von seiner Mutter, bei der er nun lebte, erfuhr er zunächst, dass sie »diesen Mann« nur geheiratet habe, weil sie ein Kind (Martin) erwartet hätte. Durch seinen Vater erfuhr Martin, dass er der zwingende Grund für diese Ehe gewesen sei. Als Martin antwortete, man hätte ihn ja auch abtreiben können, bekam er drei kräftige Ohrfeigen von seinem Vater. Als Martin seiner Mutter das gleiche sagte, fing sie an zu weinen und nannte ihn einen undankbaren Sohn.

Walter Matthias Diggelmann, 1927 in Zürich geboren, war in den verschiedensten Berufen tätig: Bauhandlanger, Fabrikarbeiter, Hotelbursche, Redaktor, Radioregisseur, Journalist, Werbefachmann. Vor kurzem zu Gast bei Dr. Eibels »Trumpf Buur«: »W. M. Diggelmann, inbesondere bekannt geworden dadurch, dass er an den schweizerischen Einrichtungen keinen guten Faden lässt . . .«

Die zweite Phase: Nun war nicht mehr Martin allein der Sündenbock. Der Vater sagte: Die Mutter hat alle Schuld. Die Mutter: Dein Vater war zu ehrgeizig, seine Karriere war ihm wichtiger. Der Vater: Deine Mutter wollte, dass ich Karriere mache, sie war ehrgeizig, sie wollte Geld und Geld und Geld.

Dritte Phase: Martins Leistungen in der Schule lassen so eklatant nach, dass sich der Rektor »genötigt sieht«, der Mutter Mitteilung davon zu machen. Die Mutter verspricht Martin Ferien in Rom oder Paris, wenn er inskünftig gute Noten hereinhole. Aber Martin schafft das nicht. Er heimst weiterhin miserable Noten ein. Der Klassenlehrer rügt ihn vor versammelter Klasse: Du könntest, wenn du wolltest, aber du bist ein Faulpelz, du hast keinen Willen, dir geht es zu gut, warte nur, bis der Ernst des Lebens an dich herantritt . . . (Natürlich wird mir nun die versammelte Lehrerschaft zornig vorwerfen, das gebe es heute nicht mehr. Schön. Was es nicht geben sollte, gibt es einfach nicht!)

Vierte Phase: Martin haut ab. Der Vater ist entsetzt und verständigt von sich aus die Polizei. Martin wird durch Radio Schweiz als vermisst gemeldet. Sachdienliche Meldungen usw. Martin wird nach zehn Tagen gefunden. Die Mutter sucht Rat bei der Vormundschaftsbehörde. Der Rat: Psychiatrische Begutachtung. Da man nur das Beste will und über genügend Mittel verfügt, wird Martin in eine Klinik eingewiesen. Die Psychiater ermitteln bei Martin einen Intelligenzquotienten von etwa 100 und psychoaffektive Entwicklungsstörungen.

Fünfte Phase: Die Aerzte empfehlen, Martin sollte die Schule für eine gewisse Zeit unterbrechen und inzwischen handwerklich arbeiten. Martin will eine Lehre machen. Sagt er. Und er will von Zuhause weg. Die Mutter ist einverstanden, der Vater frohlockt. Er schreibt seinem Sohn: Ich habe es dir ja schon immer gesagt, deine Mutter sei eine Versagerin. Wenn du bloss nicht ihr »nachschlägst«.

Sechste Phase: Martin versucht sich von allen Bindungen zu lösen und sucht eine andere, neue Gemeinschaft. Er findet Anschluss bei Kommunarden, bei Bärtigen und Langhaarigen, bei Revoltierenden und so weiter.

Siebte Phase: Martin kommt mit Haschisch in Berührung und später mit LSD. Martins Intelligenz erwacht wieder, und er wird Führer einer kleinen Kommune, und als solcher findet er auch bald heraus, auf welchen Wegen man sich Stoff verschafft. Er fährt einige Male nach Amsterdam und kauft dort Stoff ein für sich und seine Freunde. Natürlich will er nichts daran gewinnen, nur die Unkosten müssen gedeckt werden.

Achte Phase: Beim fünften oder sechsten Grenzübertritt bei Basel wird er geschnappt, eingesperrt, vor Gericht gestellt, als Drogenhändler zu sechs Monaten unbedingt verurteilt, das Urteil wird umgewandelt in Verwahrung auf unbestimmte Zeit. Martin wird in eine Arbeitserziehungsanstalt eingewiesen. Tableau.

Als Martin nach drei Jahren bedingt entlassen wurde, war er also zweiundzwanzig Jahre alt. Er kam für die ersten Monate zu uns, lebte in unserer Familiengemeinschaft weitab von seinen früheren Kumpanen. Beide Elternteile hatten inzwischen »ihre groben Fehler« eingesehen und baten Martin um Verzeihung. Sie waren sofort bereit, ihm so gut als möglich zu helfen. Für viel Geld wurden ihm Fernkurse gekauft. Zuviel, sagten die Psychologen und Sozialarbeiter, dürfe man für Martin nicht tun. Der Start sei wichtig, aber er müsse jetzt lernen, auf eigenen Füssen zu stehen, mit eigenen Füssen zu gehen.

Martin ist ein liebenswürdiger, stiller und williger junger Mann. Er hat in sechs Monaten gelernt, einigermassen auf »eigenen Füssen zu stehen und mit den eigenen Füssen zu gehen«. Er ist durchaus imstande, seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Als Hilfsgärtner zum Beispiel. Er hatte die ganzen drei Jahre immer im Garten gearbeitet. Weil er sich geweigert hatte, einen Beruf zu erlernen, der ihm nicht zusagte, wurde seine Entlassung auch immer wieder hinausgezögert. Er sei trotzig, eigensinnig und asozial, las ich in verschiedenen Berichten der Anstaltsleitungen an die Strafvollzugsbehörden. Doch Martin ist weder trotzig noch asozial. Asozial im grössten Ausmass sind unsere Erziehungs- und Strafvollzugsanstalten. Martin nämlich wünschte, auch während seiner Verwahrungszeit die unterbrochene Mittelschulausbildung nun fortsetzen zu können. Erst aber musste er sich sagen lassen, dazu sei es nun eben zu spät, das hätte ihm früher einfallen müssen, jetzt müsse er sich halt nach der Decke strecken.

Martin streckte sich nach der Decke, und als er seinen Wunsch nach Weiterbildung wieder vorbrachte, bedauerte der Anstaltsdirektor, dass es in unseren Anstalten nicht möglich sei, sich weiterzubilden. Fernkurse seien allenfalls noch drin. Also versuchte es Martin mit Fernkursen. Aber damit kam er nicht voran. Martin hätte zumindest partiell Lehrer gebraucht. Martin stand zu oft vor Rätseln, die er allein nicht lösen konnte. Martin sagte mir: Ich habe so oft verzweifelt versucht, ‚dahinter zu kommen', aber niemand war da, der mir hätte helfen können. Die Vollzugsbeamten wissen selber nichts und hätten auch gar keine Zeit gehabt, und die wenigen Fürsorger haben Klügeres zu tun . . .

Heute ist Martin zweiundzwanzig Jahre alt und kann noch immer nicht mit Fernkursen umgehen. Und während den drei Jahren Anstaltsaufenthalt ist seine Lernfähigkeit in einem entsetzlichen Ausmass geschrumpft. Und nun stellt sich für uns die entscheidende Frage: Müssen wir im Rahmen der Strafrechtsreform nicht auch die Forderung stellen, dass die schulische Weiterbildung in Erziehungs- und Strafanstalten gewährleistet wird? Der Inhaftierte soll nicht gezwungen werden, sich schulisch weiterzubilden, aber er soll Gelegenheit dazu haben, und jener, der von sich aus nicht will, soll wenigstens dazu animiert werden. Konkret liesse sich das Problem lösen. Ich stelle mir nicht vor, dass wir Strafanstalten in Mittelschulen oder Universitäten umfunktionieren können oder gar sollten. Aber pädagogische und fachmännische Lernhilfen sind möglich. Es ist denkbar, dass sich zum Beispiel Studenten als sporadische Lehrkräfte, als eigentliche Gastdozenten zur Verfügung stellen würden, etwa in dem Sinn und Ausmass, wie wir unsere Volkshochschulen betreiben.

Zum Schluss: Ich habe bewusst den Lebenslauf eines »Versagers« gewählt, denn ihnen, nicht den »Tüchtigen« muss geholfen werden. Des weiteren erwarte ich zum vornherein den Einwand, man könne auch ganz positive Beispiele aus unseren Anstalten anbringen. Daran zweifle ich nicht, aber auch hier gilt nach meiner Meinung der Grundsatz, eine Kette sei so stark wie ihr schwächstes Glied. Resozialisierung ist eine Frage des Bewusstseins, Bewusstsein ist eine Frage der Bildung, auch der schulischen Bildung. Wenn Martin heute über Strafvollzug spricht und über seine Fehlentwicklung, ist es nicht viel mehr als dumpfes Gemurmel, denn selbst das Lesen hat er inzwischen verlernt. Das sollten wir bedenken.

kontraste

Maiglöckchengefühle

Unter dem Titel »Die Sonne bringt es an den Tag« schlägt der SSR in der letzten »konzept«-Nummer die Werbetrommel für sein neues Winter-/Frühlingsprogramm. Einiges bringt sie an den Tag, meine ich nach Lektüre dieses Hefts, das für mich eine Herausforderung ist, die nicht unbeantwortet bleiben darf. Dabei beginnt es ganz prosarisch:

»Froschti litt schon bei seiner Geburt unter dem Dilemma, wie man bei ergötzlichen Wintersportfreuden die bereits schon bunt spriessenden Maiglöckchengefühle befriedigen könnte.« Doch dann führte ihn das Schicksal zum SSR, der ihn »in der hohen Schule des Reisens vom Winter in den Frühling« unterweist.

Recht frostig geht's dann auch auf den ersten Seiten des Programms zu und her. Da werden Hotels und Chalets angepriesen, in denen man, müde vom monotonen Vorlesungsbetrieb, überdrüssig der vollen Hörsäle, Weihnachten und Neujahr verbringen kann. Selbstverständlich mit Hausbar, Diskotheken etc. Aber da es auf Helvetiens Skipisten nicht mehr so richtig schön individuell zu und her geht, kann man den Silvester auch anderswo, abseits der skifahrenden Masse, verbringen. »Neujahr in London« wird da zum Beispiel angeprisen, das »Neujahrs-Gala-Diner mit anschliessendem Ball« lässt wohl auch jedermanns Herz etwas höher schlagen. Oder Silvester auf hoher See: »Feine Musik, pralle Sonne, salzige Meerluft, Spiele, dufte Girls, späte Parties, Deckromanzen, Beats und Hits, alte Gitarren, ausgefallene Kostüm- und andere Feste, einmaliger 31. 12. 72, grosse Pause, ewiger Wellengang.«

So ewig dürfte dieser nun auch wieder nicht sein. Nach zwei Wochen des Konsums und der ausschweifenden Genüsse geht's zurück in den Alltag. Dann wird auch »Miss Ipinia« wieder arbeiten gehn – und sich auf die nächste Miss-Wahl freuen.

Misswahl? Sicher nicht, wenn man sich für Indien entscheidet. Das ist ja schliesslich Mode. Dort erwarten den Kulturbeflissenen Höhlentempel, Grotten, Säulen, Kapellen, und manch einer hofft auf eine persönliche Gurubekanntschaft. 3000 Jahre indische Kultur werden in zwei Wochen unter kundiger Führung angeschaut – und photographiert: Fritz in Indien, im Hintergrund der Taj Mahal. Was man gesehen hat, wird von der Liste gestrichen, das Programm ist ohnehin übervoll.

Kurz: Konsumtourismus von der Sorte, den schon genügend andere Reisebüros anpreisen. Ob dann auf hoher See »dufte Girls« oder in Indien Kultur konsumiert wird, ist Nebensache. Hauptsache, die Kasse stimmt. Schlimm ist allerdings, was dann im Programm zu lesen ist: »Hier (in Benares) treffen wir heilige Träumer, lästige Bettler, schreiende Kinder, sterbende Alte, Sünder und Reingewaschene, sie alle spielen ihre Rolle im indischen Alltag.«

Konsumgewohnt wird man sie anschauen gehen – und dann vom Programm, als absolviert, streichen. Das Elend wird zur Sehenswürdigkeit gemacht. Aber spätestens hier wird der Kontrast klar: Der Gegensatz zwischen einer armen und einer reichen Welt, der sich im SSR-Programm schonungslos widerspiegelt, der sogar zur widerlichen Propaganda umgemünzt wird. Es

ECHO

ist der Gegensatz zwischen Oben und Unten ein und derselben Erdkugel, den zu entdecken auch der Massentourismus des SSR nicht mehr vermag.

So gehen sie denn hin, die modernen Ferienreisenden, und photographieren und filmen »lästige Bettler, schreiende Kinder und sterbende Alte«. Und sie können beruhigt sein, denn am Dia-Abend im trauten Heim wird nur noch das Rot der Bilder schreien. Sie glotzen sie an, die Hungernden und Sterbenden, weil sie in ihrer satten Zufriedenheit Hunger nicht kennen. Das Elend erscheint ihnen farbig und pittoresk und – gottgewollt, denn das SSR-Programm suggeriert ja, diese Bettler und Sterbenden spielten alle nur ihre Rolle im grossen Welttheater. Aber nach dem Gott zu fragen, der solche Schicksale verteilt, daran denken sie nicht. Und ein Hinweis auf das »Neujahrs-Gala-Diner mit anschliessendem Ball«, das gleichzeitig in London stattfindet, könnte ihnen den Appetit am Indientrip rauben. Da hätten sie ja am Schluss gar nicht mehr so recht Lust zum »Einkaufen und Ausruhen«.

»Vielleicht führt einem dieses Schicksal à la SSR in das Land oder zu der Bekanntschaft«, heisst es in der Einleitung des Programms. Die Paras in Indien scheinen allerdings nicht mehr zu den Bekanntschaften zu zählen. Sie gehören zu den Sehenswürdigkeiten, mit denen kräftig Propaganda zu machen sich auch der SSR nicht scheut. So braucht denn auch nicht näher eingegangen zu werden auf wirtschaftliche und soziale Verhältnisse, die solche Ungleichheiten produzieren. Das sei doch Sache der Politiker, nicht der Reisebüros, höre ich die Verantwortlichen sagen.

Und stelle mir im stillen schon vor, wie es in einem der nächsten SSR-Programme vielleicht heissen könnte: »In der wunderschön gelegenen Stadt Ankara, auf der anatolischen Hochebene, haben wir vielleicht Gelegenheit, dem Henken einiger aufrührerischer Studenten beizuwohnen.«

Um allfällige Maiglöckchen-Gefühle zu befriedigen . . .

Bernhard Rigling

1972: Wehrpolitische Wende?

Fortsetzung von Seite 4

eine Partisanentruppe) gegenübersehen.«

Die Idee der Partisanenarmee ist in letzter Zeit vor allem innerhalb der SPS laut geworden. Eine Partisanenarmee ist zweifellos billiger als eine modern ausgerüstete konventionelle Armee mit Flugwaffe, Flab, Panzern usw. Das macht sie offenbar so sympathisch. Aber man muss sich im klaren sein, dass eine solche Armee einem modern bewaffneten, vollmechanisierten Gegener überhaupt keinen erfolgversprechenden, zum vergossenen Blut (vor allem auch unter der Zivilbevölkerung!) und zu den Opfern in einem verantwortbaren Verhältnis stehende Wirkung erzielenden Widerstand leisten kann. Die Schweiz würde trotzdem zur Durchgangsstrasse fremder Heere. Gerade das, was die heutige Landesverteidigungskonzeption unter allen Umständen zu verhindern sucht, nämlich ein Kampf fremder Heere auf unserem Boden, wäre die Konsequenz. Zudem würde eine Partisanenarmee zur Folge haben, dass wir unseren durch die Neutralität auferlegten Pflichten nicht mehr nachkommen könnten. Im weiteren impliziert der Begriff »Partisanenarmee« von Anfang an, dass wir uns einer Besetzung des Landes gar nicht widersetzen wollen, sondern sogar damit rechnen. Die psychologischen Folgen einer solchen Zielsetzung sind unabsehbar. Die Partisanenarmee soll nichts anderes als die letzte Rückzugslinie unserer Feldarmee sein.

7. »Ein Volksbegehren zur Abschaffung der Armee scheint lediglich eine Frage der Zeit.«

Der Verfasser hat hier offenbar jedes Mass für richtige Proportionen verloren. Dass Teile der politischen Führung dem Geschrei weniger radikaler Kreise nachgeben, sollte nicht dazu verleiten, den gesunden politischen Instinkt des Volkes zu unterschätzen. Wer will denn die paar Dutzend Dienstverweigerer im Jahr und die Sympathisanten des Friedensrates etc. gegen die Hunderttausende zählenden schweizerischen Wehrmänner aufwiegen, die alljährlich ohne Aufsehen ihren Dienst leisten? Von einer wehrpolitischen Wende 1972 zu sprechen ist absolut unrichtig. Dass die kritische Beschäftigung mit der Armee zunimmt, gereicht dieser nur zum Vorteil und wird das Bewusstsein ihrer Notwendigkeit nur stärken.

W. Spahni

GGK

Auch wenn Sie schon alles wissen sollten: Mit dem Tages-Anzeiger können Sie es sich noch einmal überlegen.

Viele Leser des Tages-Anzeigers haben manches von dem, was im Tages-Anzeiger steht, schon anderswo irgendwie vernommen. Dass sie den Tages-Anzeiger trotzdem lesen, liegt daran, dass es ihnen nicht genügt, vielerlei Neues erfahren zu haben. Sie möchten über vielerlei Neues noch viel Genaueres erfahren.

Deshalb wiederholt der Tages-Anzeiger nicht einfach Nachrichten. Er analysiert sie, stellt sie in Zusammenhänge und kommentiert sie. Er ordnet sie nach ihrem Gewicht und wertet sie nach ihrer Bedeutung.

So, dass seine Leser die Möglichkeit haben, sich zum Gelesenen den eigenen Gedanken und den eigenen Vers zu machen. Nichts macht ja mehr Spass am Lesen als die Freude am gründlichen Verstehen. Am Begreifen von Dingen, die nicht gleich auf der Hand liegen.

An der besseren Kenntnis von Ereignissen und Personen. Mit anderen Worten: Der Tages-Anzeiger ist so gemacht, dass jeder Leser etwas mehr herauslesen kann, als eigentlich drin steht: nämlich sein persönliches Urteil.

So kommt es, dass es eigentlich ein Vorteil des Tages-Anzeigers ist, Ereignisse nicht unmittelbar, sondern meistens aus der Distanz eines Tages zu schildern. Das gibt den Abstand, den es braucht, um nicht nur Tatsachen, sondern auch deren Ursachen zu sehen.

Damit Sie sich das einmal anschauen können, können Sie mit dem Coupon den Tages-Anzeiger und das Tages-Anzeiger-Magazin zu sich nach Hause bestellen. Drei Wochen lang. Gratis.

Das sollten Sie sich nicht noch einmal überlegen.

Freut Euch des Lesens.

☐ Ich möchte Ihr Sonderangebot benützen. Bitte schicken Sie mir den Tages-Anzeiger und sein Magazin drei Wochen lang gratis ins Haus.

☐ Ich möchte ein Abonnement für den Tages-Anzeiger und sein Magazin. (Die ersten drei Wochen sind gratis.) Die Abonnementspreise sind:

☐ Fr. 4.– statt Fr. 5.70 für 1 Monat
☐ Fr. 11.55 statt Fr. 16.50 für 3 Monate
☐ Fr. 22.80 statt Fr. 32.60 für 6 Monate
☐ Fr. 45.20 statt Fr. 64.60 für 12 Monate

Name: _____

Fakultät: _____ Semester: _____

Strasse: _____ PLZ/Ort: _____

Tages-Anzeiger 7066

Einsenden an: Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung, Postfach, 8021 Zürich.